

Streifzüge

wertlos · unsachlich · jenseits

Nº80 Herbst 2020
Euro 8,-



Bürger

Souverän, mündig und frei, so haben wir
uns den Bürger vorzustellen.
Wie kommt das? Wozu dient das? Und:
Wird der Bürger besser durch die
Bürgerinnen?

INHALTSVERZEICHNIS	
ORTWIN ROSNER	3
Patchwork-Totalitarismus	
PETER KLEIN	9
Die neue Rücksichtslosigkeit II	
EMMERICH NYIKOS	16
Isolation und Assimilierung	
GÖTZ EISENBERG	21
Die Utopie eines nicht-faschistischen Bürgers	
DIETER BRAEG	23
Die Bürger von Salzburg	
FRANZ SCHANDL	25
Konzentrat der Konvention	
EWGENIJ KASAKOW	28
Von der bürgerlichen Höflichkeit	
NIKOLAUS DIMMEL	31
Demokratie-COVID-19-Verwertungskrise	
MARIA WÖFLINGSEDER	34
Das Impfwesen - ein Akutpatient	
STEFAN MERETZ	38
Immaterial World	
HERMANN ENGSTER	40
Gottfried August Bürger, Citoyen	

Karl Marx differenzierte die Emanzipation von der politischen Emanzipation: „*Alle* Emanzipation ist *Zurückführung* der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den *Menschen selbst*. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das *egoistische unabhängige* Individuum, andererseits auf den *Staatsbürger*, auf die moralische Person.“ Der Bürger ist demnach der mit Moral ausgestaffte Egoist, nicht erweiterter Mensch, sondern regressives Exponat.

Das wirkt nicht sonderlich sympathisch, gehypte Affirmatiker würden solche Aussagen heute wohl als „infantil“ diffamieren. „Vor diesem Hintergrund können wir die Verweigerung des Erwachsenwerdens als Verweigerung der Bürgerlichkeit verstehen“, so Norbert Bolz. Dem abzuweichen braucht es eben die Kraft von „Bürgerlichkeit und Männlichkeit“. Zweifellos, da wird zusammen genannt, was zusammen gehört. Und der Denker pardoniert wie parodiert sich gleich selbst: „Um das einzusehen braucht man keine Theorie der Gesellschaft, sondern nur gesunden Menschenverstand.“

Tatsächlich ist der Bürger seit der Aufklärung eine hofierte und protegierte Figur. Als höchster Ausdruck des Menschseins genießt er Ansehen wider Wissen. Gegen die Bürgerei und ihre Werte zu sein, das ist Blasphemie. Möglicherweise kommt selbst in dieser Ausgabe der Bürger noch immer besser weg, als es beabsichtigt gewesen ist.

Die Herausgabe der *Streifzüge* für das Jahr 2021 ist gesichert. Allerdings, große Sprünge sind nicht zu erwarten, bleibt die Zuwendung so beschränkt wie bisher. Also: die Geschenkkörbe wollen befüllt werden, auf dass wir unseren Anliegen voluminöser nachkommen können. Guten Rutsch!

Franz Schandl

Vorschau

Streifzüge 81 · Auto

Streifzüge 82 · Landwirtschaft

Streifzüge 83 · Dystopie

Ortwin Rosner

Patchwork-Totalitarismus

Zur Konstruktion postmoderner Subjektivität
in einem „postideologischen“ Zeitalter

*Man reproduziert ja keine Ideologien als
Ganzes mehr, man bedient sich nur mehr
ihrer Bestandteile, die man zusammen-
montiert, wie es einem passt.*

Franz Schandl hat mir vorgeschlagen, einen Artikel zur bürgerlichen Ideologie zu schreiben. Diesen Vorschlag unterlaufe ich eine Spur weit: das drängendste Problem unserer Zeit scheint mir nämlich weniger Ideologie als solche zu sein als eine massive *ideologische Verwirrung*.

Zuerst einmal ein kurzer Text, den ich dazu – im unmittelbaren Zusammenhang mit den Corona-Demos, aber übergreifend gedacht – auf Facebook gepostet habe: „In den FB-Diskussionen habe ich festgestellt, die meisten der Corona-Leugner sind postmoderne Hybride, ideologisch Verwirrte, richtige Kinder unserer Zeit. Sie sind im Grunde gar nix, weder links noch rechts, aber dann doch alles davon, wenn es nötig ist. Und natürlich viel Esoterik hineingemischt. Sie reden Phrasen nach, ohne zu verstehen, was sie überhaupt heißen, sind aber kaum imstande, einem längeren, komplexeren Gedankengang zu folgen. Ihr sogenanntes Denken besteht nicht mehr aus Ideologien, sondern nur mehr aus Bruchstücken von Ideologien, die sie wild zusammenkleistern, ohne dass sie die daraus entstehenden Widersprüche bemerken. Ein beeindruckendes postmodernes Phänomen.“

Der Kapitalismuskritiker ...

Aus den vielen möglichen Beispielen, die man hier zur plastischen Veranschaulichung heranziehen könnte, wähle ich den Facebook-Account eines gewissen E. D. Er hat immerhin fast tausend Freunde und erhält für seine Aussagen überwiegend Zustimmung. Dass sie eine inkohärente Mischung aus unterschiedlichen und bisweilen einander sogar völlig widersprechenden weltanschaulichen Positionen beinhalten, scheint die breite Anhängerschaft nicht nur nicht zu stören, sondern mehr noch, und das ist das eigentlich Be-

denkenswert, weder von dieser noch von E. D. selbst bemerkt zu werden. Hauptsache, die Sprüche, Phrasen und Schlagwörter klingen gut und animieren dazu, sie zu liken.

Zuerst scheint mir der Mann ein klassischer Linker zu sein. In regelrechten Kampfpostings tritt er ein für faire Löhne, für eine Besteuerung der Reichen, gegen Armut und sogar für das bedingungslose Grundeinkommen. Sätze von Karl Marx, Sarah Wagenknecht und Martin Luther King geben sich hier die Klinke in die Hand. Dazu passt, dass der Mann (ein Deutscher) angibt, Gewerkschaftsfunktionär zu sein. Dass er die Gefährlichkeit des Corona-Virus in Abrede stellt und mit Vehemenz gegen die Maskentragepflicht wettert, ändert noch nicht viel an dem Bild, das tun viele zu der Zeit, und ich bin keiner, der rasch jemanden als „Verschwörungstheoretiker“ abstempelt.

Mit Unbehagen bemerke ich allerdings nach und nach, dass sich unter seinen zahlreichen Followern auch nicht wenige tummeln, die den Immigranten die Schuld an allem geben, ohne dass E. D. dagegen einschreitet. Richtiggehend stutzig werde ich jedoch, als ich bemerke, dass er weder die Quellen noch die Inhalte seiner Postings irgendeiner Prüfung unterzieht, er teilt einfach wild alles, was auch nur irgendwie seinem mir immer hetzerischer und einfältiger anmutenden Tenor „Die da oben tun mit uns, was sie wollen, aber wir, das Volk, lassen uns von den Regierenden nicht verarschen!“ entgegenkommt.

... der plötzlich neoliberale Schlagworte verbreitet

Wirklich schwer begreifbar, mit wem ich es hier eigentlich zu tun habe, wird es mir aber, als dersel-

be Mann im Zusammenhang mit seinem Unglauben an die Gefährlichkeit des Corona-Virus ein Posting teilt, das – im New-Age-Stil geschrieben – plötzlich nicht mehr „denen da oben“, sondern dem uneinsichtigen Einzelnen die Schuld an allem gibt: „Die moderne Medizin kümmert sich um deine Krankheit – davon lebt sie! Um deine Gesundheit musst du dich kümmern – davon lebst du!“ „Genauso ist es! Eigenverantwortung! So muss es sein!“, stimmen seine Anhänger der Reihe nach – und das ganz ironiefrei – zu. „Ein jeder hat es selbst in der Hand, ob er gesund bleibt oder nicht!“ – „Ein jeder ist selbst für sein Immunsystem verantwortlich!“ Ein besonderer Eiferer ist sich sicher, dass die meisten Leute nur deswegen krank würden, weil sie ihre Verantwortung für sich selbst nicht einsähen, und dass man, wenn sie das täten, locker einen Großteil der medizinischen Einrichtungen einsparen könnte. E. D. schenkt ihm ein „Gefällt mir“.

Durchmixt sind diese Stellungnahmen mit Schuldzuweisungen an die Finanzwirtschaft. Immer schwerer wird es für mich, irgendeinen Sinn in alldem zu erkennen. Später entdecke ich, dass auch E. D. selbst etwas postet, was ich nur als Hetze gegen Ausländer bezeichnen kann. Dann empört er sich allerdings wieder über die Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA. Als ich E. D. frage, ob er nun eigentlich ein Linker oder ein Rechter sei, wird mir vorgeworfen, ich dächte in Schablonen. Als ich kritisiere, dass er weltanschaulich höchst Widersprüchliches verbreite, behauptet er, er erhebe ja keinen absoluten Wahrheitsanspruch, er stelle nur die „Meinungsvielfalt“ dar. Als ich ihn aber darauf hinweise, dass ein Ruf nach Abbau des Gesundheitswesens und „Eigenverantwortung“

der Kranken mit seinem lautstarken Eintreten für „das Volk“ wohl eher unvereinbar sei, prescht der besagte Eiferer noch einmal vor und gibt mir zu verstehen, dass ich geistig nicht ganz gesund sei. Offenbar hat die von E. D. verkündete „Meinungsvielfalt“ in seiner Time-Line dort ein Ende, wo man ihn kritisiert.

(Selbst-)Widersprüche demnach, wohin man schaut. Aber sie, und das ist das Auffallende, kümmern niemanden mehr, sie werden von niemandem reflektiert. Das Internet ist ein Meer an wohlklingenden Behauptungen. Man liket und verbreitet das, was einem gerade in den Kram passt, ohne zu verstehen, was es eigentlich bedeutet. Und man ist dabei alles zugleich und am Ende doch nichts.

Die Postmoderne als Hintergrund des geistigen Zerfalls

Man könnte freilich nun versucht sein, dieses phänomenale Beispiel ideologischen Irrlichterns als Einzelfall abzutun oder als bizarres Charakteristikum einer Minderheit, das bloß ein paar „kranke Spinner“ in ihrer Facebook-Blase betreffe – inmitten einer ansonsten „gesunden“ Gesellschaft – oder nur den Bodensatz von Ungebildeten – in einer rundherum aufgeklärten Welt. Oder man mag es allein auf die Dynamik der sozialen Medien schieben. All das sind sehr gängige Reflexe. Meine Gegenthese ist, dass hier etwas aufbricht, was symptomatisch für den derzeitigen Zustand der Gesellschaft ist. Ich behaupte, dass das Geschilderte nicht isoliert, sondern nur als Ausdruck einer tiefergehenden geistigen Verwahrlosung des gesamten gesellschaftlichen Diskurses verstanden werden kann.

Tamara Ehs
**KRISEN-
DEMOKRATIE**
Sieben Lektionen aus der Coronakrise
mandelbaum verlag

TAMARA EHS
KRISENDEMOKRATIE
Sieben Lektionen aus der
Coronakrise

108 Seiten
12,- Euro

TIMO DORSCH
NEKROPOLITIK

Neoliberalismus, Staat und
organisiertes Verbrechen in Mexiko

TIMO DORSCH
NEKROPOLITIK
Neoliberalismus,
Staat und organi-
siertes Verbrechen
in Mexiko

286 Seiten
19,- Euro

CHRISTIAN REDER
**MEDITERRANE
URBANITÄT**
Perioden vitaler Vielfalt
als Grundlagen Europas
mandelbaum verlag



Palermo · Alexandria · Istanbul · Odessa
Sewastopol · Saloniki · Izmir · Dubrovnik
Triest · Venedig · Genua · Neapel
Bairut · Tel Aviv-Jaffa · Triest · Tunesien

CHRISTIAN REDER
**MEDITERRANE
URBANITÄT**
Perioden vitaler Vielfalt als
Grundlagen
Europas

480 Seiten
27,- Euro

Denn die ganze heutige Zeit atmet diese Konfusion. Wenn etwa linksliberale Leitartikelschreiber in einem Moment den Schrecken der Klimakrise an die Wand malen, im nächsten sich aber darüber freuen, dass jene Wirtschaft wieder zulegt, die bekanntlich die Klimakrise verursacht, dann erscheint uns das vielleicht nur deswegen nicht vollkommen verrückt, weil wir diese Absurditäten, im Unterschied zu jenen der Corona-Demonstrationen, schon gewohnt sind.

Möglicherweise liegt aber paradoxerweise der ideologischen Wirrnis doch auch wieder eine Ideologie zugrunde. Ohne gleich jemanden als Verursacher ausmachen zu wollen, aber es gibt hier doch eine überraschende Parallele. Die soeben beschriebene eigenartige Aufsplitterung der Aussagen der Subjekte in inkohärente und nicht mehr verständlich zusammenfügbare Bestandteile entspricht jedenfalls doch frappant dem, was die postmoderne Philosophie – und das mit einem gewissen Erfolg – vorangetrieben hat.

Schließlich ist die Postmoderne beziehungsweise der Poststrukturalismus dasjenige theoretische Gebilde, welches das Problem des Widerspruches (des logischen, aber auch des gesellschaftlichen) ad acta gelegt haben wollte, als Problem, das lediglich eine autoritär gesinnte Vernunft beträfe. Anstelle einer Kritik des Widerspruchs kam es zu einer Feier der Vielheit. Demgemäß wurde die Dialektik verabschiedet. Stattdessen hielt der Kult um die Differenz (die zwischen den Subjekten, aber auch die im Subjekt) Einzug, die kein Problem mehr darstellen sollte, sondern einfach nur mehr *per se* als gut erachtet wurde.

Auch die Idee einer Wahrheit, die zu suchen sei, wurde für konservativ und überflüssig erklärt, und das vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der Philosophie. Auch sie sollte es bestenfalls nur mehr im Plural geben. Wer immer aber noch nach der „einen“ Wahrheit suchte, geriet unter Totalitarismus-Verdacht.

Demgegenüber wurden Schlagworte wie Heterogenität, Permutation und plurale Verkettung sowie insbesondere der oder das „Andere“ ausgewalzt und gleichzeitig das „nomadische Subjekt“ oder überhaupt gleich der „Tod des Subjekts“ verkündet. Denn die Idee einer logischen Kriterien standhaltenden Einheit des Subjekts meinte man als bloßes Produkt einer unterdrückerischen gesellschaftlichen Sprache entlarvt zu haben. Die Auflösung des

Ichs wurde euphorisch gefeiert, als *der* entscheidende Schritt zur Freiheit.

So zum Beispiel im Falle des französischen Autorduos Gilles Deleuze und Félix Guattari, die sich an diesem Gedanken regelrecht berauschten: „Nicht, um dabei an einen Punkt zu kommen, wo man nicht mehr ich sagt, sondern dahin, wo es völlig gleichgültig ist, ich zu sagen oder nicht. Wir sind nicht mehr wir selbst. Jeder wird seine Teile schon erkennen. Man hat uns unterstützt, verschlungen und vervielfältigt.“ (Deleuze/Guattari 1977, S. 5)

Auch die Idee einer Wahrheit, die zu suchen sei, wurde für konservativ und überflüssig erklärt.

Solche Sätze mögen zwar bizarr und ungewöhnlich klingen, gleichzeitig aber ist mehr, als uns bewusst ist, von diesen Ideen der Postmoderne in unseren Alltag eingedrungen und selbstverständlich für uns geworden, als Teil der neoliberal-digitalen Welt, in der wir leben. „Vervielfältigt“ werden unsere Ichs – wie alles, was Information trägt – tatsächlich heutzutage wie am Fließband, in den Medien und im Internet. Danach, dass jeder „seine Teile schon erkennen“ wird, schaut es – siehe das obige Beispiel – jedoch immer weniger aus. Und auch die Auffassung, dass man mit derartigen postmodernen Strategien dem Totalitarismus einen Riegel vorgeschoben hätte, erweist sich angesichts der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen als illusorisch.

Ganz im Gegensatz dazu scheint auf diesem Boden mittlerweile etwas zu gedeihen, was ich als „Patchwork-Totalitarismus“ bezeichnen möchte. Was das ist und wie es so weit kommen konnte, möchte ich im Folgenden ausloten. Dafür werde ich auf das Werk des 1969 verstorbenen Frankfurter Theoretikers Theodor W. Adorno zurückgreifen.

Regressives Bewusstsein

Gerade um Adornos geistiges Erbe gibt es ein gewisses Gerangel, und er wird retrospektiv von manchen postmodernen Denkern zu vereinnahmen versucht als einer, der doch im Grunde schon „einer von uns“ gewesen sei. Der slowenische Starphilosoph Slavoj Žižek etwa (von dem man allerdings auch nicht so genau weiß, was er eigentlich ist ...) versucht ihn auf diese Seite zu ziehen. (Vgl. Žižek 1994)

Dabei übergeht man jedoch gerne jene markanten Elemente des adornoschen Denkens, die einer solchen Vereinnahmung entgegenstehen. Und an wenigstens einer Stelle seines Werks kann man etwas lesen, was sogar einer Kritik der postmodernen Philosophie *avant la lettre* – also bevor es sie überhaupt gab – gleichkommt.

Die Passage findet sich in den erst vor wenigen Jahren aus dem Nachlass veröffentlichten Vorlesungen zur Dialektik. Adorno geht dabei auf einen uralten Einwand gegen die dialektische Philosophie des deutschen Idealisten Georg Wilhelm Friedrich Hegel ein: „Warum muß denn alles in Widersprüchen sein? Gibt es denn wirklich nur Widerspruch, und gibt es nicht auch einfache Differenzen?“ (Adorno 2017, S. 84)

Adorno: „[...] weil, wenn man nur Differenz sieht, wenn man nur des Verschiedenen gewahr wird, ohne daß man in dem Verschiedenen die Einheit findet und damit, daß man seine Einheit findet, eben auch den Charakter des Widerspruchs, der in dem bloß Verschiedenen steckt, gewahrt – weil dann das Denken gewissermaßen zerfließt [...] dann kommt es im Grunde überhaupt nicht mehr zu einer Erkenntnis, sondern tatsächlich nur noch zu der bloßen Feststellung von mehr oder minder nebeneinandergeordneten und disorganisierten und disparaten Fakten.“ (Ebd., S. 85f) Mit anderen Worten: Wer nur Differenzen konstatiert, der ist ja noch nicht so weit, dass er den *Sinn*, das heißt den geistigen *Zusammenhang* der Dinge erfassen kann, das, was sie *bedeuten*.

Die Unfähigkeit, sich der Realität in ihrer von inneren Widersprüchen in Spannung versetzten Fülle zu stellen, bringt Adorno in seinen Schriften über die Kulturindustrie schließlich mit dem *Waren- und Fetischcharakter* in Verbindung, den alle kulturellen Produkte in der bürgerlichen Gesellschaft universal angenommen haben. Von diesem Warencharakter wird alles durchflutet, nicht nur das, was wir in den Geschäften als Ware kaufen, sondern unsere gesamte Wahrnehmung. Hierunter fällt zum Beispiel auch das Phänomen des Ohrwurms: In einen Warenfetisch verwandelt schon derjenige eine Beethovensymphonie, der eine isolierte Tonfolge daraus immer wieder wie ein Schlagerlied pfeift, um sich dabei gut zu fühlen, ohne sich um Sinn und Aufbau des ganzen Werks zu scheren. Für Adorno ein Kennzeichen von *regressivem Bewusstsein*.

Wir sehen nun etwas klarer, was mit den Corona-Rebellen passiert ist und was ihren Geist so sehr lähmt: Sie alle sind durch und durch genau diesem Fetischcharakter erlegen. Wahrheit selbst ist für sie zur Ware geworden, so wird sie behandelt und herumgereicht, als Verdinglichtes, als „Ohrwurm“. Und ganz so wie die postmoderne Vielheit, nämlich als eine zusammenhanglose Reihe von „Wahrheiten“, die man „entdeckt“ oder die einem „enthüllt“ werden, als Differenzen, die man hinzufügt oder auch nicht, wie es einem beliebt.

Von hier aus wird auch das Phänomen der „Querfront“ neu verständlich. Denn wenn das Denken auf seinen bloßen Warencharakter reduziert wird, geht es tatsächlich nicht mehr um „rechts“ oder „links“. Man reproduziert ja keine Ideologien als Ganzes mehr, man bedient sich nur mehr ihrer Bestandteile, die zu isolierten Meinungsfetischen erstarrt sind und die man zusammenmontiert, wie es einem passt, selbst wenn es in Wahrheit nicht zusammenpasst. Das hört sich gut an, das muss richtig sein, das teile ich, das like ich.

Der wirr anmutende Patchworkcharakter eines solchen ideologischen Gebildes ergibt sich daraus, dass es nur mehr aus solchen Bruchstücken besteht, die unvermittelt aneinandergereiht werden. Mit anderen Worten: Es fehlt das, was bei Hegel die *Vermittlung* darstellt. Darum ergibt die Zusammenstellung schließlich auch keinen Sinn.

Der totalitäre Zug wiederum ergibt sich daraus, dass keine der betreffenden Aussagen über die Welt sich ihre Vereinzeltheit, die sie in Gegensatz zu den übrigen bringt, eingesteht, sondern stattdessen eine jede einen Absolutheitsanspruch erhebt, gleichsam, als wäre sie eine Spruchweisheit des Dalai Lama. Die isolierten Sätze werden gehandelt, als wären sie für sich bereits ein Ganzes, abgeschlossene und fertige Erkenntnisse, und als enthüllten sie, jede für sich, auch bereits schon das Ganze, Tiefsinnigste und Höchste.

Fortschreitendes Bewusstsein

Vielleicht ist es hier an der Zeit für eine Klarstellung. Widersprüche werden natürlich weder von Adorno noch von mir als etwas „Verbotenes“ betrachtet. Widersprüchlichkeiten sind selbstverständlich erlaubt. Ein jeder Mensch trägt Widersprüchlichkeiten in sich. Die ganze Hegel'sche Philosophie strotzt von Widersprüchlichkeiten. Und auch mich durchziehen jede Menge von Widersprüchen, so dass ich mir manchmal unsicher

bin, wie weit „links“ oder wie weit „rechts“ ich stehe, und daran zweifle, wie sinnvoll diese Einteilungen sind. Mehr noch: Das ist auch unvermeidlich, denn die Dinge sind *objektiv* widersprüchlich und folgen nicht klaren Begriffen.

Nur sollte man sich dieser Widersprüche *als* Widersprüche bewusst sein oder versuchen, sie ins Bewusstsein zu heben, vor allem aber verstehen, was sie bedeuten. Die Hegel'sche Philosophie ist genau dieses Projekt und versteht sich darum als fortgeschrittenes oder fortschreitendes Bewusstsein. Die Freud'sche Theorie des Unbewussten ist eine andere Variante davon. Und genauer besehen weist auch schon die Mäeutik – „Hebammentechnik“ – des sokratischen Dialogs Züge davon auf. Die ganze bisherige Geschichte der Philosophie, soweit sie notwendig das Element der Dialektik enthält, kann am Ende als so ein Versuch betrachtet werden, Widersprüche als Widersprüche bewusst zu machen und dadurch die Erscheinungen der Welt präziser zu fassen.

Demgegenüber steht das Phänomen jenes zeitgenössischen regressiven gesellschaftlichen Bewusstseins, das sich seiner Widersprüche überhaupt nicht bewusst ist und das auch keine Bereitschaft zeigt, sich damit auseinanderzusetzen. Dadurch ist es von einem entwickelten Weltverständnis ausgeschlossen. Stattdessen werden die einfachen Antworten als Lösungen präsentiert. So in dem Sinne: Wenn Merkel/Trump/wer auch immer weg ist, dann ist alles wieder gut.

Das Problem der Brüche

Es braucht allerdings wohl kaum erwähnt zu werden, dass die hier entdeckte Ähnlichkeit eine unerwünschte ist. Postmoderne Akademiker und Akademikerinnen haben gewiss nicht an ideologisch verwirrte Corona-Rebellen, rechtslastige Reichstagsstürmer, Verschwörungstheoretiker und wildgewordene Hassposter auf Facebook gedacht, als sie ihre Konzepte erstellt und vorangetrieben haben. Vieles, was ich hier geschrieben habe, würde also wohl brüskiert zurückgewiesen werden. Das sind Kinder, die man nicht gerne anerkennt. Schließlich gehört man doch selbst einer fortschrittlich-gebildeten Schicht an, hält sich für supertolerant, weltoffen und über allen Ideologien stehend und sieht sich auf der ganz anderen Seite des politischen Spektrums angesiedelt. Trotzdem aber hat der in den Thesen und Theorien der Postmoderne propagierte Subjekttypus am Ende womöglich sogar mit den „Corona-Hybriden“ viel mehr zu tun

als mit den Schwarzafrikanern, Homosexuellen und Transgendern, die man dabei im Sinne hatte. Denn erst die Corona-Demonstrationen sind so richtig Fleisch gewordene Postmoderne – und Fleisch gewordene Veranschaulichung des geistigen Zerfalls, den die Postmoderne mit sich gebracht hat, sowie der tiefen gesellschaftlichen Gräben, um die sie sich nie bekümmert hat.

Klar ist allerdings freilich auch, dass die Postmoderne die hier geschilderten ideologischen Wirrnisse nicht erfunden hat und keineswegs allein dafür verantwortlich ist. Sie weisen auch auf eine, vielleicht sogar auf *die* Schwachstelle des Marxismus hin. Die Produktion von Ideologien hat nie so glatt und schematisch funktioniert, wie sich das der dialektische Materialismus vorgestellt hat, als getreue Widerspiegelung der Interessen ökonomischer Klassen. Aus dieser Problematik ist ja nicht zuletzt auch die Kritische Theorie hervorgegangen, die deswegen eine Wende ins Feld psychoanalytischer Erklärungen vollzogen hat. Aber auch die postmodernen Philosophen hatten anfangs nur reagiert auf die Brüche und Differenzen, die sie objektiv vorgefunden hatten, so wie Jean-François Lyotard, der die verschiedenen gesellschaftlichen „Sprachspiele“ für unvereinbar miteinander hielt und die Idee einer Vermittlung aufgab. Das ist die Grundbotschaft seines 1979 veröffentlichten Buches „Das postmoderne Wissen“.

Man kann ihm und anderen Köpfen der Postmoderne jedoch vorwerfen, das zu leichtfertig getan zu haben und die Unüberbrückbarkeit zwischen den Diskursen durch eine übergeordnete Vernunft nicht nur konstatiert, sondern auch vorangetrieben und gefeiert zu haben und so schließlich jener vom Nietzscheanischen Machtrausch bloßer Phrasen besessenen Willkür und Beliebigkeit des Denkens Vorschub geleistet zu haben, mit der man es heute allenthalben zu tun hat.

Tod und Wiederauferstehung der Ideologien

Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989, der allen radikal linken Positionen das Wasser abgrub, trug im Folgenden dann das seine dazu bei, aus der postmodernen Strömung die Ideologie einer saturierten akademischen Elite zu machen, die zwar megafortschrittlich wirken, trotzdem aber zum Schluss kommen wollte, dass die Welt im Großen und Ganzen schon so in Ordnung sei, wie sie sei. Eine Weltanschauung, die sich bloß auf Zeichensysteme konzentrierte und – so wie der Dekon-

struktivist Jacques Derrida in seiner 1967 erschienen „Grammatologie“ – behauptete, dass es gar keine der Sprache vorgelagerte Realität gäbe, kam da gerade recht.

Das postideologische Zeitalter wurde ausgerufen. Die Ideologien sind tot, wurde behauptet. Das aber war vielleicht die größte Ideologie von allen.

Das postideologische Zeitalter wurde ausgerufen. Die Ideologien sind tot, wurde behauptet. Das aber war vielleicht die größte Ideologie von allen.

Freilich, man wollte schon noch irgendwie links sein; aber nur mehr *links light*. Im Zuge dieser Entwicklungen erlebte daher der Linksliberalismus seinen Aufschwung, vielleicht das letzte Gesellschaftsmodell mit Breitenwirkung, das noch am ehesten so etwas wie eine halbwegs kohärente – wenn man so will: bürgerliche – Ideologie darstellt, wenngleich auch er von tiefen Widersprüchen zerfurcht ist, die er nicht reflektiert.

Feststellbar ist seither im öffentlichen Diskurs ein massiver politischer oder vielmehr postpolitischer Zusammenschluss zwischen einem sich an Karl Poppers Begriff der „offenen Gesellschaft“ wie an einen Strohalm klammernden Linksliberalismus und sorgfältig ausgewählten Versatzstücken der Postmoderne. Innerhalb dieser Grenzen verbleibend setzt man sich fast nur noch mit den Themen der Diversität und der politischen Korrektheit auseinander, während die Entwicklung einer Grundsatzkritik an politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten praktisch ausgeschlossen bleibt. Wo die Texte postmoderner Autoren aber über ein darüber hinausgehendes widerständiges Potential verfügen, werden sie nur mehr geglättet rezipiert. Das ist etwa der Fall bei dem Machttheoretiker Michel Foucault, der inzwischen darauf reduziert wird, Ahnvater der politischen Korrektheit gewesen zu sein.

In Österreich beschränkte sich seit Mitte der 80er Jahre das Selbstverständnis der Linken immer mehr auf ein rühriges Gutmenschentum, mit anderen Worten, darauf, gegen die FPÖ und Ausländerfeindlichkeit zu sein. Es wurde zu einem gewöhnlichen Phänomen, dass Prominente, Künstler und Kabarettisten sich schon deswegen für politisch engagiert hielten, weil sie sich über den Rechtspopulisten Jörg Haider empörten, selbst

wenn sie sonst von Politik nichts verstanden und sich auch gar nicht dafür interessierten.

Der breite Zerfall linken politischen Bewusstseins hatte langfristig drastische Folgen. In das geistige Vakuum, das die Linken frei ließen, drangen Neoliberalismus, Esoterik und Rechtsextremismus nach und breiteten sich immer mehr aus: „Die neoliberale Globalisierung wurde als Schicksal betrachtet, in das wir uns zu fügen hätten, und politische Probleme wurden auf reine Sachfragen reduziert, die von Experten gelöst werden müssten. Für eine echte Wahl, die die Bürger zwischen unterschiedlichen politischen Projekten hätten treffen können, blieb da kein Platz; deren Rolle beschränkte sich auf das Absegnen der ‚vernünftigen‘ politischen Maßnahmen [...]“ (Mouffe 2018, S. 14f)

Was der Linksliberalismus nicht verstanden hat: In der Ruhelosigkeit des Kapitalismus kann es keinen Tod der Ideologien geben. Alle Ideologien und Religionen leben weiter, wenn auch nur mehr als Bruch- und Versatzstücke, die jederzeit reaktiviert und als Fetische wiederauferstehen können, so wie es mit allen Dingen geschieht, die im Kapitalismus scheinbar den Tod erleiden. Mit einer solchen gespenstischen Massenauf resurrection hat man es auf den Corona-Demonstrationen zu tun.

ORTWIN ROSNER hat Germanistik und Philosophie in Wien studiert.

LITERATUR

- | | |
|---|--|
| Adorno, Theodor W.: Einführung in die Dialektik (1958), hrsg. v. Christoph Ziermann, 3. Auflage, Berlin 2017. | Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, aus dem Englischen von Richard Barth, 2. Auflage, Berlin 2018. |
| Deleuze, Gilles und Guattari, Felix: Rhizom, aus dem Französischen von Dagmar Berger u.a., Berlin 1977. | Žižek, Slavoj (Hrsg.): Mapping ideology, London/New York 1994. |

Peter Klein

Die neue Rücksichtslosigkeit

Vom Klassenkampf zum abstrakten Individuum

Teil II

„Wie Spinozas Stein, der, von einer ihm unbekannten Kraft geworfen, meint, aus eigenem Antrieb zu fliegen, so versteht sich auch das abstrakte Individuum als der für sich selbst verantwortliche Ausgangspunkt seines Denkens und Handelns.“

Dass die politische Demokratie in enger Beziehung zu den Unterschichten der bürgerlichen Gesellschaft steht, dass der Demokrat deshalb immer schon ein „Linker“ ist, ein Freund der Erniedrigten und Beleidigten, war in den Anfängen der Arbeiterbewegung eine Selbstverständlichkeit. Da die Masse der Bevölkerung über kein bürgerliches Eigentum verfügte, über nichts also, was sie über ihre Mitmenschen hinausgehoben hätte, schienen die universellen Menschheitsprinzipien, die voraussetzungslos (oder kategorisch, wie es bei Kant heißt) zu gelten beanspruchen, eine besondere Affinität zu dieser eigentumslosen Masse zu besitzen. Dass sich die Bourgeoisie gegen die rechtliche Gleichheit dieser Masse stellte, dass sie „politisch-rechtliche Unterschiede zugunsten der Vermöglichen“ machte (so der konservative Staatsphilosoph Friedrich Julius Stahl, den Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, auf S. 81 zitiert), ließ diese Affinität nur um so deutlicher hervortreten. Die erzbürgerlichen Ideale der Freiheit und Gleichheit gewannen in realpolitischer Hinsicht eine geradezu anti-bürgerliche Färbung.

Defensive der demokratischen Linken

Um so schlimmer war die Niederlage, die der Arbeiterbewegung durch die rechten Diktaturen des Faschismus und Nationalsozialismus zugefügt wurde. Eine Niederlage, die nicht nur die politische Welt durcheinanderwirbelte, sondern auch die theoretischen Kategorien, die bis dahin zur Erklärung dieser Welt gedient hatten. Hitler und Mussolini waren ja unter Ausnutzung demokratischer Methoden an die Macht gekommen. Der Versuch, trotzdem in den alten Gleisen des Klassenkampfes weiterzumachen, die Demokratie weiterhin für die Linke zu vindizieren und das Kapital weiterhin als antidemokratisch darzustellen, musste misslingen.

Er sah etwa folgendermaßen aus: Die Demokratie ist die Herrschaft der Mehrheit, die Mehrheit aber besitzt keinen Anteil an den modernen, in gesellschaftlichem Umfang betriebenen Produktionsmitteln, eine Minderheit von kapitalistischen Privateigentümern verfügt über sie und lässt die Mehrheit, die ihren Lebensunterhalt nicht anders verdienen kann, an diesen Produktionsmitteln arbeiten – nicht im Interesse der arbeitenden Mehrheit natürlich, sondern im eigenen, egoistischen Interesse: um den dabei entstehenden Profit einzustreichen und immer noch reicher zu werden. Mit diesem moralisch verwerflichen Tun würde die Demokratie, wenn alles mit rechten Dingen zugehe, Schluss machen. Der demokratische Staat würde die Produktionsmittel übernehmen und nicht-kapitalistisch betreiben: mit moralisch integren Funktionären, die bei all ihrem Tun nichts anderes als das Wohl des arbeitenden Volkes bzw. der Allgemeinheit im Sinne haben. Daher die Furcht der Kapitalisten vor der Demokratie. Je weiter die Konzentration des Kapitals fortschreitet, desto kleiner wird die Zahl der Kapitalisten, desto größer und mächtiger jeder einzelne. Die Neigung des Kapitals, diktatorische Regierungsformen zu unterstützen, wächst. So etwa die Linie der Komintern und ihres Chefs Georgi Dimitroff. Ähnlich auch der Politologe Franz Neumann (1900–1954), Mitarbeiter an Max Horkheimers „Institut für Sozialforschung“, in seinem 1942 erschienenen „*Behemoth – Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*“.

Tatsächlich etablierten sich nach dem Ersten Weltkrieg in 15 europäischen Ländern autoritäre bis diktatorische Regimes, die von der Geheimpolizei bis zum Folterkeller mit allen Schikanen des staatlichen Terrors ausgerüstet waren. Und dabei

ist das „Heimatland aller Werktätigen“, die Stalin'sche Sowjetunion, noch nicht mitgezählt. Soweit ist der Rede von den antidemokratischen Tendenzen beizupflichten. Allerdings zeigt diese Entwicklung, dass das Konzept der linken Demokratie, bei dem die „Enteignung der Kapitalisten“ als Verstaatlichung gedacht wurde, sich bereits in der historischen Defensive befand. Die moderne Diktatur, die cäsaristisch oder bonapartistisch genannt wird, weil sie sich wie ihre historischen Vorbilder auf breite Massen der Bevölkerung zu stützen versteht, ist ja schon als solche ein Sprung in Richtung Verstaatlichung der Gesellschaft. Sie erweitert die Zuständigkeit des Staates gerade auch in Sachen Ökonomie und hebt überhaupt sein „Allgemeinheitsniveau“ auf eine (verglichen mit der Epoche des Liberalismus) höhere Stufe. Die gesamte Bevölkerung wird staatsunmittelbar: direkt angesprochen und direkt betroffen von den Maßnahmen des Staates und seinen gesetzlichen Vorgaben. Die Zeiten, in denen man den Universalismus der bürgerlichen Ideen gegen die real existierenden Bürger in Stellung zu bringen pflegte, gegen jene „Bourgeoisie“ also, die ein eigener Stand war und die Staatsbürgerrechte den Kreisen von „Besitz und Bildung“ vorbehalten wissen wollte, waren also bereits vorbei. Die „Bourgeoisie“ war nach der Massenschlächtereier des Ersten Weltkriegs nicht mehr das, was sie im 19. Jahrhundert gewesen war. Ihre Rolle als Intermediärgewalt, in welcher der „Fabrikant absoluter Gesetzgeber“ war, der „Fabrikregulationen (erließ), wie er Lust und Laune (hatte)“ (Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2:399), war ausgespielt.

Die Erinnerung an jene Zeiten war bei den Bekennern der linken Gesinnung aber noch frisch. Daher verstanden sie Figuren wie Hitler oder Mussolini nicht als eigenständige Phänomene der kapitalistischen Entwicklung, die den Weg zu einem die gesamte Gesellschaft umfassenden Funktionszusammenhang eingeschlagen hatte, sondern sahen lediglich „Marionetten“ in ihnen, die an den von der altbewährten „Bourgeoisie“ gezogenen Fäden hingen. Man denke an die bekannte Fotocollage von John Heartfield *Hinter mir stehen Millionen*: Hitler hebt den rechten Arm zum Gruß und empfängt ein Bündel Geldscheine aus der Hand des hinter ihm stehenden Großkapitalisten. Die „Ökonomie“ (= das große Geld), so will uns das Bild sagen, bestimmt die „Politik“. Auf diese Weise meinte man wohl, dem marxistischen Basis-Überbau-Schema Genüge zu tun, landete aber bei der abstrakten Moral, die die bürgerliche, aus lauter Pri-

vatinteressen zusammengesetzte Gesellschaft zu ihrer Voraussetzung hat.

Der eine besticht, der andere wird bestochen. Indem die populistischen Diktaturen der Zwischenkriegszeit als moralisches Problem dargestellt wurden, erlangten die Grundprinzipien der Moral und des modernen Rechts, Freiheit und Gleichheit, eine eigenständige Bedeutung. Die Verbindung zu einem bestimmten sozialen Interesse reißt ab, die Demokratie ist kein Instrument des Klassenkampfes mehr, sie wird – durchaus im Sinne von Hitlers „Volksgemeinschaft“ – zum „Staat des ganzen Volkes“. Dieser versteht sich nicht mehr als Ausdruck oder Diener einer Massenbewegung, sondern er gründet sich auf die Verfassung und die darin niedergelegten Menschen- und Staatsbürgerrechte. Die Politik versachlicht sich, gewinnt mehr und mehr den Charakter einer Verwaltungstätigkeit, und eine Atmosphäre der Ernüchterung und der verlorenen Illusionen entsteht. Die bürgerlichen Abstraktionen sind jetzt gewissermaßen zum Allgemeinbesitz geworden, und damit hat sich auch das typisch bürgerliche Verfahren, die Wirklichkeit am Ideal zu messen, am Kant'schen „Sollen“ sozusagen, verallgemeinert. Weil das Ideal, die Gesellschaft der Freien und Gleichen, für sich genommen inhaltslos ist, ist es bestens dafür geeignet, mit Bildern und Vorstellungen vom guten Leben gefüllt zu werden. Und wie es so geht mit Abstraktionen, in die hinein man ideale Vorstellungen projiziert: Die Wirklichkeit reicht niemals an sie heran – oder anders: Freiheit und Gleichheit werden niemals angemessen „verwirklicht“.

Welcher Steuersatz ist gerecht? Kann man freien Bürgern ein Tempolimit zumuten oder Atemschutzmasken vorschreiben? Fragen dieser Art hören nicht auf. Um sie zu klären, gibt es die Meinungsfreiheit und den Minderheitenschutz, sodass sich eine demokratische Streit- und Debattenkultur entwickeln konnte, an der sich zu beteiligen alle politischen Farben eingeladen sind. Einer verwirrten Linken, die immer noch glaubt, Freiheit und Gleichheit gegen den „bösen Kapitalismus“ in Stellung bringen zu sollen, bleibt nichts anderes übrig, als ihre Erkennungsmelodie von Betrug und Manipulation in dieses Meinungskonzert einzubringen.

Zwei vernachlässigte Aspekte

Für das Verständnis des modernen, weitgehend individualisierten Kapitalismus scheinen mir zwei Gesichtspunkte wichtig zu sein, die im traditionel-

len linken Denken, soweit es in der Epoche der bürgerlichen Revolution wurzelt, eher zu kurz kommen. Zum einen geht es um den Systemcharakter des modernen Kapitalismus, zum anderen um den Privateigentümer, wie er nach der klassischen juristischen Definition beschaffen und im freien Willen des modernen Individuums wirksam geworden ist.

Der Grund der Vernachlässigung liegt natürlich darin, dass Freiheit und Gleichheit nicht hinlänglich deutlich und konsequent als Momente der bestehenden Produktionsverhältnisse wahrgenommen werden. Als notwendige Momente der Warenzirkulation sind sie ursprünglich und zunächst eine *praktische* Angelegenheit. Sie werden im Augenblick des Warentausches *praktisch vollzogen*, ohne dass dies den Kontrahenten, die sich dabei wechselseitig als frei über das jeweilige Produkt verfügende Eigentümer behandeln, zu Bewusstsein kommen muss. Erst aus dieser Praxis des Warentausches, nachdem sie hinlänglich lange und regelmäßig geübt worden ist, gelangen die bürgerlichen Abstraktionen in die Köpfe der Menschen und erscheinen hier als Ideen, die der Natur bzw. der Vernunft gemäß sind und deshalb überall gelten sollten.

Der moderne Mensch pflegt von den materiellen Voraussetzungen seiner Denk- und Bewusstseinsform nichts zu wissen. Auch deshalb ist es gerechtfertigt, sein Ich-Bewusstsein abstrakt zu nennen. Wie Spinozas Stein, der, von einer ihm unbekannten Kraft geworfen, meint, aus eigenem Antrieb zu fliegen, so versteht sich auch das abstrakte Individuum als der (nur) für sich selbst verantwortliche Ausgangspunkt seines Denkens und Handelns. Es reflektiert nicht auf Freiheit und Gleichheit als die in den Produktionsverhältnissen wurzelnden Realabstraktionen, denen es sich selbst verdankt, sondern wendet sie, moralische Urteile fällend, unbesehen an. Indem es sie den vorgefundenen sozialen Kategorien äußerlich anklebt, werden diese gewissermaßen konserviert und stabil gehalten – nicht in der Wirklichkeit, sehr wohl aber im Denken des abstrakten Individuums, von dem wir ja alle affiziert sind.

a) Vom Kapitalisten zum Kapitalismus

So entsteht die Neigung, den Kapitalismus in Verbindung mit der Figur des „Kapitalisten“ zu denken. Der „Kapitalist“ ist reich und mächtig und somit eine Beleidigung der Gleichheitsforderung. Man erinnere sich an jenen „Fabrikanten“, den der

junge Engels vor Augen hatte. Er ist „absoluter Gesetzgeber“ und erlässt seine Regulationen nach „Lust und Laune“. Diese Figur dürfte für den seinerzeitigen „Kapitalismus“, der von sich als „Is-mus“ noch nichts wusste, kennzeichnend gewesen sein. Das System war, wie man mit Hegel sagen könnte, noch nicht bei seinem „Begriff“ angelangt. Somit befanden sich viele der Regeln und Maßnahmen, die im weiteren Verlauf der Entwicklung in die Zuständigkeit des Staates fielen, im persönlichen Ermessen des jeweiligen Unternehmers. Der war sozusagen eine Persönlichkeit, prägte mit seinem Charakter den ganzen Betrieb, und fühlte sich oft auch für das Benehmen seiner Arbeiter verantwortlich. Der misanthropische Geizkragen, den Dickens in seinem *Ebenezer Scrooge* vorführt (*A Christmas Carol*, 1843), repräsentiert gewiss nicht das ganze Spektrum der seinerzeitigen Charaktermasken. Carl Schurz zeigt in seinen „Lebenserinnerungen“ ein anderes Exemplar, einen Unternehmer, wichtigen Helfer bei der Flucht von Gottfried Kinkel und Schurz nach England im Jahre 1852, der, „weit und breit als ein Freund und Fürsprecher der Armen und Bedrückten bekannt, „von seinen Arbeitern (...) wie ein Vater verehrt und geliebt“ wurde (Lebenserinnerungen Bd. 1, S. 339).

Der moderne Mensch pflegt von den
materiellen Voraussetzungen seiner Denk- und
Bewusstseinsform nichts zu wissen.
Auch deshalb ist es gerechtfertigt, sein Ich
Bewusstsein abstrakt zu nennen.

Das Bürgertum sah sich an der Spitze des Fortschritts stehen, es empfand seine Lebens- und Denkweise als beispielgebend für die ganze übrige noch halb im Mittelalter steckende Bevölkerung und entbehrte bei der Verkündung seiner Art von Vernünftigkeit und alkoholischer Mäßigung oft nicht eines gewissen pädagogischen Eifers. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückte das Bürgertum vollends zur „guten Gesellschaft“ auf, wenn man in Geschmacksfragen auch gerne noch nach dem Adel schielte. (Moderne Kunst und Lebensreform traten erst am Ende des Jahrhunderts auf.) Die groß gewordenen Bürger traten jetzt, ihre gesellschaftliche Bedeutung unterstreichend, vermehrt als Stifter und Mäzene von allerlei kulturellen und sozialen Einrichtungen auf. Die Unternehmer bauten Werkwohnungen und kümmerten sich um das von den sozialistischen Ideen bedrohte Seelenheil ihrer Arbeiter. Die im Bergbau tätige Familie Chagot, so liest man etwa

bei Sorel, „(unterstellte) die Arbeiter der Leitung der Priester“ und verlangte von ihnen, „zur Messe zu gehen“ (Sorel, Über die Gewalt, S. 266).

Es versteht sich, dass die patriarchalische Auffassung des Privateigentums, die noch weitgehend im Herr-Knecht-Modus verharrt („unmündig nennt man uns und Knechte“, heißt es in der „Internationale“ von 1871), mit dem modernen Kapitalismus wenig zu tun hat. Deswegen das Wort „Willkürherrschaft“ zu verwenden, wie es die Engels'sche Formulierung nahelegt, ist aber auch nicht angebracht. Schon seinerzeit war der Kapitalist, wollte er einer bleiben, durchaus nicht frei, mit seinem Eigentum nach Belieben zu verfahren, nach Maßgabe seines freien Willens sozusagen. Er musste schon damals, um sich auf dem Markt halten zu können, die Kosten der Produktion möglichst niedrig halten, musste die Betriebsorganisation laufend verbessern und effektivieren, musste die technische Entwicklung im Auge behalten, musste in neue Maschinen investieren, musste die Arbeiter so führen, dass sie arbeitswillig blieben und mit der wertvollen Maschinerie sachgerecht umgingen, musste den Marktanteil seiner Produkte zu vergrößern trachten, musste neue Produkte entwickeln usw. usf. Eine ganze Reihe von „Muss“, die mit dem kapitalistischen Privateigentum und der daraus entspringenden Konkurrenz der Kapitalisten untereinander logisch notwendig gesetzt sind. Jeder Kapitalist ist ihnen unterworfen, sodass wir hier wieder der Kategorie der Allgemeinheit be-

gegen: Voraussetzung dafür, dass die Methoden und Organisationsstrukturen der kapitalistischen Produktion sich objektivieren und zur „Wissenschaft“ (BWL, VWL etc.) werden konnten, die zu studieren jedem Mann und jeder Frau nach guter demokratischer Sitte offen steht. Nimmt man die staatliche Allgemeinheit hinzu, die die für die Produktion im Großen erforderliche Infrastruktur bereitstellt (Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Währung, Erziehungs- und Ausbildungswesen, nationale und internationale Kodifizierung des Rechts etc.), dann wurde „dem Kapitalisten“ als Person und Charakter in den vergangenen 150 Jahren vollends der Garau gemacht. Er löste sich auf in das weltweit dimensionierte System „Kapitalismus“.

b) Das moderne Privateigentum

Genau in diese Richtung der Entwicklung weist schon eine Bemerkung über das Privateigentum, die Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie“ von 1845 machen. Die Definition des Privateigentums als *jus utendi et abutendi* durch das (seinerzeit noch angewandte) römische Recht, erwecke den Eindruck, „als ob es auf dem bloßen Privatwillen, der willkürlichen Disposition über die Sache beruhe“ (MEW 3:63). Das Privateigentum ist aber eine gesellschaftliche Einrichtung, das Moment bestimmter Verhältnisse, und der Privateigentümer, zumal der kapitalistische, muss sich an deren Vorgaben halten, „wenn er nicht sein Eigentum und damit sein *jus abutendi* in andre Hände übergehen

Neues Buch von

Alfred Fresin

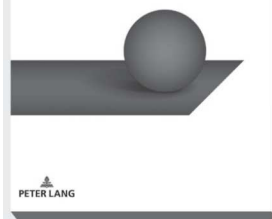
Wie kommt der Kapitalismus an sein Ende?

Kritik an Vorstellungen zum Abgang dieser Ökonomie

Alfred Fresin

Wie kommt der Kapitalismus an sein Ende?

Kritik an Vorstellungen zum Abgang dieser Ökonomie



Schon wieder ein Buch, das den Abgang dieser Ökonomie beschwört oder prophezeit? Nein, ganz und gar nicht: Es geht darin vielmehr um eine kritische Auseinandersetzung mit Vorstellungen von Kapitalismuskritikern vom Ende des Kapitalismus und mit praktizierten Versuchen, diesen zu überwinden.

Nach einer Zusammenfassung der daraus resultierenden wichtigsten Erkenntnisse wird skizziert, wie der Kapitalismus tatsächlich an sein Ende käme.

Diejenigen die sich ernsthaft die Frage nach einer Alternative stellen, werden schließlich auch fündig.

Die „bedürfnisorientierte Versorgungswirtschaft“, die der Autor in einem anderen Buch ausführlich vorgestellt hat, wird kurz dargestellt und kritische Stellungnahmen besprochen.

Übersichtliche Gestaltung und verständliche Sprache zeichnen dieses Buch aus.

Weitere Informationen im Internet

Erschienen im Peter Lang Verlag

sehen will ...“ (ebd.). Die Vorstellung, dass ich als ihr Eigentümer mit der betreffenden Sache machen kann, „was ich will“, nennen sie daher eine „juristische Illusion“, zu Recht, wenn man an die bekannten wirtschaftlichen „Sachzwänge“ denkt.

Gleichwohl hatte diese Illusion, was ihre Wirksamkeit und praktische Umsetzung betrifft, noch eine große Zukunft vor sich: nämlich *innerhalb* des zum System avancierten Kapitalismus. Jeder und jede, der oder die mit Geld zu tun hat, egal ob als Konsument oder Produzent oder Sozialhilfeempfänger, ist ein Bestandteil der kapitalistischen Geldbewegung. Diese aber, das „automatische Subjekt“ der modernen Gesellschaft (Marx), hat zu allen Tätigkeiten, die wir ausüben, zu allen sozialen Lagen, in denen wir uns befinden, lediglich ein Benutzerverhältnis. Sie akzeptiert sie nur so lange und nur in dem Maße als werthaltig, wie sie für das Gesamtsystem funktional sind, also jener Logik der Wertverwertung (vulgo „Wachstum“ genannt) dienen, die der „höhere“ oder „eigentliche“ Zweck der ganzen Veranstaltung ist. Immer neue Funktionen treten auf, alte werden ausgesondert und gehen kaputt. Man kennt das Marx'sche Wort von der „fortwährenden Umwälzung der Produktion“, von der „ununterbrochenen Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“, die für „die Bourgeoisiepoche“ kennzeichnend seien (MEW 4:465).

Ausgerechnet in diesem System der „ewigen Unsicherheit und Bewegung“ (ebd.) hat sich nun jener Eigentümer etabliert und musste sich wohl auch etablieren, der dem römischen *jus utendi et abutendi* sehr weitgehend entspricht. Die Rede ist natürlich vom modernen Ware-Geld-Individuum, wie es sich im Zusammenhang mit dem totalen Markt und der kapitalistischen Demokratie herausgebildet hat. Alle Funktionen und Beziehungen, in denen sich dieses Individuum befindet, sind vorübergehender Natur, nur eine ist stabil und von lebenslänglicher Dauer: die Beziehung zum eigenen Körper, zur eigenen physischen und physiologischen Existenz. An dieser hat das abstrakte Individuum jenes Eigentum, an dem es nicht nur rücksichtslos, sondern geradezu hemmungslos seinen freien Willen auslassen kann. Da es sich notgedrungen als Agent der herrschenden Logik betätigt, für den die von der Kapitalbewegung herührenden Zwänge diejenigen des Lebens selbst bedeuten, sind dem Missbrauch der eigenen Existenz im Sinne jenes von Marx/Engels erwähnten *jus abutendi* Tür und Tor geöffnet. Das Ensemble

empirischer Eigenschaften, über das ich verfüge, muss, damit es auf dem Arbeitsmarkt einen guten Preis erzielen kann, der Nachfrage entsprechend qualifiziert werden, es muss fit gehalten werden, es muss den Wechselfällen und Belastungen des „modernen Lebens“ standhalten können und, mit einem Wort, in jeder Lage zuverlässig funktionieren. Wenn auch der Körper alle möglichen Symptome entwickelt, vom Bluthochdruck bis zur Schlaflosigkeit – es hilft ihm nichts, er muss gehorchen.

Seitdem der „Kapitalist“ zum überall wirksamen System geworden ist, hat das Verhalten des abstrakten Ich zum eigenen empirischen Dasein als zu einer Ware, die im Jobcenter angeboten wird, nichts Anrühiges mehr. Sich „eine Arbeit“ zu suchen oder „irgendeine Beschäftigung“, ist geradezu ein moralischer Imperativ geworden, der sich an jedermann (und jede Frau) richtet. Die vielen „Muss“, die zu dieser Konstellation gehören, besitzen daher einen weitaus höheren Rang von Allgemeinheit als diejenigen des oben erwähnten „Kapitalisten“, der für den Liberalismus des 19. Jahrhunderts steht. In den demokratischen Zeiten beziehen sie sich auf das Individuum als solches, sodass sie den Eindruck erwecken, zum „Menschen schlechthin“ zu gehören. Allgemein und allseitig geworden ist die Konkurrenzsituation, in der sich das moderne Individuum befindet, allgemein verbreitet ist das entsprechende Seelenleben mit seiner Sinnsuche und seiner Selbstwertproblematik. Dass auch diese Art Allgemeinheit die entsprechenden Wissenschaften nach sich zog, nämlich solche, deren Aufgabe es ist, unser Ich „stabil“ und „realitätstüchtig“ zu halten, erwähne ich nur am Rande.

Das moderne Individuum als Moment des Rechtssystems

Einen wesentlichen Anteil an der Herstellung des abstrakten Individuums hatte natürlich der Prozess der Verrechtlichung aller Beziehungen, wie er seit dem 19. Jahrhundert als die „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ abgelaufen ist. Dem Ausgangspunkt in der ständischen Gesellschaft entsprechend wurde das Recht hierbei attributiv verwendet. Gegeben ist die soziale Kategorie oder Situation, und sie soll oder will zu ihrem Recht kommen. Etwa als Lohnarbeiter: Arbeitszeit, Kündigungsfrist, gewerkschaftliche Organisation, Wahlrecht – dass dies alles gesetzlich geregelt und gesichert wurde, erschien als eine Aufwertung und sogar Ermächtigung der entsprechenden Katego-

rie. Und das war es ja auch, allerdings innerhalb des kapitalistischen Funktionszusammenhangs, der damit die Gepflogenheiten der Herr-Knecht-Konstellation hinter sich ließ.

Diese Gewohnheit, das Recht attributiv zu behandeln und es an die jeweilige Materie – Arbeit, Miete, Unternehmen, Steuer, Umwelt, Urlaub – einfach nur anzuhängen, hat sich bis heute gehalten, wenn auch niemand mehr den Gedanken der politischen Macht oder gesellschaftlichen Umwälzung damit verbindet. Die Umwälzung, die gleichwohl stattgefunden hat, nämlich darin, dass die Konstellation sich umkehrte und die soziale Kategorie zum Attribut des Rechtssystems wurde, blieb deshalb meist (von gewissen Systemtheoretikern abgesehen) unbemerkt. Übermächtig wurde der Systemcharakter des Kapitalismus, übermächtig wurde die zugehörige Subjektform: das abstrakte, private, vereinzelte etc. Individuum, das frei ist, in jeder beliebigen vom System bereitgestellten Funktion tätig zu werden, an jeder beliebigen Stelle Geld zu verdienen und mitzuhelfen bei der Verwertung des Werts.

Das abstrakte, private, vereinzelte Individuum ist frei, in jeder beliebigen vom System bereitgestellten Funktion tätig zu werden, an jeder beliebigen Stelle Geld zu verdienen und mitzuhelfen bei der Verwertung des Werts.

Es ist der abstrakte Charakter des modernen Rechts, der dies bewirkt hat. Weil es für sich genommen keinerlei empirischen Inhalt hat, sondern nur eben auf das allgemeine Gelten von was auch immer hinausläuft, ist es fähig, sich jede beliebige Empirie vorzunehmen und als Rechtsmaterie zu beschreiben. Das heute noch oft zitierte Wort von Anatole France (in dem Roman „Die rote Lilie“), das allgemeine Gesetz verbiete es Armen und Reichen gleichermaßen, „unter Brücken zu schlafen“ etc., nimmt diese Abstraktheit aufs Korn, weiß aber, 1894 publiziert, noch nichts von der Flexibilität und Anschmiegsamkeit, die das moderne Recht eben aufgrund dieser Abstraktheit besitzt. Die immer weitere Ausdifferenzierung des Rechts, das in den demokratischen Zeiten versucht, jeder im Kapitalismus auftretenden Lebenslage „gerecht“ zu werden, ist genau von solchen linken Kritikern wie Anatole France vorangebracht worden. Mit ihrer Kritik haben sie dazu beigetragen, dass die soziale Basis, auf der alle linken Konzepte seit dem 19. Jahrhundert fußten, die Arbeiterklasse, untergra-

ben und das Recht (wie übrigens von Eduard Bernstein etwa zur selben Zeit gefordert) immer mehr und immer besser auf das „Individuum als solches“ zugeschnitten wurde. Ein wichtiger Beitrag zum Prozess der Individualisierung, als dessen neoliberale Fanfare Margaret Thatcher den Satz beisteuerte: „So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur einzelne Männer und Frauen, und es gibt Familien ...“.

Der Mechanismus ist der folgende: Dadurch, dass eine soziale Kategorie rechtlich definiert und geordnet wird, wird sie anerkannt als normales, objektiv gegebenes Faktum des sozialen Lebens (Stichwort: Rechtspositivismus). Sie erhält den Stempel der Allgemeingültigkeit, wird gewissermaßen mit Allgemeinheit gesalbt, besser wohl: übertüncht. Die unpersönliche Formulierung besagt, dass prinzipiell jeder und jede für die betreffende Lage oder Tätigkeit infrage kommt, die tatsächlich Betroffenen durch sie also nicht definiert oder stigmatisiert werden. Informiert über das Regelwerk, das mit der betreffenden Situation verbunden ist, über die Gratifikationen oder Sanktionen, die ich je nach meiner *performance* erwarten kann, wird sie für mich zur Institution, in die ich durch gewisse Umstände und Zufälle hineingelangt bin, aus der ich bei veränderten Umständen aber auch wieder hinausgelangen werde. Sie steht mir als etwas fertig Definiertes gegenüber, als etwas, das es schon vor mir gegeben hat und ohne mich gibt. Ein Unterschied tritt ein zwischen dem, was ich praktisch tue und erlebe und mir, der sich dazu als zu etwas Äußerem verhält, und zwar kalkulierend verhält, Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägend. Ich *bin* nicht, was ich erlebe oder tue, meine rechtliche Stellung und bald auch mein Bewusstsein, meine Identität, befinden sich diesseits davon. Für Anatole France war „der Arme“ eine substantielle Kategorie, das gesamte gesellschaftliche Sein, somit auch das Bewusstsein bestimmend; das individualisierte Recht greift durch diese Kategorie hindurch, macht sie durchsichtig, unterminiert sie gewissermaßen, und erklärt den Armen zu einem Jemand, der sich (hinzuzudenken: momentan, zeitweise) in einer schwierigen Lebenssituation „befindet“. Der Film „Vom Gießen des Zitronenbaums“ (Elia Suleiman, 2019) führt uns diese Situation drastisch vor Augen: Die Szene zeigt ein Matratzenlager an einer Straße in Paris, Wohnort eines Obdachlosen. Ein Ambulanzwagen fährt vor, zwei Angestellte der Wohlfahrtsindustrie (des Sozialamts) steigen aus und bedienen den Obdachlosen sachlich-routiniert

und mit professioneller Freundlichkeit wie nur irgend sonst einen Kunden: mit den Sachleistungen (Blutdruckmessen, Medikamente, Mittagsmenü), die ihm gesetzlich zustehen, solange er sich in der Kategorie „obdachlos“ aufhält. Die „Würde der Rechtsperson“ ist unantastbar, sie wird von der Situation, Rolle, Funktion, in der sie sich befindet, nicht berührt. Das ist es, was die Grundrechte besagen.

Die Idioten der privaten Freiheit

Nach und nach wird die gesamte Empirie einschließlich meiner elementaren Bedürfnisse und Gefühle ein fremdes Wesen für mich – und mein Zuhause ist die gesellschaftliche Form, die mir unter dem Titel „Würde des Menschen“ den Standpunkt des abstrakten Individuums verschafft hat. Kein Wunder, dass dieses Individuum sich mit den existentiellen Unabänderlichkeiten, die es bei aller rechtlichen Übertünchung und Objektivierung des Lebens immer noch gibt, schwertut. Seinerzeit, als man über die Befindlichkeit des „modernen Menschen“ noch staunen konnte, hat dieses Staunen eine eigene Philosophie, den Existentialismus, hervorgebracht, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Als aktuelles Beispiel für diese Befindlichkeit können etwa jene Idioten der privaten Freiheit dienen, die mit der Corona-Pandemie auch gleich noch eine politische Diktatur nach Art des Faschismus heraufziehen sehen. Als hätten wir den Rubikon der Gleichschaltung nicht schon längst überschritten. Das leidige Maskentragen und die anderen von den Regierungen verordneten Maßnahmen und Restriktionen seien demnach nicht auf die Eindämmung der Seuche gerichtet. Die Physiologie von Leben und Sterben, von Krankheit und Tod besitzt für das abstrakte Ware-Geld-Individuum keine Überzeugungskraft. Stofflich-empirische Gegebenheiten kann es nicht ernst nehmen. Aus diesem Bereich kommen nur Vorwände und Scheinargumente, die das „Eigentliche“ verdecken. „Eigentlich“ geht es „ihnen“, nämlich den finsternen Mächten, die hier am Werke sind, immer nur um das, was das Verkäufer-Ich des modernen Individuums selbst für erstrebenswert hält: Geld und Macht.

Der Gestus, den diese hochvergesellschafteten Sklaven des Werts an den Tag legen, erinnert an den Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Aber damals hatte das Bürgertum noch eine ganze Wegstrecke der Modernisierung vor sich. Die

Privilegien des Adels, die muffige Enge der Standesvorurteile und die ideologische Gängelung durch die Kirche ließen die bürgerlichen Prinzipien leuchten. Da war noch Platz für Fortschrittsträume und Visionen. Die sich heute in die Pose des kühnen Kämpfers werfen, haben nichts dergleichen.

Ohne jeden Gedanken, der über den Staat, den sie beschimpfen, hinausreichen würde, ohne die Fähigkeit, Gemeinschaftsaufgaben in kollektiver Selbstorganisation wahrzunehmen, demonstrieren sie nur, dass der private Standpunkt, dessen Freiheit sie einklagen, nun wirklich, was Enge und Beschränktheit angeht, auf dem Niveau des vereinzelt Punktes angekommen ist.

Ohne jeden Gedanken, der über den Staat, den sie beschimpfen, hinausreichen würde, ohne die Fähigkeit, Gemeinschaftsaufgaben in kollektiver Selbstorganisation wahrzunehmen, demonstrieren sie nur, dass der private Standpunkt, dessen Freiheit sie einklagen, nun wirklich, was Enge und Beschränktheit angeht, auf dem Niveau des vereinzelt Punktes angekommen ist. „Ich bin ich“ und „das ist mein Recht“ – mehr Perspektive hat diese Endmoräne der abstrakten Vergesellschaftung nicht zu bieten. Die Protestierenden brauchen den Staat wie quengelnde Kinder die Mama brauchen, die „gemein“ ist, weil sie ihnen den bunten Lutscher nicht kauft. Aber sie sind eben keine kleinen Kinder. Die gereizte Stimmung hat etwas mit der Krise des Kapitalismus zu tun. Sie ist ein Ausdruck davon und sie kann zu ihrer Verschärfung durchaus einen Beitrag leisten. Der Standpunkt der Abstraktion wird für sich selbst dysfunktional. Die Rücksichtslosigkeit, die ihm eignet, kehrt sich neuerdings gegen das System, das im Dienst an der Abstraktion entstanden ist.

Von der über die abstrakte Vergesellschaftung hinausweisenden Perspektive soll im dritten Teil der Serie die Rede sein.

Emmerich Nyikos

Isolation und Assimilierung

Der citoyen als Schmalspur-bourgeois



1. „Bürger“? Was ist mit diesem Ausdruck gemeint? Zweierlei: Man kann darunter sowohl *citoyen* als auch *bourgeois* verstehen; zwei Begriffe, die sich eine Ausdrucksform teilen und so Gefahr laufen können, nicht fein säuberlich auseinandergehalten zu werden. Der Unterschied zwischen „Bürger“ und „Bürger“ springt indessen sofort in die Augen, wenn wir die Sache selbst in Augenschein nehmen, und er ist zudem trivial, ist doch der Wahlberechtigte in einem parlamentarischen Regime nicht unbedingt auch Hauptaktionär eines transnationalen Konzerns. Und in der Tat, das eine ist vom anderen klar unterschieden, was alleine schon dadurch sinnfällig wird, dass manche Sprachen, wie etwa das Französische, diese Begriffsmelange so wie im Deutschen nicht kennen. Indessen, was verschieden ist, kann sich aufeinander beziehen und es kann in mancher Hinsicht auch mit der Zeit konvergieren. Und dies ist tatsächlich der Fall, wie wir noch aufzeigen werden.

2. Die bürgerliche Gesellschaft ist, wie jedes Kind weiß, eine Warengesellschaft: Man kauft und verkauft, das ist ihre Essenz. Ihr Zusammenhang wird, was ihren Begriff anbelangt – die platonische Idee, ihr reines Modell –, mithin exklusiv über den Austausch vermittelt.

Nun ist der Austausch von Waren jedoch ohne die Gleichheit der Warensubjekte nicht denkbar. Sie müssen sich im Austauschprozess und im Hinblick auf diesen als *Gleiche* gegenüberstehen, als *Besitzer von Waren* sowie als wechselnder *Ausgangs- und Endpunkt von Geld*, deren übrige Qualitäten nicht zählen und daher, wenn es um den Austausch geht, als vernachlässigbar in den Hintergrund treten.

Je mehr demnach ausgetauscht wird, je mehr der Austausch die gesellschaftliche Sphäre beherrscht, desto mehr verlieren diese Qualitäten im Bereich des gesellschaftlichen Kontakts an Bedeutung, um schließlich ganz zu verschwinden oder nur als Karikatur ihrer selbst ein Schattendasein zu fristen (wie etwa das monarchisch-aristokratische Brimborium dort, wo es noch Fassaden dieser Art gibt). Was bleibt, ist die Ware oder ihr verwandeltes Dasein als Geld, das, weil es, völlig abstrakt, nur als *Quantität* existiert, die Gleichheit der Warensubjekte als solche begründet oder genauer: eine Gleichheit postuliert, die nur den *quantitativen* Unterschied kennt. Das Geld macht alle Transaktionen miteinander kompatibel, wie groß die Differenz in ihrer Lebenssituation sonst immer auch sein mag. Der Hoflieferant steht mit dem König, der Zeitungsverkäufer mit dem Vorstandschef eines Konzerns, der das *Wall Street Journal* von ihm auf der Straße erwirbt, im Hinblick auf die Transaktion prinzipiell auf gleichem Fuße.

3. Eine Warengesellschaft kann nur dann funktionieren, wenn sich die Waren-Subjekte im Austausch als *Gleiche* begegnen, was impliziert, dass sie voneinander *nicht* abhängig sind. Zwischen der Dorfgemeinde und dem Despoten, zwischen dem Sklaven und dem Latifundieneigner, zwischen dem Hörigen und dem Grundherrn kann es keinen Austausch geben, zumindest dann nicht, wenn man diesen Ausdruck nicht in einem verwaschenen ethnologischen Sinne verwendet. Wie auch soll ein Hintersasse sein Produkt an seinen feudalen Herrn verkaufen können, wenn dieser in der Lage ist, sich dieses Produkt *tout court* in der Form der Rente *in natura* anzueignen?

Dort, wo sich die Warengesellschaft mit der Zeit etabliert – und sie etabliert sich da, wo das Geld

aufgrund besonderer historischer Prämissen zum Angelpunkt werden kann, um den sich die Welt dreht –, wird also auch die formale Gleichheit de facto gesetzt. Das liegt in der Logik der Sache und ist unabhängig von jeglichem Gedankenprozess. Man wird sich dessen in der Tat historisch erst *post factum* bewusst. Auch hier beginnt die Eule der Minerva also erst ihren Flug, wenn die Dämmerung schon eingesetzt hat.

4. Nun wissen wir, dass die Warengesellschaft *sans phrase* in den *burgi* der feudalen Epoche ihren Ausgangspunkt nahm: Ursprünglich war dieses im Grunde extra-feudale Gebilde, im Raum eng begrenzt, der Rahmen für eine Körperschaft (einen „Schwurverband“) von Handwerkern und vor allem von Händlern – den aktiven Demiurgen des Austauschs. Es überrascht daher nicht, dass der Name ihrer Siedlungsform auf ihre gesellschaftliche Funktion übertragen wurde: *Bourgeois* meinte somit den Warenagenten, im Speziellen den Händler, den Repräsentanten der proto-kapitalistischen Formel G-W-G', wobei das W zu dieser Zeit natürlich noch nicht den Produktionsprozess implizierte.

In dem Maße nun, in dem diese Bourgeoisie (oder, wenn man genauer sein will: diese Proto-Bourgeoisie) den Warenaustausch intensivierte – und sie tat dies am Anfang, ab dem Jahrtausend, in Abhängigkeit vom Bedarf der Kastellane oder *seigneurs* (den *domini* oder Chefs quasi unabhängiger „Staaten“ *en miniature*), die, in einer Situation der verschärften Konkurrenz untereinander, als Folge der staatlichen Zersplitterung am Ende der karolingischen Ära, die Kohäsion ihrer militärischen Gefolgschaft durch ostentative Verschwendung, Geschenke und Feste, zu sichern versuchten –, in dem Maße drang das Geld in die Poren der Feudalgesellschaft ein, um sie von innen her allmählich aufzulösen. Anstatt Vasallen engagierte der Fürst, der aus dem Konkurrenzkampf der *seigneurs* als Sieger hervorgehen sollte, nunmehr, weil dies viel effektiver war, Söldner – und zwar mit dem Geld, das er in der Form von Steuern aus der Gesellschaft absorbierte (die *taille*, dazu Marktgebühren und Zölle) –, und der Hufenbauer zahlte dem Grundherrn seine Rente in Geld, nachdem er sein Getreide, seine Schweine und sein Geflügel auf dem städtischen Marktplatz oder bei einem vorbeiziehenden Händler abgesetzt hatte.

So wird die Gesellschaft nach und nach zu einer Warengesellschaft, insbesondere im Anschluss an die koloniale Expansion seit Colón und Da Gama, die den Austausch von Waren enorm – und zwar

eben auf globalem Niveau – vorantreiben sollte: Sie wird, was sie noch heute ist – *bürgerlich* in ihrer Substanz.

5. Das Geld als das dominierende Mittel der gesellschaftlichen Prozesse löscht mit der Zeit dann auch alle Unterschiede aus, die sich jenseits der monetären Quantitäten (und der Produktionsverhältnisse) finden: Stand, Rang, Privilegien und was man dergleichen noch an *formalen* Distinktionen vorfinden konnte, versinken, zusammen mit der persönlichen Abhängigkeit, für immer im Nichts – sei es, dass sie von alleine entschlafen, sei es, dass durch Aktionen turbulenter Natur (Levellers in England und Sansculotten in Frankreich) ein wenig nachgeholfen wird, sei es, dass sie im Hegel'schen Sinne *unwirklich* werden, auch wenn sie, schon längst tot, als Schatten ihrer selbst noch weiterfortexistieren –, so dass im öffentlichen Bereich, in der *res publica*, am Ende alle nur mehr *Bürger* sind: *citoyens*, Mitglied einer *civitas*, also im Grunde des Staates, der von nun an direkt und nicht mehr durch Zwischengewalten vermittelt (durch Grundherrschaften und Stände) den Subjekten gegenübertritt, die eben dadurch sich zu „Staatsbürgern“ mausern.

Das darf uns nicht wundern: Da die reale Macht jetzt nämlich beim Geld und nirgendwo sonst liegt – es lässt sich alles kaufen, selbst das Adelsprädikat –, erweisen sich die *formalen* Unterschiede (für die *Klasse* der Bourgeoisie) als nicht mehr akzeptabel. Ganz zu schweigen davon, dass sie jetzt auch unbrauchbar sind: Sie sind unsinnig geworden, ja im Grunde kontraproduktiv. Man kann sie getrost auf dem Misthaufen der Geschichte entsorgen. Es genügt für alles das Geld, so dass es nichts brächte, die formelle Ungleichheit im öffentlichen Raum weiterhin beizubehalten. Sie geht daher den Weg allen Fleisches.

Das Geld befördert somit in letzter Konsequenz den Untertanen zum „Bürger“, es macht ihn zum *citoyen*. Die logische Konsequenz all dessen ist dann, dass schlussendlich auch alle, die über Staatsbürgerschaften verfügen, auf gleichem Fuße an Wahlen teilnehmen und gewählt werden dürfen. Dies macht für alle sinnfällig und sichtbar, dass in der bürgerlichen Gesellschaft die „Gleichheit der Bürger“ durchgesetzt ist. Zudem ist es die Basis der Illusion, dass der *demos* regiert.

6. Es ist indes klar oder sollte es sein, dass die Gleichheit bürgerlicher Provenienz rein formaler Natur ist und dass sie, als eine formale, die eben deswegen allen einsichtig ist, den Unterschied

zwischen den „Bürgern“ im Hinblick auf die fundamentale Spaltung der Gesellschaft in Klassen (und damit ihren Modus operandi) verdeckt: Die einen sind Kapitaleigentümer, während die anderen nur die Besitzer ihrer Arbeitskraft sind, die sie den Kapitalagenten verkaufen. Das Geld vermag zwar die formale Ungleichheit der Akteure auszulöschen, die reale der Klassenstruktur bleibt hingegen bestehen – wenn auch in verwandelter Form, insofern das Geld die Metamorphose zum Kapital als einer die Produktion beherrschenden Macht durchgemacht und so neue Klassenverhältnisse hervorgebracht hat.

Die „Gleichheit“ der *citoyens* fungiert dabei als eine Fassade in der Form der „Nation“, hinter der sich die Spaltung in Klassen verbirgt: Sie verdunkelt die Sache und vermag so etwas wie eine Gemeinschaft vorzugaukeln, die dann, wenn es nötig sein sollte, ganz leicht „völkisch“ interpretiert werden kann.

7. Jenseits der Sphäre des Austauschs indes, und ebendeshalb, weil das Kapital die Produktion sich nach und nach einverleibt hat, wobei die Formel G-W-G' sich *direkt* dieser Sphäre bemächtigt, findet sich in der klassischen Ära des bürgerlichen Gesellschaftssystems ein anderer Modus des Zusammenhangs der Subjekte: die Kooperation auf großer Stufenleiter in der Großen Fabrik. Aus ihr ist der Austausch verbannt, *res non grata*, das Zu-

sammenwirken erfolgt vielmehr auf der Basis gebrauchswertmäßiger, rationaler Berechnung, und kann auch gar nicht anders erfolgen.

Die Kooperation nun der Arbeitermassen in der Großen Fabrik, ihre disziplinierte Zusammenarbeit, erzwungen zudem durch die Maschinerie, formt aus ihnen ganz natürlich einen interagierenden „Körper“, ein produktives Kollektiv, dessen Agieren als ein *gebrauchswertbedingtes* die Basis dafür ist, dass sich dieses Kollektiv seiner selbst (als eines solchen *jenseits* des Tauschwerts) bewusst werden kann und dann auch abseits der produktiven Prozesse als ein solches, als ein bewusstes, agiert. Die Kooperation setzt sich fort, wird transportiert auf die Ebene organisatorischer Strukturen, innerhalb und dann auch außerhalb der Fabriketablisements. Die „Klasse an sich“ verwandelt sich in eine „Klasse für sich“ – oder kann zu einer solchen wenigstens werden, sofern und sobald sie sich mit theoretischem Denken verbindet: mit der Kritik des Systems des Kapitals, d.h. der bürgerlichen Gesellschaft, die selbst wiederum nur die Reflexion der Kritik des Systems an sich selbst ist. Diese Verbindung kann aber insofern leicht hergestellt werden, als durch das spontane Bewusstsein, ein nicht in Tauschwertform konstituiertes Ensemble zu sein, schon die Grundlagen dafür gelegt worden sind.

Neuerscheinung: Im Hamsterrad des Spätkapitalismus



Nicht erst seit der Corona-Krise mit all ihren gesellschaftlichen Auswirkungen stehen wir stets unter dem Zwang, uns mit unseren Mitmenschen zu vergleichen und in der Konkurrenz mit ihnen zu bestehen. Für manche beginnt das Leid bereits in frühester Kindheit, sofern sie sehr ehrgeizige Eltern haben. Und am Ende wird mit sterblichen Überresten zuweilen sehr ruppig umgegangen, wenn die Betroffenen in ihrem Leben nicht gewisse Mindeststandards erfüllt haben und demzufolge nicht genügend Geldmittel für ein würdiges Begräbnis zur Verfügung stehen. Folglich wird empfohlen, sich noch mehr anzustrengen, noch härter zu arbeiten und noch intensiver miteinander zu konkurrieren. Aber einen Ausweg aus dieser sich ständig beschleunigenden Tretmühle gibt es letztlich nur, wenn wir die Arbeitsgesellschaft mitsamt ihrer Leistungslogik hinter uns lassen. Unsere Gesellschaft braucht also eine grundlegende Änderung, die weit über kosmetische Maßnahmen hinausgeht, fordert Peter Samol nachdrücklich in seinem neuen Buch.

Peter Samol
Die Leistungsdiktatur
Wie der Konkurrenzdruck unser
Leben zur Hölle macht

Reihe: Black books, 234 S., broschiert,
17,30 EUR (A), 16,80 EUR (D),
ISBN 3-89657-196-6



www.schmetterling-verlag.de

Das ist vom Standpunkt dieser Gesellschaft natürlich ein wahrer Skandal, der nicht zu dulden ist. Das Subjekt hat Warenagent und allenfalls „Bürger“ zu sein, was darüber hinausgeht, ist für die Gesellschaft (bürgerlichen Zuschnitts) von Übel. Man hat daher auch alles unternommen, nichts blieb unversucht, um dieses „Übel“ auszurotten, das freilich, dies sei zugestanden, sehr oft das Niveau seiner „Idee“ nicht erreicht hat. Gefruchtet allerdings haben diese „Maßnahmen“ nicht oder nur zeitweilig und keineswegs definitiv.

8. Der „Skandal“ verschwand hingegen *ganz von alleine*. Denn einerseits wurde die Klasse, konstituiert als „Klasse für sich“, während der langen Prosperitäts- und Stabilitätsperiode des Kapitalsystems, die nach 1945 eingesetzt hatte, „moralisch“ korrumpiert oder genauer: die Umstände, die sich änderten – die relative Sicherheit der Lebenslage, das *welfare*-System, die Löhne, die einen bescheidenen „Luxus“ erlaubten, der Konsum als Kompensation für den Verlust an Lebenssubstanz im Arbeitsprozess, die Arbeitszeitverkürzung (mit Bezug auf den Tag, die Woche und das Jahr), die den Schwerpunkt der Lebenszeit von der Fabrik in die Freizeit verschob –, all das machte mit der Zeit organisiertes Handeln obsolet und unterminierte zugleich die Basis dieses Handelns: die Fabrik als Lebenszentrum, die als ein solches dem Privatraum nach und nach wich, so dass sich die „Klasse für sich“ in eine „Klasse an sich“ in einem quälend langen Prozess zurücktransformierte. Die Fragmentierung und Atomisierung der bürgerlichen Gesellschaft, die mit dem Austausch begann, finden hier definitiv ihren Abschluss – zurück bleibt ein Konglomerat von Subjekten, deren Zusammenhang sich völlig ihrer Kontrolle entzieht. Andererseits aber, und dies kommt strafverschärfend hinzu, führt die Logik kapitalistischer Produktion ganz zwanglos dazu, dass diese Klasse nicht nur „moralisch“, sondern letzten Endes auch „physisch“ verdampft: Die Produktion eines Extramehrwerts, notwendige Bedingung für das Überleben als aparte Kapitalentität in der Konkurrenz der Kapitale gegeneinander, setzt voraus, dass das Produktivkraftniveau ständig steigt. Dies führt jedoch, sobald die Wissenschaft von der Produktion annektiert worden ist, unvermeidlich dazu, dass am Schluss die gesamte Produktion automatisiert worden sein wird. Digitalisierung und Robotisierung machen der Arbeitskraft als Faktor der Produktion (im Sinne des Stoffwechsels mit der Natur) unbarmherzig den Garaus. Auch die „Klasse an sich“ ist daher im Begriff zu verschwinden und mit

ihr die objektive Basis eines Zusammenhangs, der seinen Ort jenseits des Austauschakts hat. Was bleibt, sind Tätigkeiten, die man am besten im Homeoffice erledigen kann, wie es uns vor kurzem erst vor Augen geführt worden ist. Die Fragmentierung und Atomisierung finden hier ihren augenfälligsten Ausdruck.

Es überrascht im Übrigen nicht – denn der Mensch ist ein Herdenwesen, ob er will oder nicht –, dass man diese Fragmentierung seit geraumer Zeit durch „identitäre“ Fiktionen zu kompensieren versucht (Geschlecht, sexuelle Orientierung, „Ethnie“, „Rasse“, Glaube und Kult und was es dergleichen noch mehr geben mag) – durch eine imaginierte Gemeinschaft mithin, deren Zement vorzugsweise der „Opferstatus“ ist, völlig jenseits der Funktionsweise der gegebenen Ordnung, d.h. ihres zentralen organisatorischen Prinzips, das nach wie vor das des Kapitals, des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ist, ganz ohne Bezug also zu diesem, was dann auch auf lange Sicht garantiert, dass die bürgerliche Gesellschaft mit all ihren Korollarien das bleibt, was sie ist.

9. Durch all dies findet sich das Subjekt, das nicht zugleich *bourgeois* ist, in konsequenter Entsprechung zu seinem Status als Austauschakteur an der Basis des Alltags, im öffentlichen Raum auf sein Dasein als *citoyen* reduziert. Mehr ist es dort nicht, es ist nur mehr ein „Bürger“. Als solcher aber ist er oder sie nicht weniger isoliert und fragmentiert, als er oder sie es schon als Gesellschaftsatom, als ein Partikel ist, das keinen Zusammenhang mehr jenseits des Austauschakts kennt – isoliert und fragmentiert also auch in der Form des *citoyen*, da das Handeln als ein solcher sich im Wesentlichen auf die Stimmabgabe in einer Wahlkabine beschränkt. Isolierter als dort kann man nicht sein. Das heißt aber auch: Beraubt allen Zusammenhangs ist der „Bürger“ (*citoyen*) in derselben Situation wie der „Bürger“ (*bourgeois*), der oder dessen Kapitalentität in der Konkurrenz mit dem Rest der Kapitale im Prinzip völlig alleinsteht. Und so agiert er dann auch. Isoliert und atomisiert, wie er ist, übernimmt er das Denk- und Verhaltensschema, das dem *bourgeois* wesenseigen ist. Und vor allem: Sein Denken und Handeln ist notwendigerweise so wie das der Kapitalakteure borniert – und aus denselben Gründen.

„Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten“, schrieb Friedrich Engels, „können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt – soweit es sich um den Nutzen des er-

zeugten oder ausgetauschten Artikels handelt – tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder. (...) Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profitchen verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen.“ (Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, MEW 20:456)

Diese Borniertheit erwächst ganz natürlich aus der Isolation der Kapitalentitäten, dem Privateigentum. Isoliert wie sie sind, ist es ihnen gar nicht möglich, anderes in Betracht zu ziehen als den unmittelbaren Profit – nicht einmal den Profit irgendwann in der Zukunft, sofern man nicht über eine monopolistische Stellung verfügt, von allem anderen einmal ganz abgesehen –, denn würden sie es tun, so stünde ihre Existenz als apartes Kapital auf dem Spiel. Was zählt, ist der Profit *hier und jetzt*, und wo dieser ausbleibt, gibt es kein Überleben. Das wäre so, als hörte man auf zu essen, um das Geld für später zu sparen, wo man statt Kartoffeln dann Kaviar serviert bekommt. Bis dahin ist man aber verhungert. Man ist demgemäß auf den Augenblick fixiert, auf den Punkt der Gegenwart, der, der Natur der Sache nach, immer ein wenig zeitversetzt ist. Diese Momente, die „Gegenwarten“, die eine nach der andern aufeinanderfolgen, kennen kein Vorher und Nachher, es sei denn, das der Rate des Profits – und nur im Hinblick darauf wird geplant, sobald man sich in der glücklichen Lage befindet, monopolistisch abgesichert zu sein. Und das sind nur ganz wenige Kapitalentitäten. Planung indessen *mit Bezug auf das Ganze* ist in einer Gesellschaft, die von aparten Kapitalen beherrscht wird, schlechterdings ausgeschlossen. Die bürgerliche Gesellschaft agiert daher auch spontan, d.h. „planlos“ – ein Vorgehen, das, wenn es um Personen geht, zu Recht als irrational und konfus bloßgestellt wird.

Philosophisch wird diese Fixierung auf den Moment, *by the way*, durch den post-modernen Diskurs reflektiert, dessen Maxime, wie Heiner Müller sagt, der Spruch des Dr. Faustus ist: „Verweile doch, du bist so schön!“ Die Vermutung steht hier im Raum, dass das Hohe Denken wohl auch nur ein Reflex der profanen Dingwelt ist.

Aber nicht nur in prospektiver Hinsicht, entlang

des Zeitpfeils mithin, sind die Kapitalagenten beschränkt; sie sind es auch kontextuell. Die Isolation, das Privateigentum, wirft sie zurück auf ihr Ego: Die Egozentrik ist daher ihr beherrschender Zug. Wo aber nur das Ego zählt, da verengt sich der Blick. Man verliert den Sinn für den Kontext. Man agiert, als ob es die Welt da draußen nicht gäbe. Was nicht unmittelbar auf den Profit bezogen ist, blendet man aus. So etwa produzieren Pharma-Firmen zur Zeit auf Teufel komm raus Impfstoffe für die gesamte Population des Planeten, unabhängig davon, ob das Virus, gegen das sich die Impfung richten soll, überhaupt irgendeinen Impact hat jenseits von Risikogruppen, sofern nur garantiert ist, dass man die Impfdosen dann auch mit schönen Profiten absetzen kann.

Das alles schlägt durch auf das Denken: Die Eindimensionalität bemächtigt sich des Rasonnements, Zusammenhänge werden ignoriert, desgleichen der Prozesscharakter, das Werden, das Denken wird linear und mechanisch. Das Absolute triumphiert über die Relationen. Über die Rate des Profits kommt man hier nicht hinaus.

10. All das findet sich wieder im „Bürger communis“, ein Subjekt, dessen Lage als *citoyen* in der *res publica* der des Austauschatoms an der Basis des profanen Lebens entspricht. Und als ein solches Subjekt reproduziert es die Denk- und Verhaltensweisen, die für den *bourgeois* typisch sind (oder, wenn man so will: typisch für dessen Funktion im gesellschaftlichen Gefüge). Denn seine *conditio humana* ist nunmehr dieselbe: die Isolation, die Fragmentierung und Atomisierung in allen Dimensionen. *Bourgeois* und *citoyen* konvergieren, was den Umstand freilich nicht aufheben kann, dass der Modus operandi des Systems des Kapitals nach wie vor impliziert, dass sich diese Gesellschaft als Klassengesellschaft geriert (in Bastardform allerdings, da die „produzierende Klasse“ allmählich, wie wir sahen, verschwindet). Es petrifiziert diese vielmehr.

Das heißt mit anderen Worten: Insofern als die Gleichheit der Bürger im Staat notwendigerweise die Ungleichheit in der „bürgerlichen Gesellschaft“ (im Sinne von Hegel) zur Voraussetzung hat – den Umstand, dass der Produktionsapparat sich in der Hand einer Klasse privater Akteure befindet –, ist der *citoyen*, der nicht zugleich *bourgeois* ist, im Grunde ein Nichts. Ohne die Vorteile zu teilen, teilt man nur die Bedingungen dafür, dass sich der Gesichtskreis verengt – bis zu dem Punkt, wo sich dieser mit dem Schatten, den die Sonne wirft, deckt, die hoch im Zenit steht.

Götz Eisenberg

Die Utopie eines nicht-faschistischen Bürgers

„Äußeres weist innen auf Verschlüttetes.“
(Reto Hännny)

Im Jahr 1977 führten ein paar Freunde und ich ein langes Gespräch mit Peter Brückner. Wir waren mit einem VW-Käfer nach Hannover gefahren und saßen nun in der geräumigen Altbauwohnung um einen Teetisch. Ein Tonband lief, und Peter Brückner erzählte uns seine Lebensgeschichte. Ab und zu tapste sein Sohn Simon herein, der gerade laufen lernte. Peter ging damals bereits mit dem Plan schwanger, ein autobiographisches Buch zu schreiben, das 1980 unter dem Titel *Das Abseits als sicherer Ort* im Verlag Klaus Wagenbach erschienen ist. Eine Passage aus diesem Gespräch fiel mir dieser Tage ein, als ich begann, über einen Text nachzudenken, den ich für dieses Heft beisteuern könnte. Brückner sprach über seine Entzweiung mit Alexander Mitscherlich, in dessen Umfeld er sich in den frühen 1960er Jahren bewegte. Mitscherlich habe seit dem Beginn seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus von der Entstehung eines Menschentypus geträumt, der fähig sein würde, sich in andere einzufühlen und eine neue, friedliche Welt zu gestalten. Mitscherlich habe damals den Leuten prophezeit, sie würden bei seinem Auftauchen erschrecken, weil dieser Typus ihre Ordnung der Dinge in Frage stellen würde. Als der von ihm vorausgesagte Typus in der antiautoritären Revolte auftauchte, habe Mitscherlich ihn nicht erkannt, sei selbst erschrocken und habe sich distanziert.

Ich glaube nicht, dass damals in unserem Gespräch der Begriff „nicht-faschistischer Bürger“ fiel, aber seither geistert er oder das, was mit ihm gemeint ist, durch meine Gedanken. Aktualisiert wurde mein Vorhaben, etwas über diesen Menschentyp zu schreiben, durch die Lektüre von Sándor Márais Autobiographie *Bekenntnisse eines Bürgers*. Dieses Buch ist durchzogen und getragen von einer Idee der Bürgerlichkeit, die mit Unabhängigkeit und Freiheit assoziiert ist. Damals in Brückners Wohnung dachten wir in Kategorien des Klassenkampfes, die uns den Blick auf das verstellten, was mit

der anthropologischen „Mutation“ gemeint sein könnte. Dabei wusste oder ahnte Brückner längst, dass der Typus des „Genossen“, der damals im Schwange war, nicht allzu weit entfernt von jener Bürgerlichkeit war, die den Faschismus möglich gemacht hatte. Helmut Lethen berichtet in seiner Autobiographie voller Scham von seinen Heldentaten als KPD/AO-Genosse, die zum Beispiel darin bestanden, das Büro von Peter Szondi zu stürmen, seinen Schreibtisch abzuräumen und ihm seine Bücher zu klauen. Ähnliches erlebte Adorno in Frankfurt, als die Lederjacket-Fraktion des SDS das Institut für Sozialforschung besetzte. Mir fällt gerade eine Szene aus einem soziologischen Seminar ein, an dem ich Mitte der 1970er Jahre teilnahm. Der Dozent ließ Bücher herumgehen, die er aus seiner privaten Bibliothek mitgebracht hatte. Einzelne Teilnehmer behandelten diese Bücher äußerst grob und warfen sie sich zu. Einzelne Exemplare fielen zu Boden. Irgendwann verbat sich der Dozent diese Behandlung seiner Bücher und forderte uns zu einem behutsamen Umgang mit ihnen auf. Er erntete Gelächter und Unverständnis. In den Köpfen der zu Genossen verpuppten Bürgersöhne geisterte eine Vorstellung vom Proletarier herum, der unsentimental war und sich ungehobelt benahm. Diesem Typus versuchte man sich anzunähern. Niemand hatte in dieser Atmosphäre den Mut, dem Dozenten beizuspringen. Auch ich nicht. Ich schämte mich – und schämte mich zugleich meiner Scham.

Rückblickend werden wir sagen müssen, dass Mitscherlich und Adorno am Gestus des antiautoritären Rebellen womöglich zeitig etwas wahrgenommen hatten, was dann in der sogenannten proletarischen Wende deutlich zutage trat, als der alte autoritäre Charakter im Gewand des gestählten Genossen seinen traurigen Urstand feierte. Freud hatte diesen Mechanismus „nachträglichen Gehorsam“ genannt: Ein Sohn, der gegen den Vater rebelliert hat, um sich von ihm zu lösen und

einen eigenen Weg zu gehen, zollt ihm oft, wenn er selbst Mann geworden ist, einen „nachträglichen Gehorsam“, indem er sein Leben nun doch nach dem Vorbild des Vaters einrichtet. Diese Dynamik hat sich hinter dem Rücken vieler ehemaliger Rebellen abgespielt. Herbert Marcuse sprach von einem „psychischen Thermidor“: einer Selbstblockierung, die eine mögliche Befreiung innerlich verneint. Die Akteure verbargen das vor ihrem Bewusstsein, indem sie die alten bürgerlich-autoritären Haltungen zu proletarischen Tugenden umdeklarierten.

Was könnte das sein, ein nicht-faschistischer Bürger? Die entscheidende Frage lautet: Wie werden Verdrängung und Triebverzicht im Subjekt durchgesetzt? Ohne sie ist laut Freud keine Kultur möglich – mit ihnen mitunter allerdings auch nicht. Wird Triebverzicht gewaltsam erzwungen, wie es „schwarze Pädagogik“ programmatisch betrieb, entstehen Menschen, die eine Neigung davontragen, das, was sie in sich selbst niederhalten, aus sich herauszusetzen und an Sündenböcken zu verfolgen. Alles, was nicht sichtlich ihresgleichen ist, kitzelt in ihnen einen Verfolgungs- oder gar Vernichtungsimpuls hervor. Je rigider die Erziehung, desto heftiger das Verlangen, sich am anderen für eigene Verzichtleistungen schadlos zu halten: „Der da, der grenzt sich nicht so ein wie ich! Der lebt sich aus, während ich mich ständig am Riemen reiße!“ Beim zwanghaft selbstbeherrschten Menschen entsteht eine Art Juckreiz unterdrückter Gefühle. Nietzsche hat diesen Mechanismus in einem *Selbstbeherrschung* betitelten Aphorismus in seiner fröhlichen Wissenschaft prägnant beschrieben. Ständig fühlt der zwanghaft selbstbeherrschte Mensch sich bedroht, überall sieht er Kräfte am Werk, die ihn in Frage stellen. Ressentiments und Lustfeindlichkeit schlagen dem um sein Glück Betroffenen aus allen Poren. Wie die Wünsche nach einem Mehr an Lust und Befriedigung, die ihn von innen bedrohen, so drängen draußen die Kelleratten der Revolution „aus der Tiefe“ heraus.

Nun soll und kann der Sozialcharakter des autoritären Bürgers und Kleinbürgers – der verschärften Variante des Bürgers – nicht den Faschismus erklären. Sagen wir es so: Diese Form der Subjektausstattung gehört zu den subjektiven Bedingungen der Möglichkeit des Faschismus, ohne ihre massenhafte Verbreitung wäre er nicht möglich gewesen. Daher rührt bei Reich, Fromm, Mitscherlich, Adorno und anderen das Bestreben darüber nachzudenken, wie Menschen beschaffen

sein müssten, die für derlei nicht anfällig wären. Erstrebenswert wäre ein Subjektaufbau, der einen kleinen Grenzverkehr mit dem „Anderen“ der Person, ihrem verfeimten Teil – in der Psychoanalyse würde man sagen: mit dem Unbewussten – möglich macht. Innen wird im Prozess des Erwachsenwerdens vieles verschüttet. Erwachsenwerden geht in unserer Kultur mit Wunschvernichtung und Ich-Einschränkungen einher, die ein Tribut an Herrschaft darstellen und geschichtlich längst nicht mehr nötig wären. Denk- und wünschbar wäre eine Form von Triebverzicht, die durch Einsicht zustande käme. Sándor Márai ging bei einem längeren Englandaufenthalt auf, „dass freiwillige Disziplin mit einer gewissen relativen Freiheit gleichbedeutend ist“ und Demokratie und Selbstbeherrschung zusammengehören. Sublimierung, in der die ursprünglichen Triebziele verwandelt und gebändigt fortleben, träte an die Stelle einer rigiden Triebunterdrückung. Der Menschentyp, den ich mangels anderer Begriffe als nicht-faschistischen Bürger bezeichne, würde die schäbigen Seiten des Bürgers überwinden und seine besten Züge aufbewahren. Er wäre im Hegel'schen Sinn eine gelungene dialektische Aufhebung der Widersprüche des bürgerlichen Subjekts. Er könnte es ertragen, dass in ihm verschiedene Teilpersonen koexistieren und gelegentlich im Streit miteinander liegen. Wenn innen nicht gewaltsam Einheit hergestellt wird, muss sie auch draußen nicht herrschen. Die dem getretenen, geduckten und unterdrückten „kleinen Mann“, an den Wilhelm Reich seine berühmte Rede gerichtet hat, eigene Wut auf die Differenz könnte sich zurückbilden und schließlich absterben, wenn den Menschen von den Verhältnissen weniger Bosheit eingepresst würde. Voraussetzung dafür ist ein gewisses Maß an Angstfreiheit und ökonomisch-sozialer Sicherheit. Insofern ist der Sozialstaat, der die Lebensrisiken einigermaßen abfedert, Voraussetzung der Demokratie. Unter dem Einfluss von übergroßer Angst regredieren Menschen auf einfachere Mechanismen der psychischen Regulation wie Spaltung, Projektion und Verleugnung. Das Differenzierungsvermögen bildet sich zurück und weicht einem Bedürfnis nach übersichtlichen Freund-Feind-Verhältnissen. Wenn der nicht-faschistische Menschentypus zum dominierenden Sozialcharakter werden soll, wäre es nötig, den Kindern einen freundlichen Empfang zu bereiten und ihnen verlässliche Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie die Stufen ihrer psychischen Geburt durchlaufen und sich zu Menschen in einer menschlichen Welt entwickeln können.

Dieter Braeg

Die Bürger von Salzburg

Dies ist eine wahre Geschichte aus nichtunseren Tagen, die wieder zeigt, dass auch der Krug so lange zum Brunnen findet, bis er tröpfelt. Die Herrschenden von ÜberALL&Nirgendwo hatten wohl kaum an die Folgen gedacht, die entstehen würden, als Hunderte Staatsbürgerschafts-Urkunden an Ausländer verkauft wurden.

Salzburg. Hier gibt es die Wahrheit im ersten Satz. Jeder ist „Ein Heim Ischer“ und lässt kritische Worte nicht zu. Neben dem Gruß „Olasisschee“ verabschiedet man sich mit „Goschn hoidn“. Das freut den Erzbischof und den Landeshauptmann von Salzburg, die manchmal ein und dieselbe Person sind, ganz besonders. Sonst ist alles so wie überall. Der Salzburger heißt „Stierwascher“ und im mundartlichen Gebrauch gibt es keine „Stierwascherin“ und er ärgert sich darüber, weil er heute nur noch Autos waschen darf und so schlecht bezahlt wird, dass es schon lange nicht mehr zur Geldwäsche reicht. Manchmal beneidet er die ZellamSeebewohner, weil die in ihrem Bergsee alle ihre politischen und anderen Leichen versenken konnten und können und dazu noch alle Bustouristen, die viel zu wenig Umsatz bringen. Die Salzburger mit ihrem Leopoldskroner Weiher haben es da viel schwerer, wenn sie zu geringen Mozartkugelumsatz streng bestrafen wollen. Da passen kaum zwei ausgewachsene Busse mit schweizerischem, italienischem oder gar osteuropäischem Inhalt hinein! Noch dazu sind in Salzburg die Busparkplätze viele Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Das versetzt die sowieso schon recht kaufunlustigen Touristen keinesfalls in einen Kaufrausch. So verstopfen sie nur die Getreidegasse und sorgen für den größten Fußgängerzonenstau der Welt, den man, leider ganz ohne Eintritt zu zahlen, von Mai bis Oktober, wenn es keinen Virus gibt, besichtigen kann. Nur der Bosnawürstelstandbesitzer in der Getreidegasse freut sich, weil er als einziger den Geschmack der Billigbustouristen trifft.

Die Geschäftstüchtigkeit und der materielle Sinn dieser an Festspielen, Mozartkugeln und Salzburger Nockerln bieder gewordenen SalzburgerBürgerinnenBürger hat ihnen schon oft unangenehme Folgen – gebracht. Sie dachten, Wunder wie schlaue sie seien und was das Euros bringen würde. So konnte also jeder, der einen tüchtigen Batzen Geld dafür ausgab, und selbst wenn er auf dem Mars Kräutersaiblinge züchtete, BürgerinBürger von Salzburg werden.

Tatsächlich, mehr als zu den lange zurückliegenden katholischen Ablassgeschäften mehrte sich das Geld in der Stadtkasse, die PKWfreundlichkeit der Stadt war schon durch kostspieligste Baumaßnahmen umgesetzt und man wusste schon gar nicht mehr, wohin mit den vielen Euros. Gewiss waren damals schon im Gemeinderat einige Miesmacher, etwa die SpaßdemokratischeParteiÖsterreichs, die zu bedenken gab: Was aber geschieht, wenn diese Bürger – plötzlich arm würden und der Gemeinde zur Last fielen? – „I wo“, schrien die meisten, „wir verkaufen eben das Bürgerrecht nur an die ganz Reichen, unter 50.000 Euro überhaupt nicht.“ Und Salzburg bekam so viel Geld, dass es von allen anderen Bundesländern – sehr beneidet und angefeindet wurde, vor allem vom Vizekanzler Werner Kogler, der weder sich noch anderen etwas gönnt!

Nur hie und da raste ein flotter Verbrennerwagen die prächtige Getreidegasse, endlich befreit von Touristenmassen, hin&her, fuhr weiter zum Mirabellplatz, um dort vor dem schönen, alten, bogen geschmückten Schloss vom Herrn Bürgermeister oder Landeshauptmann einen Parkplatz zugewiesen zu bekommen, samt Händedruck. Der Motor CO₂-rasselte, die Hupe hupte und der neue Bürger von Salzburg verschwand auf Nimmerwiedersehen im StadtLandesarchiv, um dort unter der Rubrik „erledigtsichvonselbst“ ein fröhliches Niewiederfinden zu feiern!

Die SalzburgerinSalzburger lachten sich ins Fäustchen, erstens über ihre Schlaueit und zweitens über den hereinbrechenden Geldsegen. So ging dies ein paar Jahre; man verkaufte flott und teuer Bürgerrechte, aber hatte dafür nicht das Geringste zu geben als ein Blättchen Papier.

„mir san jo net aso“

Eines Abends nun rückte am Makartplatz ein verlottertes Wägelchen an, mit Mann, Frau und acht Kindern – alles waschechte Zigeuner. Sie sammelten am Salzachufer Schwemmholz, machten sich ein Feuer, brieten ein paar Hühnchen, die sie ganz, ganz bestimmt auf dem Schranenmarkt gekauft hatten. Die BürgerinnenBürger waren so erstaunt, dass sie lediglich nur vor lauter Entsetzen momentan gar nichts unternehmen konnten. Selbst die sonst nicht mundfaulen Lokalzeitungen blieben stumm. So was hatte es noch nie gegeben. In diesem soliden, höchst anständigen, die Bürgerinnenbürgerrechte ehrenden Städtchen und noch dazu mitten am Makartplatz so ein Gesindel. Na, einen Tag wollte man noch ein Auge zudrücken, – „mir san jo net aso“, aber dann hinaus mit dieser die Eigentumsrechte verhöhrenden Bande.

Es vergingen ein paar Tage und es geschah nichts, nur Hühner, Gänse, Töpfe, Teppiche nebst einem Schwein aus Salzburg verschwanden spurlos.

Und so setzte sich nun also die überaus überlastete Polizei von Salzburg in Bewegung und forderte den Herrn Zigeuner auf, möglichst sofort mit seiner werten Familie das schöne Stadtbild nicht mehr länger zu verschandeln und die feine, durch die Festung Hohensalzburg veredelte Luft zu atmen.

Der Zigeuner schüttelte sein edles Haupt, die Polizei redete, schimpfte – der Zigeuner schüttelte bloß Kopf&Glieder, es vergingen Stunden mit Schimpfen und Schütteln, bis es der der demokratischen Verfassung dienenden tapferen Polizei zu dumm wurde und sie mit der Polizeidirektion telefonierte. Mit deren Hilfe wollte man vereint diesen elenden Fremdling samt Anhang schon hinausabschiebbefördern.

So stand also die ganze Stadt um den zigeunerlichen Palast, die Polizisten wollten eben selbst den Wagen aus der Stadt befördern, als der Zigeuner ein Blättchen Papier aus seiner rückwärtigen Hosentasche förderte und mit tränentrauriger Stimme heulte: „Schämt euch, so behandelt ihr einen Bürger eurer Stadt, nach der ich mich von ganzem Herzen gesehnt habe. Unter Mühen, einigen Beschwerden und harter Not komme ich zu euch, voll Liebe zu meiner Vaterstadt. Bevor ich sterbe, wollte ich noch meine Heimat sehen und meine geliebten MitbürgerinnenBürger kennenlernen und den Kommunalfriedhof besichtigen und im Gasthaus Hölle ein Krügerl Augustinerbier trinken. Aus weiter Ferne komme ich zu euch, und ihr? Wie einen rädigen Hund behandelt ihr mich!“ Man schäumte vor Wut über die eigene Dummheit.

Was blieb auch übrig, um den elenden Kerl wieder loszukriegen? Einzig und allein, ihm das Bürgerrecht wieder abzukaufen. Und die heimattreue Opposition, die „UnsaraLeutHeimatpartei“ jubelten, sie hatten es ja gewusst, dass es so kommen würde.

Aber der schwarze Zigeuner schüttelte weiter den Kopf: ob man ihn für so charakterlos halte, dass er seine Heimat verkaufe. Nein! Hier gedenke er, seine alten Tage zu beenden im Kreise seiner lieben MitbürgerinnenBürger ...

Salzburgs BürgerinnenBürgertum war verzweifelt. Und bot ihm sogar das Doppelte des Bürgerrechtsverkaufspreises. Als auch das nicht zog, bat man ihn händeringend, doch das Zehnfache allernädist annehmen zu wollen. Nur mit Tränen in den Augen entschloss sich der Zigeuner. „Aber“, seufzte er, „mir blutet das Herz, meine geliebte Heimat wieder verlassen zu müssen.“

So kam es, dass die SalzburgerinnenSalzburger einen ihrer anhänglichsten Bürger verloren, schweren Herzens zwar, weil sie so viel zahlen mussten, aber doch frohen Sinnes, dass sie ihn endlich losgeworden. Der Name?

Jedermann!

Franz Schandl

Konzentrat der Konvention

In den Gefilden der universalen Bürgerei



Kaum ein Begriff hat in den letzten Jahren eine so steile Karriere hingelegt wie der des Bürgers und in seinem Windschatten der des Bürgerlichen. Eine bestimmte Eigenschaft ist zu einer überbestimmten und übereinstimmenden Überzeugung geworden.

Bürger ist also kein kritischer Begriff, sondern eine affirmative Instanz. Die Bürger sind auch keine zu kritisierende gesellschaftliche Klasse mehr, sondern etwas, das wir alle zu sein haben. Alles wird gedacht und formuliert mithilfe dieser sonderbaren Menschenkategorie, in die alles, was sich äußert, zu schlüpfen hat. Der Terminus scheint allen Strapazen gewachsen zu sein. Nie war der Begriff bedeutender als heute, nie erschien er so selbstverständlich wie gegenwärtig. Nicht selten sind einstige Kämpfer gegen das Bürgerliche seine Fanatiker von heute. An allen Ecken und Enden, in allen Ritzen und Poren klebt das Bürgerliche. *Bürger*, also *bürgerlich* zu sein, das haben wir zu wollen.

Es bürgert. Auch intellektuell. Man lese etwa bloß die seltsame Hymne von Byung-Chul Han, der ja nicht gerade als angepasster Geist bekannt sein dürfte: „Ein guter Bürger ist gut aus seiner Gesinnung heraus. Er teilt die moralischen Werte wie Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit. Sein Handeln gegen das herrschende politische System mag von diesem kriminalisiert werden. Aber er ist trotzdem aufgrund seiner moralischen (im kantischen Sinne) Gesinnung ein guter Bürger und auch ein Patriot, Land- und Menschenliebender.“ (Kapitalismus und Todestrieb, Berlin 2019, S. 93) Da findet alles zusammen, was durcheinandergeht. Diese Sätze bergen schon eine geballte Ladung bürgerlicher Selbstbezüglichkeit. Kontaminiertes Konzentrat der Konvention.

Der Schauspieler Peter Weck, so teilte uns der ORF am 15. August 2020 mit, ist „gutbürgerlich in Wien aufgewachsen“. Da kommen gleich heimelige Gefühle auf. Damit wir uns merken, was wir uns zu merken haben, pickt man das Wort „gut“ wie unabdingbar vorne an. *Gutbürgerlich* suggeriert allerdings, etwas Besseres zu sein, zu etwas Besserem zu gehören. Genauso ist es gemeint. Auch das Gerede vom gutbürgerlichen Essen sollte befremden. Was ist das Gegenteil davon? Das schlecht proletarische? Kein Essen an sich ist bürgerlich, nur Ständesdünkel, also sich privilegierendes Getue, kann ein gutes Essen zu einem bürgerlichen aufwerten. Es ist der wohl eher grobe als feine „Sinn für Distinktion“ (Bourdieu), der solch Aneignung auch gleich mit einer Bezeichnung markieren muss. Wenn Bürger mehr Zeit und mehr Geld haben, sich qualitativ hochwertige Speisen zu leisten, entsprechend zu kochen oder gar sich bekochen zu lassen, dann deutet das nicht auf den Charakter ihres Essens, sondern auf den der Gesellschaft, in der jene dermaßen situiert sind. Wenn Bürger sich einen bestimmten Komfort aneignen, ist das noch kein bürgerlicher Komfort.

Wie kommt das „gut-bürgerlich“ überhaupt zu seinem Gut, oder besser noch zu seinen materiellen und ideellen Gütern? Ausbeutung? Knechtung? Raub? Raubbau? Kolonialismus? Imperialismus? Hat das mit dem Aufstieg des Bürgerlichen gar nichts zu tun? Verdeckte Seiten müssen übersehen werden, werden eskamotiert. Das Bürgerliche selbst wird seiner Gewordenheit entledigt, eine gesamte Epoche wird enthistorisiert. Es ist mittlerweile geradewegs so, wie Erich Fromm schreibt, dass selbst die Linke „das Ideal eines bürgerlichen Lebens für alle aufrichtete“ und so sein Ziel „*der universale Bourgeois als Mann und Frau der Zu-*

kunft“ ist. (Haben oder Sein, München 1979, S. 14) Laut Paolo Flores d’Arcais erkennt „Demokratie nur eine Spielerfigur an: den Bürger“ (Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet, Berlin 1997, S. 16). „Es braucht Bürgerpower“, so Thomas Mayer im *Standard* vom 8. August 2020. Und am 17. November gibt Matthias Strolz in derselben Tageszeitung folgendes zum Besten: „Bürger sein ist der wichtigste Job in der Demokratie.“

Der Begriff des Bürgers hat den Menschen weitgehend überflüssig gemacht, und das ist tatsächlich nicht zufällig, auch wenn es keinem Plan folgt.

Der Superterminus ist Folge eines analytischen Supergaus, gänzlich befreit von jeder historischen Reflexion ist er vielmehr Resultat einer sprachlichen Usurpation voluminösen Ausmaßes. Warum muss sich jedes menschliche Anliegen, sei es eine Aktion gegen Lärm oder für bessere Luft, heute als Bürgerinitiative verkleiden? Was ist an dem Anliegen bürgerlich oder besser: Warum muss es so wahrgenommen werden? Die fetischistische Vokabel ist weniger ein Begriff als ein Übergriff, der alles überfällt, was er überfallen kann. Das Vokabular ist derartig inflationär geworden, dass man sich kaum vorzustellen vermag, das sei Zufall.

Der Begriff des Bürgers hat den Menschen weitgehend überflüssig gemacht, und das ist tatsächlich nicht zufällig, auch wenn es keinem Plan folgt. Norm in Zeiten des Kapitals ist eben *der Bürger*. Das ganze Bürgergerede von der bürgerlichen Küche über die bürgerlichen Tugenden, die Bürgergesellschaft bis hin zu Bürgerinitiativen, Bürgerlisten und Bürgerbeteiligung bringt das zum Ausdruck. Eine ganz spezifische Kategorie Mensch wird zur einzig zulässigen erklärt. Erdenbewohner oder Terraner, das ist keine gültige Kategorie. Weltbürger wiederum wäre sowieso ein Widerspruch in sich. Bürger oder Mensch, das ist jedenfalls kein vernachlässigbarer, sondern ein essenzieller Unterschied. Muss ein Mensch nicht ein Bürger, zumindest ein Staatsbürger sein? In der bürgerlichen Gesellschaft: Ja! Sonst droht die nackte Existenz. Das will niemand. In den Flüchtlingsbooten des Mittelmeers wird diese Differenz oftmals zu einer zwischen Leben und Tod.

Das Abgefeimte liegt darin, dass eine Sonderkategorie sich zur Kategorie par excellence ermächtigt. Der Begriff ist schillernd, weil changierend: Einmal als Gegensatzung zum Menschen, und das andere

Mal als Gegensatzung zu anderen sozialen Kategorien (Adel, Proletariat). Das Bürgerliche hat also in der bürgerlichen Gesellschaft einen allgemeinen Anspruch und einen besonderen Anstrich. Und es tritt auch forsch als beides auf. Karl Marx hat diese Ermächtigung bereits in seinen Frühschriften beschrieben: „Keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft kann diese Rolle spielen, ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorgerufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft im allgemeinen fraternisiert und zusammenfließt, mit ihr verwechselt und als deren *allgemeiner Repräsentant* empfunden und anerkannt wird, ein Moment, worin ihre Ansprüche und Rechte in Wahrheit die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst sind, worin sie wirklich der soziale Kopf und das soziale Herz ist. Nur im Namen der allgemeinen Rechte der Gesellschaft kann eine besondere Klasse sich die allgemeine Herrschaft vindizieren.“ (MEW, Bd. 1, S. 388)

Bürger als Begriff

Der Bürger ist Produkt der okzidentalen Stadt. „Aber die Stadt“, schreibt Max Weber, „ist Marktansiedlung.“ (Wirtschaft und Gesellschaft (1919), Neu-Isenburg 2005. S. 924) Die Stadt wird selbst zu einem Wirtschaftsverband, „mit eigenem Grundbesitz, Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft“ (S. 928). Wirtschaft und Verwaltung reichen sich die Hand. Politik wird fortan zu einer festen Größe. Der Begriff des Bürgers entstand ursprünglich in Distanz zu Adel und Klerus, die Bürger begreifen sich primär als aufstrebende Gruppe von Eigentümern und Händlern, nicht als Abstammungsgemeinschaft oder Glaubensklüngel. Es geht also ums gesellschaftliche Haben, das dieses Dasein bestimmt. Doch schon im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen wurde eine andere Abgrenzung viel manifest, die zur Klasse der Lohnarbeiter, den Habenichtsen des Proletariats. „Die jüngste der großen Entgegensetzungen ist diejenige des Arbeiters und des Bürgers als des besitzlosen und des besitzenden Menschen. Ein besitzloser Bürger ist in der Tat ein hölzernes Eisen“, schrieb der Historiker Ernst Nolte (Was ist bürgerlich? und andere Artikel, Abhandlungen, Auseinandersetzungen, Stuttgart 1979, S. 17).

Der Verweis auf die Antike schuldet sich hingegen einem neuzeitlichen Konstrukt, mit der Genese des modernen Bürgertums haben Athen und Rom wenig bis nichts zu tun. Sie sind nicht Vorläufer, sondern Namensgeber. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass der Bürger zur Burg gehört. Ety-

mologisch ist das eindeutig. Es handelt sich ursprünglich um Bewohner einer befestigten Siedlung mit Stadtrecht. Die Burg soll verstanden werden als spezifisch abgeschotteter Herrschaftsraum von Stadtbürgern. Das entsprechende Bürgerrecht, einstens exklusiv, wurde in den Jahrhunderten Gruppe um Gruppe erweitert. Bürgerliche Emanzipation bestand gerade darin, diesem Stand, dieser Klasse zugehörig sein zu dürfen. Heute wird das Bürger-Vokabular nicht hinterfragt, sondern vorausgesetzt und multifunktional eingesetzt. Man spricht so. Ein positiver Begriff ist Voraussetzung, um satisfaktionsfähig zu sein. Da finden sich alle, bis hin zu HC Strache: „Unser Anspruch ist es, eine Bürgerbewegung zu sein.“ (*Die Presse* vom 5. Juli 2020) Nichts anderes ist zu erwarten. Nicht jeder Bürger ist Populist, aber jeder Populist ist Bürger.

Nicht jeder Bürger gehört zum Bürgertum. Als Citoyen bezeichnet er etwa den Staatsbürger, der aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnimmt und mitgestalten möchte. Nicht bloß als gegenseitige Kunden am Markt treten solche Leute auf, sondern auch als Kunden, also Klientel des neuzeitlichen Staates. Insofern wäre es naheliegender, die Identität von Bourgeois und Citoyen zu untersuchen, als deren Differenz hervorzuheben. Das integrative Moment ist zweifelsohne bedeutender. Im deutschen Terminus des Bürgers sind die beiden ja eingeschmolzen. Unter Bürger verstehen wir also den auf Eigentum und Staat projizierten Menschen. Die Bestimmung zum Bürger ist sowohl eine programmatische Aussage als auch eine affirmative Vorgabe.

Bürgerlich ist weniger eine Haltung als eine Handlung. Doch durch den Zwang, immer wieder adäquate Handlungen zu Ware und Wert, in Konkurrenz und Geld, für Markt und Staat zu setzen, wird die Haltung quasi synchronisiert zu den Handlungen. Was immer wir vertreten, zuerst äußern wir uns praktisch als Waren- und Rechtssubjekte. Da vermögen wir auch wenig zu entscheiden, da haben wir einfach entschieden zu sein. *Wir sind, was wir tun.*

Bin ich also ein Bürger? – Na ja, sein will ich keiner, aber aussuchen kann ich's mir nicht so recht, die proletarische Herkunft schützt da wenig. Soziologisch und phänomenologisch müsste ich als sogenannter Bildungsbürger Teil des linksliberalen Mainstreams sein, wogegen ich mich wehre als auch verwehre. Aber Wollen und Resultat sind

nicht immer eins. Es geht auch gar nicht darum, Bürger (wieder) zu einem Schimpfwort werden zu lassen, wie das in Teilen der alten Arbeiterbewegung der Fall gewesen ist. Wichtig wäre dennoch, den Begriff als analytische Kategorie zu reetablieren, d.h., die Liturgie des Bekenntnisses abzustreifen, nicht nur nicht zu akzeptieren, sondern sich von ihr dezidiert abzusetzen. Die Bürgerei ist jedenfalls nicht weniger abschreckend wie die Arbeitertümelei. Im Gegenteil, sie ist noch um einen Zacken verrückter.

Eigener Herr

Im Zeitalter der Aufklärung war das Bürgersein einem engen Personal vorbehalten. „Derjenige nun, welcher das Stimmrecht in dieser Gesetzgebung hat, heißt ein Bürger (citoyen, d.i. Staatsbürger, nicht Stadtbürger, bourgeois). Die dazu erforderliche Qualität ist außer der natürlichen (dass es kein Kind, kein Weib sei) die einzige: dass er sein eigener Herr (sui iuris) sei, mithin irgend ein Eigentum habe (wozu auch jede Kunst, Handwerk oder schöne Kunst oder Wissenschaft gezählt werden kann), welches ihn ernährt; d.i. dass er in den Fällen, wo er von Andern erwerben muss, um zu leben, nur durch Veräußerung dessen, was sein ist, erwerbe, nicht durch Bewilligung, die er anderen gibt, von seinen Kräften Gebrauch zu machen, folglich dass er niemanden als dem gemeinen Wesen im eigentlichen Sinne des Worts diene.“ (Immanuel Kant, *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nichts für die Praxis* (1793), Frankfurt 1977 (stw), S. 151)

In einer Anmerkung dazu heißt es weiter: „Derjenige, welcher ein opus verfertigt, kann es durch Veräußerung an einen anderen bringen, gleich als ob es sein Eigentum wäre. Die praestatio operae aber ist keine Veräußerung. Der Hausbediente, der Ladendiener, der Tagelöhner, selbst der Friseur sind bloß operarii, nicht artifices (in weiterer Bedeutung des Worts) und nicht Staatsglieder, mithin auch nicht Bürger zu sein qualifiziert. Obgleich der, welchem ich mein Brennholz aufzuarbeiten, und der Schneider, dem ich mein Tuch gebe, um daraus ein Kleid zu machen, sich in ganz ähnlichen Verhältnissen gegen mich zu befinden scheinen, so ist doch jener von diesem, wie Friseur vom Perückenmacher (dem ich auch das Haar dazu gegeben haben mag), also wie Tagelöhner vom Künstler oder Handwerker, der ein Werk macht, das ihm gehört, so lange er nicht bezahlt ist, unterschieden. Der letztere als Gewerbetreibende verkehrt also sein Eigentum mit dem Anderen (opus), der erstere den

Gebrauch seiner Kräfte den er einem Anderen bewilligt (operam). – Es ist, ich gestehe es, etwas schwer die Erfordernis zu bestimmen, um auf den Stand eines Menschen, der sein eigener Herr ist, Anspruch machen zu können.“ (Ebenda)

Da verharren wohl nicht wenige in einer natürlichen oder selbst verschuldeten Unmündigkeit. Politische Autonomie und ökonomische Autarkie gehören (nicht nur bei Kant) zusammen. Wobei Autarkie nicht rural gemeint ist, sie funktioniert in erster Linie über Markt und Handel. Wer etwas zu verkaufen hat, ist ein Bürger, wer nichts zu verkaufen hat, ist kein Bürger, möchte aber auch einer werden. Es ist schon bezeichnend, dass das emanzipatorische Ziel aller Bürgerei darin liegt, nicht Herrschaft abzuschaffen, sondern zum „eigenen Herrn“ aufzusteigen. D.h., das Prinzip der Herr-

schaft anzuerkennen und für sich selbst in Anspruch zu nehmen, es zumindest partiell ausüben zu dürfen.

Bürger sein heißt, sein eigener Herr sein zu können, ja besser noch: zu müssen. Auch das ist ein kategorischer Imperativ: „Sei Bürger!“, sagt das bürgerliche Programm. Und wie wir es sind, und wenn wir es nicht sind, scheitert das nicht am Unwillen, sondern am Unvermögen. Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung genannten Selbstbeherrschung, also Selbstknechtung ist es, die Bürger auszeichnet. Arbeitskraftverkäufer tun sich, auch wenn sie sich redlich mühen, schwer, eigene Herren zu sein, die Auslieferung ist da zu offensichtlich, sie verkaufen nämlich via Arbeitskraft sich selbst und keine von ihnen geschiedenen Waren. Lohnarbeiter sind Sklaven der bürgerlichen Freiheit.

Von der bürgerlichen Höflichkeit zur political correctness

Ewgeniy Kasakow

Es gab eine Zeit, da waren die bürgerlichen Sekundärtugenden den Linken ein Gräuel. Wer 1968 im Westen rebellierte, dem galten die Etikette, die Regeln der Höflichkeit als Inbegriff des Verlogenen, des Repressiven, des Elitären der bürgerlichen Gesellschaft. Im provokanten Brechen der Regeln, im Übertreten der Grenzen sahen die Neuen Linken emanzipatorisches Potential und haben sich viel mehr als mit politischen Erfolgen mit skandalträchtigen Happenings in die Geschichte eingeschrieben. Den 68ern hängt der Ruf, der Totengräber der bürgerlichen Höflichkeit zu sein, bis heute nach. Es scheint manchmal jedoch, als hätten heute Linke und Rechte die Plätze getauscht. Die Ersten plädieren mit Berufung auf Achtsamkeit, Grenzen und Hierarchien (unter umgekehrten Vorzeichen) für mehr Sich-zurücknehmen. Die Zweiten klagen über Zensur und Übernormierung und pochen – oft in provokanter Form – auf individuelle Freiheit. Die Versuche, dieses scheinbare Paradox mit den inzwischen stattgefundenen Veränderungen

in der Gesellschaft zu erklären, greifen zu kurz. Es ist nicht zu übersehen, dass die von den 68er-Rebellen propagierte Befreiung durch Abbau von Förmlichkeit Probleme mit sich brachte.

Ja, bürgerliche Höflichkeit ist unehrlich und repressiv. Aber es erwies sich, dass die Ehrlichkeit verletzend sein kann und Verzicht auf repressive Haltung zu den eigenen Bedürfnissen sich allzu schnell repressiv gegen die Bedürfnisse der anderen wendet. Jene Etikette war zumindest die symbolische Anerkennung des Subjektstatus ebendieser anderen angelegt. Über die traumatisierenden Versuche die antibürgerliche Unmittelbarkeit auszuleben ist schon so viel geschrieben worden, dass sich eine Wiederholung an dieser Stelle wie ein unnötiges Linken-Bashing anhören würde.

Bürgerliche Höflichkeit hatte jedoch ein ganz anderes Problem: Sie galt nicht für alle. Ihre schützende Wirkung erstreckte sich nicht auf alle Mitglieder der Gesellschaft. Bürgertum war ein Stand und die ständische Weltwahrnehmung war in den Benimmregeln von

Anfang an angelegt. Anstandsregeln gegenüber feinen Damen galten nicht gegenüber Kellnerinnen im Bierzelt.

Wenn heute aber die Linken mit Neologismen wie „Lookism“ oder „Bodyshaming“ auf die Gesellschaft losgehen und meinen, ganz neue Themen entdeckt zu haben, so fordern sie häufig faktisch, die Normen des guten Tons auf alle anzuwenden. Dass es sich nicht gehört, das Aussehen anderer Leute öffentlich zu kommentieren, war auch ohne Aufkleber „Hör auf meinen Körper zu kommentieren“ oder ausgefeilten „intersectionalism“-Theorien den Trägern der bürgerlichen Verhaltensnormen klar, aber es galt eben nur für Personen auf den gleichen oder höheren sozialen Stufen.

Diese Linke baut die mit eigenen Händen abgerissenen „Schutzmauern“ wieder auf. Ihre Gegner könnten sich freuen, die Prinzipien der bürgerlichen Höflichkeit erwiesen sich, zumindest in der bürgerlichen Gesellschaft, als unverzichtbar und feiern ein Comeback. Doch die Nostalgiker sind unfähig, es zu erkennen.

Betriebe und Büros (inklusive Homeoffices) sind jene Orte, wo erwachsene Menschen den Großteil ihres Lebens verbringen, wo sie dienen müssen, um leben zu können. Das Bürgerrecht der Lohnabhängigen verflüssigt sich dort schnell, denken wir bloß an Entlassung und Degradierung, Mobbing und Zurechtweisung. Übereignung ist dort konstitutionell. Auf jeden Fall ist man angestellt, um anzustellen, wozu man angestellt ist. Arbeit und freie Aktivität sind nicht eins. Betriebe und Büros sind elementare Räume bürgerlicher Lebensbestimmung, nicht die Wahlurne, die politische Partei oder gar irgendeine Zivilgesellschaft. Freiheit muss am realen Betriebssystem gemessen werden, nicht an ideologischen Standards.

Das sind nun Bosheiten, die heute aber niemanden als Wahrheiten interessieren oder gar einleuchten sollen. Der bittere Begriff etwa des unselbstständig Erwerbstätigen offenbart mehr, als seinen Erfindern je bewusst gewesen ist. Er streicht nämlich den „freien Bürger“ entschieden durch. Er verrät die Unselbstständigkeit der Betroffenen, womit nicht gesagt ist, dass die Selbstständigen sind, was sie von sich behaupten. Selbstständigkeit und Markt sind letztlich unvereinbar. Das Verständnis, das der Markt von sich zulässt, ist die Anpassung der Akteure an ihn. Diese entscheidet über Erfolg und Misserfolg. Im Bürger werden Menschen zu Geschäftsträgern ihrer Interessen, zu Waren- und Rechtssubjekten. Untertanen, also mündige Bürger zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht tun, was ihnen passt, sondern was ihnen passiert. Mehr lassen wir nicht zu. Bürgerliche Freiheit heißt Freiheit für den Markt.

Aufstieg als Karriere

Emanzipation wurde folglich (de)formiert zur Karriere, die mehr pro forma als de facto jedem und jeder offensteht. Je höher man sich an der Leiter zu positionieren versteht, desto leichter können Freiräume (auch, aber nicht nur) aufgrund finanzieller Potenz genutzt werden. Bürgerliche Freiheit ist etwas, das man sich kaufen kann. Das Ziel aller Nichtbürger besteht darin, Bürger zu werden, vom Unselbstständigen zum Selbstständigen aufzusteigen. Es ist immer noch ein Unglück, Arbeiter und Arbeiterin zu sein. Ob beschäftigt oder erwerbslos. Reales bürgerliches Arbeiterbewusstsein hat (im Gegensatz zum halluzinierten revolutionären Klassenbewusstsein) das auch entsprechend erfasst und die Proletarier stets dazu angehalten, wenn geht, sich eben nicht als Glied der Klasse fortzupflanzen, sondern der Klasse zu entkommen, also

aufzusteigen. Umtypisierung durch Qualifizierung insbesondere der Abkömmlinge war das Ziel der Proletarier, das mit dem „eigenen Herrn“ haben sie durchaus ernst genommen. Der ganze Arbeitskampf, betrachtet man ihn retrospektiv und nicht in seinen unmittelbaren Selbstbeschreibungen, ist daher auch auf nichts anderes rausgelaufen als auf einen Kampf, um den Status des Bürgers verliehen zu bekommen. Der Klassengegensatz, so scharf und schroff er auch ausgeprägt war und empfunden wurde, war nie ein antagonistischer, sondern ein immanenter, der keiner dialektischen Lösung im Weg gestanden ist. Diese Durchlässigkeit kannte materielle, aber keine formellen Schranken. Jede und jeder kann Bürger werden, sofern er oder sie es kann.

Bürger bezeichnet jedenfalls nicht bloß eine typische Gruppe, sondern auch alle anderen, selbst atypische Konglomerate wollen und sollen sich als Bürger verstehen. Nicht Entbürgerlichung stand auf der Tagesordnung, sondern Verbürgerlichung, auch wenn dem mittlerweile zusehends äußere Grenzen gezogen werden. Die Arbeiterbewegung war jedenfalls der Prototyp aller bürgerlichen Bürgerrechtsbewegungen. Man wollte aufgrund der Subordination unter die Verwertung nicht auch noch politisch und rechtlich diskriminiert werden, sondern als spezifische Sorte Bürger akzeptiert werden. Die Erfolge aller sozialdemokratischen Fraktionen liegen auf dieser Ebene. Sie haben aus Arbeitern Bürger gemacht, essenziell, wenn auch abgeschwächt, gilt das ebenso für die zu Bürgerinnen gewordenen Arbeiterinnen. Einhergegangen ist das jedoch mit dem Verlust der Besonderheit. Solch Attitüde nimmt aktuell (von linksradikalen Restbeständen abgesehen) niemand mehr ernst.

Die Bürger werden übrigens nicht besser, wenn die Innen darauf bestehen, auch solche sein zu dürfen. Zu den eigenen Herren gesellen sich folglich die eigenen Herrinnen. So will es eine gleichberechtigte Binnenlogik, und die hat durchaus auch ihre Meriten. Doch die Bürgerei wird damit lediglich vertieft. Transformatorisch ist da nichts zu gewinnen, gar nichts. Die Integration der Arbeiter- und Frauenbewegung in den bürgerlichen Kosmos ist übrigens eine beachtliche Leistung dieser Epoche, sowohl eine des Systems als auch ihrer Bewegungen. Allerdings um den Preis, dass alles, was weiter reichte und weiter dachte, stets marginalisiert werden musste.

>>

Natürlich könnte man dies auch gleich diversen Apologeten das bürgerliche Zeitalter als unendliche Erfolgsgeschichte lesen. „In Wahrheit hat die bürgerliche Revolution dort, wo sie wirklich stattfand, nicht aufgehört. Sie hat das gebracht, was in hegelianisch-marxistischer Terminologie durchaus als ‚qualitativer Sprung‘ in der sozialen Entwicklung zu bezeichnen wäre; nämlich die formale Gleichstellung aller Menschen als Menschen vor dem Recht, die Beseitigung der ständischen Schranken, was Heiratsfähigkeit, Zugang zu den Ämtern, Besteuerung etc. betrifft. Sie hat mit der Konstituierung des freien gleichberechtigten Stimmbürgers, des Citoyen, zugleich einen Anspruch gesetzt, die weiter bestehenden faktischen Ungleichheiten des Standes- und Klassenvorurteils, der Einkommens- und Bildungsunterschiede etc. durch andauernde Kritik und systemimmanente Mobilisierung der Unterschichtsinteressen einzuebnen.“ (Robert Schediwy, Empirische Politik. Chancen und Grenzen einer demokratischen Gesellschaft, Wien, München, Zürich 1980, S. 149f) Da wird es immer besser und der Fortschritt hört nie auf. Selbst wenn das stimmen sollte (was es so nicht tut!), offenbart das einen Scheuklappenblick, der von allen ökologischen und sozialen, kulturellen und emotionalen Verwüstungen absieht. Dieser Blick ist im wahrsten Sinne des Wortes beschränkt, völlig blind gegenüber den multiplen Destruktionen.

Vokabelmixmaschine

Die kulturindustriellen Serien, denen wir frontal ausgesetzt sind, gleichen Flächenbombardements von Begriffen und Bildern. In ihren Reden betätigt die Bürgerei einen Mixer, der alles zu Mus macht. Man denke nur an das allseits gesegnete Wort „liberal“. Das hat inzwischen zu dem grotesken Ergebnis geführt, dass alle Liberale geworden sind oder doch als Liberale auftreten müssen. Das Gutwort ist freilich ein Dummwort, weil es einfach

unterschiedlichste Aspekte und Anliegen in die gleiche Kiste steckt, dadurch aber auch wiederum über eine Raffinesse sondergleichen verfügt.

Die obligaten Ergüsse sind zweifellos ähnlich destruktiv wie die Zustände, für die sie herhalten. Der Treppenwitz der Geschichte geht so: Je mehr die bürgerliche Gesellschaft vulgo Kapitalismus ihr immenses Zerstörungspotenzial entfaltet, es an allen Ecken und Enden kracht und krächzt und ächzt, desto mehr werden kontrafaktisch „unsere Werte“ als die ultima ratio beschworen. Geradezu rituell und unisono. Dieser Widerspruch fällt gar nicht erst auf. Derweil erodiert das Bürgertum auch selbst. Die Stärke der Bürgerlichkeit resultiert also nicht aus der Kraft der bürgerlichen Klasse, sie scheint eher dem Reflex einer sterbenden Gesellschaftsformation geschuldet zu sein, die in ihrer Panik gar nicht anders kann, als sich fortlaufend in Erinnerung zu rufen, repetierend, sich immer wieder als existent zu behaupten. Die Botschaft ist weniger Aussage als Befehl. Ich schreie, also gehorcht mir.

Die bürgerliche Welt offenbart keine verkürzte Utopie, sie ist vielmehr eine konkrete Dystopie. Die kapitalistische Modernisierung ist an ihrem Ende und daher sollte man sich auch ihres halluzinogenen Vokabulars entledigen. Wir schwimmen im Begriffsbrei der Bürgerei. Emanzipation braucht eine neue Sprache. Adäquat wäre heute demnach, nicht zu fragen, ob man Bürger verschreckt, sondern festzustellen, dass Bürger schrecklich sind. Das Pathos ist ranzig. Es gilt, nicht mehr auf den engagierten Bürger zu setzen, sondern diese Kultfigur ins Museum zu verfrachten. Solange wir diese Hülle nicht abstreifen, landen wir unweigerlich dort, wo wir schon sind. Der Bürger ist keine Appellationsinstanz, sondern ein Abstoßungspunkt. Nicht anzurufen ist das Bürgerliche, sondern ab-zuerufen.

Streifzüge - TRANSponsoring

Unser Projekt ist Denktank und Werkbank, beides bedarf infrastruktureller Ausstattung und somit regelmäßiger Fütterung. Kleine Gaben in Form von Daueraufträgen ab 10 Euro im Monat (oder im Vierteljahr, im Halbjahr, oder jährlich) helfen uns weiter.

Infos unter www.streifzuege.org/trans-trafo-abo

Ohne euch geht es nicht!

Nikolaus Dimmel

Demokratie – COVID-19 – Verwertungskrise

Lockdown und Ausgangssperren, Ausnahmezustand und Tracing-Apps, Zwangstestungen und Quarantänen, Serienanhaltungen und Maskenpflicht, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit, Konkurswellen und erweiterte Armutsfallen: die COVID-19-Katastrophe hat die chronifizierte Krise der Kapitalverwertung mit sinkenden Profit- und mediokrenen Wachstumsraten eskalieren lassen. Der öffentliche Raum wurde entleert, Medien in Verkündungsmaschinen politischer Dienstklasse verwandelt, sozialmedizinische Expertise politisch instrumentalisiert. Nachdem das lange angekündigte „next big thing“ der Zoonosen bedingt durch die globalisierte Mobilität und die Folgen jahrzehntelanger marktfundamentalistischer Austerität im Gesundheitswesen Realität geworden war, wurde der gesundheits-, sicherheits- und sozialpolitische Ausnahmezustand ausgerufen.

Die Politik der Bewältigung von SARS-CoV-2 ist aber nicht nur eine Politik des Gesundheitsnotstands, sondern eine Generalprobe. Nämlich für die Ordnungspolitik der Klimakatastrophe unter Bedingungen einer chronifizierten Wachstumskrise. In dieser wird es um die rigide Kontrolle räumlicher und sozialer Mobilität sowie die Zuteilung (extrem) knapper Ressourcen und Gesundheitschancen gehen. Ihr Gegenstand wird auch die Schließung und Privatisierung des öffentlichen Raums, die Überwachung von Dissens und Opposition sein. All dies findet unter Bedingungen sinkender Profitraten, zunehmender Prekarität und intensivierter Verteilungskonflikte statt. 2020 war das Jahr mit dem größten Umverteilungsvolumen „von unten nach oben“ seit 1945. Noch nie sind die Reichen so schnell noch reicher geworden. Über die Armen an der Peripherie redet ohnehin keiner mehr. Die hiesigen Arbeitslosenzahlen des Winters 2020/21 indes werden die Halbmillionengrenze überschreiten. So wird aus der Viruspandemie eine Epidemie der Armut.

Zugleich ist SARS-CoV-2 als Zoonose selbst ein Resultat der ablaufenden Klimakatastrophe und Verteilungsschieflage. Denn COVID-19 muss als Ergebnis der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation durch Raubbau, die Zerstörung „natürlicher“ Habitate sowie Dynamiken der Urbanisierung gelesen werden. COVID-19 wird ebenso wie die Klimakatastrophe paradoxe Folgen zeitigen. Hierzu gehören die Re-Nationalisierung essentieller Industriezweige, die De-Globalisierung der Warenverkehrsströme, die Neuordnung der Mobilität, die Re-Kalibrierung des „Overtourism“ sowie die Neuordnung der Arbeitsbeziehungen (Homeoffice, Crowdwork, Überführung unselbständiger in selbständige Arbeit). Hierzu gehört nach Einsetzen der Konkurswelle 2020/2021 und der „Freisetzung“ von Lohnarbeitskräften auch die Reorganisation des sich auf salarisierte Arbeitsbeziehungen und einkommensbasierten Beiträgen in sozialen Sicherungssysteme stützenden Sozialstaats. Dies wird durch öffentliche Beschäftigungsformen verknüpft mit Grundeinkommensmodellen auf prekärem Niveau samt ausgeweiteten Repressionsmechanismen erfolgen. Die gegenwärtige Entwicklung der Rechtslage der Sozialhilfe weist den Weg.

COVID-19 hat nicht nur die Vielfachkrise des Kapitalismus zugespitzt. Es hat zugleich auch die autoritäre Dimension rechtspopulistisch-rechtsextremer Politik erweitert. In dieser agitiert und mobilisiert die plurale Fassung einer (autoritär-marktfundamentalistischen) Einheitspartei (Toni Negri) die Gesellschaft mittels einer Propaganda der Angst („Bald wird jeder jemanden kennen, der an Corona gestorben ist“), völkischen Ordnung („Liebe Österreicherinnen“), Einschüchterung und latenten Fremdenfeindlichkeit („Das Virus kommt mit dem Auto aus dem Ausland“). Der politische Diskurs verwandelt sich in ein Dekret, die öffentliche in eine kommissarische Verwaltung. Es kommt zu einer Symbiose von Partei und Staat, zum faktischen Verschwinden der politischen Opposition.

Im Ausnahmezustand erfolgt(e) zudem auch eine rechtsstaatlich entsicherte Ausweitung der Kompetenzen repressiver Staatsapparate. Dabei werden Überwachungs- und Sozialdisziplinierungsinstrumente des Datenkapitalismus jenseits demokratischer Kontrollmechanismen zum Einsatz gebracht. Eingriffe in das Demonstrationsrecht, Hausrecht, Freizügigkeitsrecht usw. verdeutlichen, dass die Grundrechte und damit das Fundament des bürgerlichen Rechtsstaats zur Debatte stehen. Die rechtswidrige Anhaltung und Isolierung von BewohnerInnen in Altenheimen machen dies deutlich. Das Software-Konzept des europäischen „Pan-European-Privacy-Preserving Proximity Tracing Konsortiums“, bei dem der Austausch von individuellen Identifikationsnummern im Falle einer zeitlich bemessenen Abstandsunterschreitung zur Isolierung präsumptiver Gefährder führt, wird zugleich zum lukrativen Markt für Softwareentwickler, Apple und Google. Auf diese Weise eröffnet der Überwachungsstaat profitable Anlagemöglichkeiten für das brachliegende Finanzkapital der Investoren. Die Pharmaindustrie jubelt ohnehin.

Der als Generalprobe inszenierte Ausnahmezustand wird insbesondere absehbar zu einer Neuordnung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital führen. Die digitale Arbeitswelt der Zukunft findet in den Phantasien der Management-Gurus im Feuilleton erhebliche Teile im Homeoffice in leistungsorientierter Entlohnung statt. Aus ArbeiterInnen werden faktisch Ein-Personen-Unternehmen, welche die ausgelagerten Betriebskosten ihrer Beschäftigten zu tragen haben. Arbeitsschutzrechte am häuslichen Arbeitsplatz sind sistiert. Der Rest der systemrelevanten Arbeitskräfte wird öffentlich gelobt und materiell intensiver denn je ausgebeutet. SARS-CoV-2 wird das prekäre Arbeitsverhältnis endgültig zum Normalarbeitsverhältnis erheben.

Die absehbaren Folgen der Krisenlösung (Prekariat, Armut, Langzeitarbeitslosigkeit, Auslöschung eines erheblichen Teils der EPUs und Mikro-KMUs, öffentliche Verschuldung, schwache bzw. sinkende Nachfrage bzw. Konsumzurückhaltung) in Verbindung mit Stagnations- und Deflationsrisiken lassen sich nicht mehr demokratisch legitimieren. Auch wenn das abgehängte Prekariat der untersten 20 Prozent politisch zum Schweigen gebracht wurde: im Lichte niedriger Wachstumsraten, der absehbaren Kosten der Klimakatastrophe sowie der COVID-19-Folgen lässt sich der Mechanismus der Pazifizierung, Zustimmung durch verteilte Wohlstandszugewinne zu erkaufen, nicht

länger aufrechterhalten. Längst schon erodiert auch die mittlere Mittelschicht; die untere steht bereits im Fahrstuhl in die Armut.

Die als Management apostrophierte Politik der gleichzeitigen Bekämpfung, Verwaltung und Instrumentalisierung von COVID-19 lässt die Absicht erkennen, nach Überbrückung der unmittelbaren Wirtschafts- und Beschäftigungskrise, die nach 2009 eingeübte Austeritätspolitik mittels einer kommissarischen „Law-and-Order“-Politik samt korrespondierender Verwaltung intensiviert fortzuführen. Auch wenn autoritäre Interventionen so weit formal fehlerhaft vom Verfassungsgerichtshof behoben werden: längst werden gesellschaftspolitische Erwägungen zum allgemeinen Engerschnallen der Gürtel, etwa zu einer degressiven Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes, zur Verwettbewerblichung sozialer Hilfen oder zur Auflösung von Teilen des Arbeitsrechts mittels arrangierter Akklamation medial in den Status der Salonfähigkeit hinaufgeschrieben.

Wer über die politischen Folgen von COVID-19 räsoniert ist gut beraten sich vor Augen zu führen, dass Kapitalismus und (bürgerliche) Demokratie einander nicht bedingen. Das gilt nicht nur für die demokratische Praxis (etwa der Wahlbeteiligung), sondern auch für die demokratischen Institutionen. Shareholder/Couponschneider, Finanzmarktakteure und funktionelle Kapitalisten und Investoren brauchen weder Wahlen noch ein politisch-repräsentatives System, um zu produzieren, Mehrwert abzuschöpfen, Gewinne zu machen. Sie benötigen eine Privateigentumsverfassung samt Erwerbsfreiheit, ein funktionales Arbeitsrecht zur Mehrwertabschöpfung, Marktwettbewerbsrecht und eine Steuervermeidungsrechtsordnung. Demokratie als Beteiligung des Souveräns an der Politik kommt eben nur als Legitimationsmechanismus „der ganzen Scheiße“ (Karl Marx) ins Spiel. Emma Goldman's „If voting changed anything, they'd make it illegal“ meint: Würde man mit Wahlen das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Institution doppelt freier Lohnarbeitskraft als „Angel der bürgerlichen Gesellschaft“ (Hegel) abschaffen können, so wären sie verboten. Wahlen finden also innerhalb der Privateigentumsverfassung statt und bleiben durch diese beschränkt. Ihnen kommt vor allem legitimatorische, zugleich aber auch konstitutive Funktion für das System regulativer Politik sowie die Spielanordnung der Märkte zu.

Alle politische Demokratie ist damit ein fragiles Konstrukt. Dies spiegelt sich gerade in den jüngeren Debatten um Post-Demokratie und Post-Politik. Reinhard Kühnl (Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 2015) hat darauf verwiesen, dass Kapitalverwertungskrisen auch mittels faschistischer Regime überwunden werden, wenn dies im Rahmen institutionalisierter Konflikte zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr möglich ist. In dieser Linie hat Frank Deppe (Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg 2013) bereits im Zuge der Finanzmarkt- und Verschuldungskrise 2008 von einer Wende weg von einem post-demokratischen hin zu einem „autoritären Kapitalismus“ gesprochen. Die Krise des Postfordismus, welcher den national regulierten, nachfragebasierten Sozialinterventionismus zugunsten globalisierter deregulierter Märkte verdrängt hat, führte tatsächlich zu jener Disziplinargesellschaft, von der bei Gilles Deleuze die Rede war. Ihr korrespondiert ein Ausbau repressiver Überwachungs- und Kontrollapparate, welche die Sozialisierung der Risiken von Investoren, Banken und multinationalen Unternehmen gegen jeden Dissens (oder gar: Widerstand) immunisieren, etwa durch Demonstrationsverbote und Ausgangssperren.

Entgegen aller pathetisch vorgetragenen Rechtsstaatlichkeitsfolklore, die Gewaltenteilung, Grundrechte, Selbstregierung und Repräsentativität als Grundlagen einer „freien Marktwirtschaft“ phantasiert, ist die Realgeschichte des Kapitalismus von Ausbeutung und Sozialdisziplinierung, fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation, Zwangsarbeit und Lohnsklaverei, imperialistischen Marktbereinigungskriegen und kolonialen Ausplünderungsbeziehungen geprägt. Jederzeit ist die Rückkehr in einen militarisierten, autoritären Führer- und Polizeistaat mit sistierten Grundrechten möglich, wenn die Modellierung des nationalistischen „gemütlichen“ Autoritarismus, wie er Österreich kenn-

zeichnet, scheitert. Ungarn, Polen, Brasilien und die USA führen dies vor. Die Resilienz demokratischer Strukturen ist eine Illusion, zumal in den OECD-Gesellschaften 20 bis 40 Prozent des Elektorates einen Führer anstelle eines Parlaments präferieren.

Fraglos wird die Pandemie die Spielräume der Verteilung von Ressourcen und Statuspositionen schrumpfen lassen. Beides dient(e) bislang der Pazifizierung sozialer Konflikte auf niedrigem Eskalationsniveau, abgesichert durch ideologische Staatsapparate. Deren Funktionsweise wird nun sukzessive durch repressive Staatsapparate überlagert. Verteilungspolitisch ist nach neuerlicher Unternehmensrettung, Kurzarbeit und massiven Sozialkosten ein Übergang vom Stellungen- zum Bewegungskrieg absehbar. In diesem diszipliniert ein autoritärer Überwachungsstaat ausgewählte Verlierergruppen in den Räumen einer reethnisierten Kontrollgesellschaft. Dieser technologisch aufgerüstete, durchdigitalisierte und mittels des Internet der Dinge pervasive Überwachungsstaat verfügt über ein breites Repertoire von Unterdrückung. Dieses reicht von Dissens durch Entthematisierung über Berufsverbote bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung von Oppositionellen. Hierzu kann auf die verfügbare Verknüpfung von Konsumtions-, Bewegungs-, Sozialversicherungs- und Gesundheitsdaten mit Informationen über Präferenzen, Werthaltungen, Einstellungen und Nonkonformismus zurückgegriffen werden.

Im Ergebnis erweist sich die Politik in Zeiten der COVID-19-Katastrophe mithin als Versuchslabor. Sie muss als Generalprobe für einen autoritären Modus verstanden werden, die Kapitalverwertung unter ökonomisch, ökologisch und salutogenetisch prekarierten Bedingungen aufrecht zu erhalten. Und hier stimmt der Kurz'e Satz: „Koste es was es wolle.“

Streifzüge-KENNENLERNPAKET
6 von uns zusammengestellte
Ausgaben um € 15

SONDERANGEBOT 33
Alle lieferbaren Ausgaben
2017 bis 2019 um schlanke € 33

SONDERANGEBOT 99
Alle lieferbaren Ausgaben ab
2002 um grandiose € 99

SONDERANGEBOT 111
Alle lieferbaren Ausgaben ab
1996 um sagenhafte € 111

WIEDERVERKAUF
10 Hefte der jew. aktuellen
Nummer um € 15

GESAMTVERZEICHNIS
www.streifzuege.org/
inhaltsverzeichnisse

Streifzüge

Kritik-Perspektive-Transformation
Kritik ist mehr als radikale Analyse,
sie verlangt die Umwälzung der Verhältnisse.
Repariert nicht, was euch kaputt macht!

Frühling 2020:
„RECHT
LICHT“



Magazinierte Transformationslust
Erscheint 3x jährlich
Margaretenstraße 71-73/1/23, 1050 Wien
E-Mail: redaktion@streifzuege.org
www.streifzuege.org

Maria Wölflingseder

Das Impfwesen – ein Akutpatient

*„Impfungen haben ihre Berechtigung: Sie können vor gefährlichen Krankheiten schützen. Die generelle Verteufelung von Impfungen ist eine irrationale, fundamentalistische Position. Dasselbe gilt für die Auffassung, zu impfen sei immer besser, als nicht zu impfen.“
Martin Hirte, Arzt und Impfexperte*

Angefangen hat bekanntlich alles mit der Pockenimpfung. Dieser Impfstoff war sehr erfolgreich und gut verträglich. Dasselbe gilt für die Impfung gegen Kinderlähmung. Eine Erfolgsstory also. Heute ist die Situation in unseren Breiten jedoch eine ganz andere – sowohl was die gesundheitlichen Bedrohungen als auch was die Verträglichkeit bzw. die Sicherheit der Impfstoffe betrifft. Oft wird behauptet, Impfungen hätten maßgeblich dazu beigetragen, Krankheiten auszurotten und die Lebenserwartung der Menschen seit Beginn des 20. Jahrhunderts von 49 auf 80 Jahre zu erhöhen. Das stimmt nur sehr bedingt. Ausgerottet wurden mittels Impfung lediglich die Pocken und fast zur Gänze die Kinderlähmung. Pest, Cholera und Typhus verschwanden hingegen ohne Impfungen. Zum einen haben sich die hygienischen Verhältnisse geändert, zum anderen kamen auch Antibiotika zum Einsatz. Zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung hat in weiten Teilen der Welt nicht zuletzt die starke Verminderung der Kindersterblichkeit und die Ausrottung des Kindbettfiebers von Gebärenden beigetragen. Darüber hinaus sind Akutmedizin und Unfallchirurgie stark verbessert worden.

Zahlreiche WissenschaftlerInnen befassen sich seit Jahrzehnten mit der Frage, welche Impfungen heute wirklich sinnvoll sind, welche kaum einen oder gar keinen Nutzen haben und welche gar eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die wichtigste Erkenntnis: Impfungen sind hinsichtlich ihrer Sicherheit die am schlechtesten untersuchten Arzneimittel. Auch ihre Wirkung ist oft unzureichend belegt. Der Experte Bert Ehgartner, ausgebildet in „evidenzbasierter Medizin und Studiendesign“ hat in seinem Buch „Gute Impfung – Schlechte Impfung – Der umfassende Ratgeber“ alle Impfungen via vorhandener Studien auf folgende Kriterien hin untersucht: „Ge-

fährlichkeit der Krankheit; Wahrscheinlichkeit des Kontakts mit den Erregern; Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs der Krankheit ungeimpft; Schutzwirkung der Impfung; Sicherheit der Impfung; Sinnhaftigkeit der Impfung für die Normalbevölkerung; Sinnhaftigkeit der Impfung für Risikogruppen; Bedeutung der Impfung für den Herdenschutz der Bevölkerung.“ Das Ergebnis liefert ein weit nuancierteres Bild der Impfungen als jenes, das durch die offiziellen Impfpläne vermittelt wird.

Bei den Impfstoffen besteht dringender Verbesserungsbedarf. Gab es früher vor allem Impfungen mit lebenden, also vermehrungsfähigen Keimen, die sogenannten Lebendimpfstoffe, so sind heute zunehmend Impfungen mit abgetöteten Keimen, die sogenannten Totimpfstoffe in Verwendung. Diese funktionieren allerdings nur mit Wirkstoffverstärkern. Als solche dienen Aluminiumsalze und Quecksilber. Es gibt zahlreiche Hinweise, dass sie große gesundheitliche Probleme verursachen können. Während die offiziellen Vertreter des Impfwesens dies bestreiten, wird auf internationalen Ärztekongressen zum Thema Autoimmunerkrankungen immer öfter die Problematik der Wirkstoffverstärker in Impfungen als Mitverursacher für diese Erkrankungen unter die Lupe genommen. In manchen internen Informationen der Hersteller wird sogar selbst auf die Problematik hingewiesen. In den letzten 30 Jahren haben Autoimmunerkrankungen – vor allem auch bei Kindern – rasant zugenommen. Ein Drittel der Bevölkerung in den Industrieländern leidet darunter. Dazu gehören Neurodermitis, Schuppenflechte, Asthma, Allergien, Hashimoto, Typ-1-Diabetes, Polyneuropathie, chronisch entzündliche Darmerkrankungen, Multiple Sklerose, Autismus, Narkolepsie (Schlafkrankheit) und zahlreiche andere.

Als die gesundheitliche Problematik von Aluminium bekannt wurde, hat die Kosmetikindustrie sofort reagiert und diesen Stoff aus den Deos verbannt, da er Brustkrebs auslösen kann. Aber die Pharmaindustrie bleibt stur bei ihren Wirkstoffen in den Impfungen. Ehgartner hat außerdem zu Aluminium geforscht und zwei Bücher verfasst. Er erläutert: Dieses Element kommt im Boden nur gebunden vor, aber in isolierter Form hat es im menschlichen Organismus keinerlei Funktion – etwa im Gegensatz zu Zink, Kupfer oder Selen. Deshalb spielt der Körper oft verrückt, wenn es bei Impfungen muskulär gespritzt wird – was übrigens eine ganz andere Wirkung hat als orale Aufnahme. Da Aluminium für den Körper ein gänzlich unbekannter Stoff ist, weiß er nicht, wie er darauf reagieren soll. Studien haben ergeben, dass viele auf Lebensmittel allergisch werden, die gemeinsam mit Aluminium verabreicht werden – so auch auf Hühnereiweiß, das oft Bestandteil von Impfstoffen ist.

„Wissenschaftliche Parallelwelt“

Der Arzt Martin Hirte bietet in seinem Standardwerk „Impfen – Pro und Contra – Das Handbuch für die individuelle Impfscheidung“ ebenfalls tiefe Einblicke. Hier einige Punkte aus seinen umfangreichen Erkenntnissen: „Impfungen üben vielfältige und unüberschaubare Einflüsse auf den Körper aus – sie sind nicht zu vergleichen mit der normalen Auseinandersetzung des Organismus mit Krankheitserregern. ... Impfungen sollten im ersten Lebensjahr noch nicht verabreicht werden. ... Die Wissenschaft im Impfwesen ist nicht objektiv, sondern unterliegt starken kommerziellen und politischen Einflüssen. ... Die Abwägung von Nutzen und Schaden durch Impfmaßnahmen bleibt außen vor. ... Die Auswahl an Impfstoffen wird zunehmend eingeschränkt... Impfstoffe werden ohne eingehende und unabhängige Prüfung der Sicherheit zugelassen und öffentlich empfohlen. Die Impfempfehlungen verstoßen damit gegen die grundrechtlichen Schutzpflichten des Staates und sind verfassungsrechtlich bedenklich. ... Das Impfwesen ist weltweit dominiert von einem medizinisch-industriellen Komplex, der möglichst hohe Impfraten zum Ziel hat. ... Impfkomplicationen und Langzeitwirkungen werden kaum registriert und erforscht.“

WissenschaftlerInnen, die sich mit Impfungen beschäftigen, wird oft Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen. Wer sich aber Studien zur Sicherheit von Impfungen genauer ansieht, der könnte jedes Ver-

trauen in das Gesundheitswesen verlieren. Unabhängige Studien gibt es kaum. Hingegen wurde „teilweise eine wissenschaftliche Parallelwelt aufgebaut, wo in den Studien gefuhrwerkelt wird, wie es den Herstellern beliebt. Da wird eine Impfung mit Aluminium gegen eine andere mit Aluminium getestet. Und nachdem sich die Nebenwirkungen gleichen, wird behauptet, es gäbe keine. Die Aluminiumverbindungen selbst wurden jedoch kaum oder nur vollständig unzulänglich auf ihre Sicherheit untersucht.“ (Ehgartner)

Auch zur Grippeimpfung, die sich aktuell wegen „Corona“ viel größerer Beliebtheit erfreut als sonst, gibt es keinerlei Studien, die einen signifikanten Effekt belegen würden! Ganz im Gegenteil: Kinder und Asthmatiker haben eher Nachteile, und der Aufbau einer Immunität kann blockiert und damit die Erkrankungswahrscheinlichkeit gerade bei alten Menschen erhöht werden. Auch bei der Grippeimpfung wird zunehmend auf Totimpfstoff umgestiegen, der neben Aluminiumsalzen Formaldehyd, Quecksilber, Frostschutzmittel und Antibiotika enthält. Die Korrelation zwischen dem Fehlen jeglicher Grippeimpfforschung und den besonders hohen Profiten, die Konzerne mit diesem Impfstoff lukrieren, scheint jedoch höchst signifikant zu sein.

Zur Grippeimpfung gibt es keinerlei Studien, die einen signifikanten Effekt belegen würden.

Generell liegt der Fokus in der Medikamentenherstellung zunehmend auf gewinnträchtigen Erzeugnissen – die Renditen betragen das 14-fache der Investitionssumme – anstatt auf der Bereitstellung der wirklich benötigten Medikamente. Das kritisierte Claudia Wild, Leiterin des Austrian Institute for Health Technology Assessment, unlängst heftig. Die Bücher des dänischen Medizinforschers Peter C. Gøtzsche – ein Titel lautet: „Tödliche Psychopharmaka und organisiertes Leugnen – Wie Ärzte und Pharmaindustrie die Gesundheit der Patienten vorsätzlich aufs Spiel setzen“ – und „Die Pharmafalle“ des Wiener Arztes Fahmy Aboulenein gewähren dazu Informationen aus erster Hand.

Evidenzbasierte Entscheidungshilfen

Die im österreichischen Impfplan vorgesehenen Impfungen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren haben sich seit den 1980er Jahren von 11 auf 32 erhöht. Die jährliche Grippeimpfung nicht mitgezählt. In Frankreich und Italien gibt es seit 2017 10

bzw. 11 Pflichtimpfungen. In Deutschland ist seit März 2020 die Masernimpfung verpflichtend. Dass die Impfpläne in den EU-Ländern unterschiedlich lauten, findet niemand wert zu hinterfragen. Selbst wenn es in Österreich noch keine generelle Impfpflicht gibt, so wurde sie in manchen Bundesländern durch die Hintertür eingeführt. Die im Mutter-Kind-Pass vereinbarten finanziellen Zuwendungen sind neuerdings an die Absolvierung aller Impfungen gebunden.

Die mediale Berichterstattung ist wenig differenziert. Es scheint nur ‚Impfbefürworter‘ oder ‚Impfgegner‘ zu geben.

Das „Deutsche Netzwerk Evidenzbasierte Medizin e.V.“ geht mit der aktuellen Praxis mitnichten konform und fordert in seiner Stellungnahme vom 02.05.2019 „eine differenzierte Bewertung von Impfungen und evidenzbasierte Entscheidungshilfen“ anstatt einer Impfpflicht. In dem Statement heißt es unter anderem: „Die mediale Berichterstattung ist wenig differenziert. Es scheint nur ‚Impfbefürworter‘ oder ‚Impfgegner‘ zu geben. Generalisierend wird von ‚den Impfungen‘ gesprochen. Lagerbildung und Simplifizierung werden der Komplexität der einzelnen Impfverfahren jedoch nicht gerecht. Wir können ja auch nicht behaupten, dass chirurgische Eingriffe generell nützlich oder abzulehnen sind ... So ist auch jede Impfung für sich unter den Aspekten von Wirksamkeit, unerwünschten Effekten und Kosten zu beurteilen. Allein die Impfempfehlung durch die STIKO (*Ständige Impfkommission*) oder die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung geben noch keinen Aufschluss über das langfristige Nutzen-Schaden-Verhältnis bei Implementierung eines Impfverfahrens in ein Gesundheitssystem.“ (www.ebm-netzwerk.de unter Veröffentlichungen>Stellungnahmen)

Mediale Pflichterfüllung

Die Bevölkerung wird dennoch stark unter Druck gesetzt. Es wird bewusst mit Bedrohungen gearbeitet. Eine höchst bedenkliche, ja völlig anmaßende Rolle spielen dabei die Medien. Gehorsam beten sie meist nach, was die Behörden vorgeben. Als ob sie den „Glaubenskrieg“, zu dem das Thema Impfen geworden ist, noch weiter anheizen wollten. Kritik ist ja oft ihre Sache nicht, da mögen sie sich noch so groß das Level Investigation auf die Fahnen geheftet haben. Offenbar haben die JournalistInnen sogar das tragische Schweinegrippe-Impfdesaster von 2009/2010 völlig aus ihrem Ge-

dächtnis gestrichen. In der parlamentarischen Versammlung des Europarates gab es dazu einen Untersuchungsausschuss, in dem von gravierenden Mängeln in Bezug auf die Transparenz der Entscheidungsabläufe im Zusammenhang mit der Ausrufung einer Pandemie seitens der WHO und von möglichem Einfluss der Arzneimittelindustrie, die Rede ist. Trotzdem wurden weltweit von den Staaten Impfstoffe und Medikamente im Wert von 30 Milliarden Euro angekauft. Allein Frankreich, Großbritannien und Deutschland gaben dafür jeweils etwa eine Milliarde aus. Ein Großteil davon musste allerdings wegen mangelnder Nutzung vernichtet werden. In Schweden, wo sehr viele Menschen geimpft wurden, kam es zu mehreren hundert schwersten bleibenden Impfschäden, der sogenannten Schlafkrankheit, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Diesmal gelang es nicht, diese Schäden zu vertuschen. Jeder Betroffene muss mit einer Million Euro entschädigt werden. (Vgl. Andrej Hunko: WHO – Wer bestimmt, was gesund ist?)

Herdenschutz bieten nur wenige Impfungen

Einem Verlautbarungsorgan der Regierung ähnelnd, stellen Medien Impfungen als selbstverständliche Pflicht dar. Stets wird der Herdenschutz bemüht, weswegen Impfen ein „sozialer Akt“ sei, der zur „sozialen Norm“ werden müsse. Herdenschutz bieten allerdings nur wenige Impfungen: Masern, Mumps, Röteln und bedingt Windpocken. – Wer an Impfungen berechnete Kritik übt, wird schnell als Impfskeptiker, als Impfverweigerer, als Impfleugner (sic!) und nicht selten als Anhänger einer Verschwörungstheorie diffamiert, punziert, an den Pranger gestellt. Von der Boulevardpresse genauso wie den sogenannten linksliberalen Qualitätsmedien und vom ORF.

Zwischen kategorischen Impfgegnern und jenen Menschen, die nur sinnvolle, sichere, wirksame Impfungen angeboten bekommen möchten, wird nicht unterschieden. All die fundierte berechnete Kritik wird schlicht ignoriert, ja, ihre Berechnung komplett geleugnet (sic!) oder gar die Verfasser kriminalisiert. Der behördliche, von den Medien beharrlich ventilierte Tenor lautet: Für all jene, die von „den Impfungen“ noch nicht überzeugt sind, muss noch „mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden, um der unberechneten Angst, der Unwissenheit, den Falschinformationen und den Mythen über Impfen“ entgegen zu treten. Ein „elektronischer Impfpass“ und die „Erinnerung an den Impf-

termin per App“ werden schon bewirken, dass „Impflücken geschlossen werden“ und die „Durchimpfungsrate erhöht wird“.

Äußerst selten verirrt sich eine kritische Anmerkung in die Medien. Etwa auch zur Frage der Haftung bei Impfschäden. Solche werden in der Regel kaum anerkannt. Der Arzt Klaus Hartmann konnte nach zehn Jahren seine Arbeit als Impfschaden-Gutachter am deutschen Paul-Ehrlich-Institut nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren. Dort herrscht ebenfalls die unausgesprochene Anweisung, Schadensfälle nicht anzuerkennen. In seinem Buch „Impfen bis der Arzt kommt – Wenn bei Pharmakonzernen Profit über Gesundheit geht“ gewährt der Insider unvorstellbare Einsichten ins Impfwesen.

Besorgniserregende Blauäugigkeit

Die weit verbreitete Blauäugigkeit, justament am Gesundheitswesen keine Mängel erkennen zu wollen, ist höchst besorgniserregend. Warum denn sollten die vier Pharmakonzerne, die nahezu den gesamten Weltmarkt der Impfstoffherstellung beherrschen, prinzipiell anders agieren als jene, die fast jegliches Saatgut patentiert haben, oder jene, die Glyphosat für so unbedenklich wie Biodünger halten, oder jene, die der arm gemachten Bevölkerung in Kenia oder Brasilien denaturierte Fertignahrung mit Gehirnwäsche-Methoden als besonders gesund aufherrschen, oder jene, die via geplante Obsoleszenz die Haltbarkeit von Produkten stark verkürzen und damit massiv unnötige Ressourcen verbrauchen und die Müllberge gigantisch wachsen lassen.

Grüne Vorzeige-Impflinge

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich gesellschaftliche Kritikfähigkeit stark vermindert. Auch in der Grünen Partei. Im Zuge des Erstarkens des neoliberalen Autoritarismus wurden sämtliche einst weitreichenden emanzipatorischen Bestrebungen blitzartig über Bord geworfen. Neben einem erschreckenden Konformismus grassiert obendrein kollektive Amnesie. – Seit den 1990er Jahren befasst sich die ehemalige grüne Bundes- und spätere Landessprecherin von Niederösterreich Madeleine Petrovic – sie ist u.a. Juristin – eingehend mit Impfkritik, insbesondere mit dem weitgehenden staatlichen Ignorieren von Impfschäden. Die aktuellen Regierungsmitglieder der Grünen hingegen sind einem Impfwang nicht abgeneigt. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, ließ sich der grüne Gesundheitsminister Rudolf An-

schober vor einem Jahr als eine seiner ersten Amtshandlungen im Blitzlichtgewitter der Journalisten gegen Grippe impfen. Vizekanzler Werner Kogler, ebenfalls von den Grünen, bestätigte kürzlich, seine Grippe-impf„pflicht“ heuer erstmalig erfüllt zu haben und die Covid-19-Impfung werde er ebenso wahrnehmen. – Hätte Anschöber nur einen Blick in eines der hier erwähnten Bücher geworfen, oder hätte er mit seiner Kollegin Petrovic – die er für Tierschutz-Agenden in sein Ministerium geholt hat – ein paar Worte über Impfungen gewechselt, müsste er sich nicht über die für ihn völlig „rätselhafte Impfskepsis“ der Bevölkerung wundern. Erhellend ist wohl auch, dass die Impf„moral“ in der Ärzteschaft selbst ziemlich gering ist. – Übrigens, Petrovic wurde, wie viele WissenschaftlerInnen, die sich kritisch mit dem Impfwesen befassen, wiederholt mit gerichtlichen Klagen bombardiert. Sie hat aber, genauso wie Ehgartner, noch nie einen Prozess verloren.

Aus medizinischen Gründen besteht keinerlei Veranlassung für eine Impfpflicht. Martin Hirte warnt, andernfalls wird „Impfen als pharmakologische Präventionsmaßnahme zu einem politischen Instrument, zum Mittel der Ausübung von Macht und Kontrolle über den physischen Leib der Bürger, eine Art staatlich organisierte Körperverletzung“.

LITERATUR

Bert Ehgartner: Gute Impfung – Schlechte Impfung, Steyr 2019
ehgartner.blogspot.com

Martin Hirte: Impfen – pro und contra, München 2018, www.martin-hirte.de

Deutsche Vereinigung „Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“:
www.individuelle-impfentscheidung.de

Steffen Rabe:
www.impf-info.de

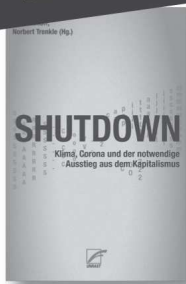
Klaus Hartmann: Impfen bis der Arzt kommt – Wenn bei Pharmakonzernen Profit über Gesundheit geht, München 2015

David Sieveking: Eingepflicht – Familie mit Nebenwirkungen, Freiburg 2018

Madeleine Petrovic: Der Widerstand wird wachsen, in: Die Furchen, 16.1.2020

Andrej Hunko: WHO – Wer bestimmt, was gesund ist? In: Hannes Hofbauer / Stefan Kraft (Hg.): Lockdown 2020 – Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern, Wien 2020

Neuerscheinungen



Kapitalismus und Corona-Krise

Ernst Lohoff &
Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown
Klimacrash, Corona-Krise
und die notwendige Auf-
hebung des Kapitalismus
200 Seiten | 14 €



Für eine konkrete antiklassistische Praxis!

Francis Seeck &
Brigitte Theißl (Hg.)

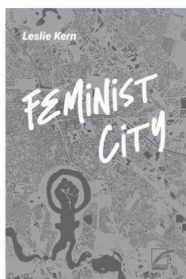
**Solidarisch gegen
Klassismus**
organisieren, intervenieren, umverteilen
280 Seiten | 16 €



Zum 150. Geburtstag: Anregungen für eine radikale Linke im 21. Jahrhundert

Peter Bierl

Die Revolution ist großartig
Was Rosa Luxemburg uns
heute noch zu sagen hat
312 Seiten | 18 €



Wie Frauen die Stadt erleben - eine feministische Stadtgeografie

Leslie Kern

Feminist City
192 Seiten | 14.80 €



Erste vollständige Dokumentation tödlicher Gewalt durch Rechte in Deutschland

Thomas Billstein

Kein Vergessen
Todesopfer rechter
Gewalt in Deutschland
nach 1945
344 Seiten | 19.80 €



Der tägliche Begleiter für die antifaschistische Hosentasche

Kalendergruppe
Antifaschistischer
Taschenkalender 2021
208 Seiten | 7 €

Das ganze Programm online unter:
www.unrast-verlag.de

IMMATERIAL WORLD

NACH der ersten Welle ist das Virus zurück, und nichts hat sich verändert. Das Virus lehrt uns, in welch absurden Verhältnissen wir leben. Es zeigt uns erneut, wie der Kapitalismus den Zusammenhang von zweierlei Leben zerreißt: Gesundheit oder Existenzsicherung. Die gesundheitliche Sicherung von Leben verlangt, die Wirtschaft runterzufahren, weil wir die physischen Kontakte minimieren müssen. Nur wenn die Ansteckungsrate niedrig ist, kann das Gesundheitssystem die Flut der schweren Erkrankungen bewältigen und Leben retten. Gleichzeitig geführt genau das weltweit die Existenz von Milliarden von Menschen, weil sie ihre Geldeinnahmen verlieren. Eben weil die Wirtschaft in vielen Bereichen nicht mehr läuft. Die UNO spricht von drohenden Hungersnöten „biblischen Ausmaßes“ in Ländern des Südens, weil die Menschen sich ihr Essen nicht mehr kaufen können.

Der Kapitalismus trennt nicht nur die Produzent*innen voneinander, er trennt auch die Produktion von der Verteilung. Sie unterliegen unterschiedlichen Logiken. Die Produktion hat (auch) die Bedürfnisse im Auge, und eigentlich wäre es recht einfach, den Bedürftigen, also letztlich allen, das Hergestellte zu geben. Es ist ja da. Doch so geht das nicht, denn es verletzt die Koppelung von Geben und Nehmen, von Leistung und Gegenleistung. Also gibt es zusätzlich zum Hergestellten noch etwas, das es für die Bedürfnisbefriedigung eigentlich nicht braucht: einen Preis. Der ist nämlich erforderlich, damit das Hergestellte in die Verteilung, also zu den Menschen kommt, sprich: auf dem Tausch-, also Kaufweg erworben werden kann.

Zum Erwerb brauche ich Geld, denn ohne Geld kein Kauf. Das Mittel dazu, das Geld, bekomme ich, wenn ich anderen etwas verkaufe, und sei es mich selbst als Arbeitskraft. Was für ein Aufwand, nur weil wir Geben und Nehmen strikt aneinander koppeln! Der ganze Tausch-Geld-Markt-Aufwand ist ein riesiger Umweg. Nur wer erfolgreich verkauft, darf mitmachen und seine Existenz erhalten. Alle anderen müssen auf Wohltäter hoffen, auf den Staat oder milde Gaben. Oder sie verhungern eben.

Stefan Meretz

Corona Blues

Wir fahren also zum gesundheitlichen Schutz des Lebens die Wirtschaft teilweise runter und bedrohen damit die ökonomische Existenz von Menschen, also am Ende auch das Leben. Leben gegen Leben, und die ersten fangen schon an, in utilitaristischer Manier die Leben gegeneinander aufzurechnen. Welches Leben ist mehr wert und verdient (!) es, erhalten zu bleiben?

Ist es ein verrückter Gedanke, das Tauschen einfach sein und uns alle gut leben zu lassen? Nun, nicht der Gedanke ist verrückt, sondern die Sache, die er ausspricht. Es ist verrückt, dass eigentlich alles da ist, was wir brauchen, wir nur nicht rankommen, weil wir es aus Geldmangel nicht kaufen können. Weil wir ohne Geld aus dem Erpressungsdrama des Tausches herausfallen. Weil unsere Existenz stets eine ökonomische ist oder sie ist keine. Wir haben alles und beginnen uns zu fragen, wen wir zuerst opfern, die Kranken und Schwachen oder die aus der daniederliegenden Wirtschaft Herausgefallenen? Dass wir zu dieser Frage gezwungen sind, das ist verrückt.

Spielen wir einmal kurz durch, was wäre, wenn wir das Tauschen sein ließen, wenn wir aufhörten, uns gegenseitig zu Leistung und Gegenleistung zu erpressen – und Corona wäre da. Wir würden vermutlich genauso Schutzmaßnahmen ergreifen, wir würden Teile der Produktion stilllegen, würden Hygienemaßnahmen vorsehen. Und wir würden dafür sorgen, dass die lebensrelevanten Bereiche weiterlaufen, die Krankenhäuser wie die Nahrungsmittelherstellung und wichtige Infrastrukturen. Wir könnten Corona ohne die Angst, am Ende vor dem Nichts zu stehen, aussitzen. Nicht schön, weil vieles nicht mehr geht, aber von der Entscheidung, was nicht mehr geht, hängt die grundsätzliche Existenzsicherung nicht ab. Denn niemand muss mehr einen Umweg gehen, um die lebensrelevanten Dinge zu bekommen. Sie sind da und könnten genommen werden. Die Existenz wäre keine ökonomische mehr, sie könnte eine menschliche werden.

Nun gibt es den Einwand, dass die Dinge, die verteilt werden wollen, auch von irgendwem hergestellt werden müssen. Stimmt. Bekämen die

Herstellenden kein Geld mehr, so geht das Argument weiter, würden sie das Herstellen lassen. Doch warum das? Zunächst ist es tatsächlich so, dass die wechselseitige Erpressung auf diese Weise funktioniert. Fällt sie weg, so der Schluss, ließen alle den Hammer, die Nähnaedel und das Kind stehen und liegen. Aber wäre das wirklich so? Warum sollten Menschen für etwas, das sinnlos geworden ist – das Geld als Tauschmittel – weiterarbeiten, wenn sie alles Nötige auch *ohne* Geld bekommen könnten? Wenn sie es für den Konsum nicht mehr brauchen, warum sollten sie es in der Produktion haben wollen?

Fällt die Erpressung weg, kommt die bohrende Nachfrage: Würden die Menschen das, was wir alle brauchen, *freiwillig* herstellen? Könnten wir uns vorstellen, dass die Verantwortung, die wir jetzt in Corona-Zeiten verstärkt füreinander empfinden, zum Grundzug unseres Handelns wird? Dass wir nicht nur in Ausnahmezeiten, die notwendigen Dinge tun? Ja, dass wir sie sogar gerne tun, weil sie uns gegenseitig zugutekommen?

Wir sehen, dass die Solidarität, die wir in der ersten Corona-Welle noch so deutlich wahrnahmen, jetzt an den Rändern bröckelt. Irrwitzige Verschwörungstheorien oder auch nur das kleinliche individuell-bornierte Verhalten hebeln die kollektive Verantwortung aus. Das liegt daran, dass in exklusionistischen Verhältnissen Solidarität stets mühevoll gegen die Nahelegungen errungen werden muss und nicht aus den sozialen Strukturen hervorgeht. Doch eine strukturell-allgemeine Inklusion gibt es nur ohne Tausch, Markt und Staat.

Gewiss, die gesellschaftliche Organisation müsste sich gewaltig ändern. Aber das ist ohnehin nötig, denn wir können auch aus anderen Gründen nicht so weitermachen wie bisher. Würden wir Tausch, Geld und Markt sein lassen, gäbe es eine Reihe von positiven Nebeneffekten. Der Wachstumszwang würde entfallen, weil der Treiber der Geldvermehrung weg wäre. Das würde dem Klima gut tun, die Umweltzerstörung reduzieren und die Artenvielfalt bewahren. Wir könnten den Kapitalismus ziehen lassen und uns vom Stress erholen, den er uns schon so lange bereitet.

Hermann Engster

Gottfried August Bürger, Citoyen

Zu erinnern ist an den weithin vergessenen Göttinger Dichter Gottfried August Bürger, einen Bürger nicht nur dem Namen nach, sondern auch im idealen Sinn: einen Citoyen. Er ist der Schöpfer der deutschen Kunstballade, der *Lenore*, einer mitreißenden Schauerballade, veröffentlicht im *Göttinger Musenalmanach auf das Jahr 1774*, zusammen mit Gedichten des jungen Goethe und anderen Dichtern, die sich mit dem Ziel einer Erneuerung der Dichtung im Göttinger Hainbund zusammengeschlossen haben, einem Freundschaftsbund, in dem soziale Rangunterschiede aufgehoben sind. Es sind Dichter wie Hölty, Boie, Voß (der Homer-Übersetzer), die adligen Brüder Stolberg, Vorläufer der Romantik, revoltieren sie gegen die Kälte des Rationalismus, schreiben in der Gefühlstradition des Pietismus Gedichte von zarter Empfindsamkeit, gefallen sich aber auch als „junge Wilde“ in den Gesten des heraufziehenden Sturm und Drang.

In Kürze Bürgers Lebensgeschichte: 1747 als Sohn eines Pfarrers in einem Dorf am Südharz geboren, besucht er die Schule in Aschersleben, wird jedoch von ihr verwiesen, angeblich wegen einer Schlägerei, wahrscheinlich jedoch wegen eines spöttischen Epigramms gegen Schulautoritäten; dann Studium der Theologie in Halle, das er hinwirft, ab 1768 Jura-Studium an der Universität Göttingen, die 1737 als Reformuniversität gegründet, rasch (aber nicht für lange Zeit) zu einem Zentrum der Aufklärung wird; ein Professor notiert, Bürger habe „ganz ungemeine Fähigkeiten und einen gleich großen Stolz“; Stellung als Amtmann in Gelliehausen bei Göttingen; ab 1780 Herausgeber des *Göttinger Musenalmanachs*, Veröffentlichung eigener Gedichte, Shakespeare-Studien und Übersetzung des *Macbeth*; offizieller Redner in der Göttinger

Freimaurerloge „Zum goldenen Zirkel“; radikaler Demokrat, Anhänger der Französischen Revolution; bestreitet seinen Lebensunterhalt nach Beendigung seiner Tätigkeit als Amtmann 1784 mühsam durch Übersetzungen; 1789 a.o. Professor an der Göttinger Universität (ohne festes Gehalt), Vorlesungen über Ästhetik und Philosophie; er erkrankt an Tuberkulose, muss seine Vorlesungstätigkeit aufgeben, erhält vom schäbigen Universitätskuratorium eine einmalige Zuwendung von 50 Talern; 1794 stirbt er in Göttingen, liegt begraben auf dem hiesigen Bartholomäus-Friedhof; ein Teil einer Ringstraße ist nach ihm benannt, dort ist ihm ein Denkmal errichtet.

Nehmt eure Sprache ernst! (Nietzsche)

Fundament aller Dichtung ist für Bürger die Sprache selbst: „Die Muttersprache kann zu allem übrigen sagen: Ohne mich könnt ihr nichts tun. Wer mich verachtet, der wird wieder verachtet von seinem Zeitalter und schnell vergessen von der Nachwelt.“ Er, der fünf Sprachen beherrscht, betrachtet „Sprachstudium als Studium der Weisheit selbst“. Deshalb mahnt er zur Besinnung auf den Wert der eigenen Sprache: „Deutsche sind wir! Deutsche, die nicht griechische, nicht römische, nicht Allerweltsgedichte in deutscher Zunge, sondern in deutscher Zunge deutsche Gedichte, verdaulich und nährend für's ganze Volk machen sollen.“ Das klingt heute verdächtig, doch ist Bürger durchaus kein Nationalist und schon gar kein Franzosenhasser wie einige im Göttinger Hainbund.

Es geht ihm um die Kultivierung der deutschen Sprache. Er schlägt eine Reform der Rechtschreibung vor, um „dem Gräuel unserer allgemeinen

Schreibverwüstung“ abzuhelpen, allerdings ohne Erfolg. Insbesondere aber setzt er sich für eine grundlegende Erneuerung der von unzähligen (notabene: überflüssigen!) lateinischen und französischen Fremdwörtern durchsetzten deutschen Sprache ein. Er setzt damit ein Reformwerk fort, das hundert Jahre zuvor bereits Martin Opitz und andere Sprachreformer eingeleitet haben. Viele Neuschöpfungen von ihm sind in den deutschen Sprachschatz eingegangen wie:

einherstolzieren, Ackerflur, Adelsbrut, allnächtlich, Blätterfall, Friedensbund, Gemeingut, Haremswächter, Lausejunge, quersfeldein, sattelfest, Volksgewimmel, Wagemut, Wolkendecke, wonnetrunken.

Ein kreativer Kopf! Wie kreativ, zeigt seine Edition der *Wunderbaren Reisen zu Wasser und zu Lande des Freiherrn von Münchhausen*, jenes „Lügenbarons“ aus Bodenwerder an der Weser. Dessen Geschichten hat er in eine Fassung gekleidet, die heute noch gelesen wird. (Gutmütig hat er sie seinem Verleger geschenkt, und dieser hat ein Vermögen damit gemacht.) Und nicht nur bearbeitet hat er sie, sondern eigene Episoden dazu erfunden wie die, wo der reitende Münchhausen bis zum Hals im Morast versinkt und erzählt: „Hier hätte ich unfehlbar umkommen müssen, wenn nicht die Stärke meines eigenen Arms mich an meinem eigenen Haarzopf, samt dem Pferde, welches ich fest zwischen meine Knie umschloss, wieder herausgezogen hätte“. Kaum einer weiß, dass dieses so absurde wie unsterbliche Bild von Bürger selbst stammt.

*Die Sprachen sind die Scheiden, darin
die Schwerter des Geistes verborgen stecken.
(Martin Luther)*

Das Engagement für die Sprache ist ihm nicht nur ein ästhetisches Anliegen, sondern durchaus ein politisches. In einem Brief von 1786 schreibt er an einen Freund:

„Es ist nicht wahr, dass Kanonen mehr vermögen als Gedanken und Worte, wie bisweilen gespaßt wird. Wenn wir Sklaven sind, so sind wir's wahrlich nicht durch jene Stein-, Eisen-, Blei-, und Fleischmassen der Tyrannen, denen wir nicht ähnliche Massen entgegensustellen haben: sondern darum sind wir's, weil wir die kraft-, tat- und siegreichen Künste des Geistes, die Künste zu reden und zu schreiben, vernachlässigen.“

Das gilt insonderheit für die Poesie: „Gedichte, verdaulich und nährend für's ganze Volk“ – darum geht es ihm. „Alle Poesie soll volkstümlich sein, denn das ist das Siegel ihrer Vollkommenheit.“ Das richtet sich gegen die artifizielle und gelehrte Dichtung der *poetae docti*, der gelehrten Poeten. Gedichte, so fordert er, sollen kollektiv rezipiert, das heißt im Kreis von Zuhörern laut gelesen werden, dies zumal, weil viele Menschen nur eingeschränkt lesefähig und Bücher für sie unerschwinglich seien. Poesie soll, so schreibt er in seinem *Herzensausguss über Volkspoesie* von 1776 und beruft sich aufs universale Naturrecht:

„... sowohl in Palästen als Hütten ein und ausgehen ... den verfeinerten Weisen ebenso sehr als den rohen Bewohner des Waldes, die Dame am Putztisch wie die Tochter der Natur hinter dem Spinnrocken und auf der Bleiche entzücken. ... Ha! Als ob nicht alle Menschen – Menschen wären.“

Seine frühen Gedichte zeichnen sich aus durch sinnliche Leidenschaft in einem anmutigen Sprachgewand. Doch das Galante streift er bald ab, die kraftvolle Sinnlichkeit bleibt. Über Bürgers Bedeutung für die deutsche Literaturgeschichte schreibt Peter von Matt 1998 in einem Essay mit dem treffenden Titel *Ein armer Teufel großen Stils: Gottfried August Bürger*:

„Bürger hat das deutsche Gedicht zu einem Ereignis aller fünf Sinne gemacht. Wie das deutsche Theater vom sozialen Scharfblick Lenz', lebt der deutsche Vers bis heute von Bürgers melodischem Sensualismus – ob das die Dichterinnen und Dichter nun selber wissen oder nicht. Seine Balladen bliesen das literarische Rokoko mit einem einzigen Stoß ins Museum.“

*Die Sprache soll dem Gedanken
nicht angemessen,
sondern angegossen sein.
(Karl Kraus)*

Das verwirklicht Bürger vor allem in den Balladen. Er ist bis weit ins 19. Jahrhundert hinein in allen Bevölkerungsschichten einer der populärsten Dichter in Deutschland. Die bis heute berühmteste unter seinen Balladen ist die *Lenore*, die erste deutsche Kunstballade, die gleich einem Donnerschlag die literarische Bühne betritt. (Eigentlich heißt das Mädchen Leonore, aber um des dynamischen jambischen Versmaßes willen verkürzt er den Namen, also statt ♪ ♪ — ♪ nun ♪ — ♪.)

Bürger platziert die Ballade in die Wirklichkeit der jüngsten Vergangenheit: Es ist die große Schlacht um Prag im Jahr 1757 im Raubkrieg des preußischen König Friedrichs II. gegen Österreich. Und er macht eine einfache junge Frau zur Hauptfigur. Ihr Verlobter hat in den Krieg ziehen müssen, und ein Angsttraum lässt sie hochschrecken. Furios hebt die Ballade an:

*Lenore fuhr ums Morgenrot
Empor aus schlimmen Träumen:
„Bist untreu, Wilhelm, oder tot,
Wie lange willst du säumen?“*

Lenore ist verzweifelt, hadert mit Gott bis zur Blasphemie, und in der Nacht erscheint der tote Geliebte, ergreift sie, schwingt sie zu sich aufs Pferd, reitet in wildem Ritt durch die Nacht, stürzt sich mit ihr hinein ins Grab. Das schildert Bürger so expressiv, dass es heute noch mitreißt. Aber die eigentliche, tiefere Wirkung auf die Zeitgenossen ist für uns Heutige kaum noch nachvollziehbar. Denn seine ungeheure Energie bezieht das Gedicht vermittelt einer raffinierten Montagetechnik, indem Bürger Worte und Verse aus der Lutherbibel und dem protestantischen Kirchenlied in die Reden der Personen einbaut. Schon eine kleine Auswahl aus dem Vokabular erhellt, wie aus der Sprachkraft von Lutherbibel und Kirchenlied das Gedicht seine besondere Energie bezieht:

*Wahn, Meineid, Herz, ich Arme, Sünde, Nacht,
Graus, Leid, Jammer, Verzweiflung, Gericht, Hölle,
Feuerfunken, Gewinsel, Geheul, Tod, Gruft, Vorse-
hung, Erbarmen, Gott, Kind, Vaterunser, Beten, Ge-
duld, Sakrament, Glauben, Licht, Bräutigam,
Himmel, Seligkeit.*

Das Vokabular ist die eine Kraftquelle, die andere sind die Verse aus Lutherbibel und evangelischem Gesangbuch. Dazu einige Beispiele:

Die Mutter ist entsetzt über Lenores lästerliches Hadern mit Gott und fleht:

*Hilf Gott, hilf! geh nicht ins Gericht
Mit deinem armen Kinde!
Sie weiß nicht, was die Zunge spricht.
Behalt ihr nicht die Sünde!*

Das sind die letzten Worte des Märtyrers Stephanus bei seiner Steinigung: „Herr, behalte ihnen diese Sünde nicht!“ (Apostelgeschichte 7,59)

Die Mutter, überzeugt von des Verlobten Untreue, beschwichtigt ihre Tochter:

*Lass fahren, Kind, sein Herz dahin!
Er hat es nimmermehr Gewinn!*

Sie spricht Verse aus Luthers *Ein feste Burg ist unser Gott*: „Lass fahren dahin, / sie habens kein Gewinn.“

Und wenn am Schluss der Reiter spricht *Vollbracht, vollbracht ist unser Lauf!*, die Hülle von ihm abfällt, Stundenglas und Hippe sichtbar werden und dem grauenhaft getäuschten Mädchen offenbar wird, dass der heimgekehrte Bräutigam der Tod selber ist, dann ist das zum einen eine makabre Anspielung auf Jesu letzte Worte am Kreuz „Es ist vollbracht“ (Johannes 19,30); zum andern ist es eine Perversion der Allegorie vom Seelenbräutigam Christus als dem wahren Bräutigam, auf den die Mutter der Tochter Blick lenkt:

*Ach, Kind, vergiss dein irdisch Leid,
Und denk an Gott und Seligkeit!
So wird doch deiner Seelen
Der Bräutigam nicht fehlen.*

– der Bräutigam, wie er in einem Lied des protestantischen Dichters und Komponisten Adam Drese von 1698 ersehnt wird: „Seelenbräutigam / Jesu, Gottes Lamm, / Habe Dank für deine Liebe.“

Es war lange umstritten, wie diese eingeflochtenen Verse zu deuten seien; das ging bis zum Vorwurf der Gotteslästerung gegen Bürger. Der Göttinger Germanist Albrecht Schöne hat die Tiefendimension des Gedichts aufgedeckt. Er hat gezeigt, wie die Verse aus Lutherbibel und evangelischem Gesangbuch mit ihrer tiefen Religiosität zur poetischen Energiequelle wurden: Die Säkularisation – hier die Umlenkung religiöser Gefühle in rein menschliche – wird zur „sprachbildenden Kraft“, wie auch der Titel seines Buches lautet. (*Säkularisation als sprachbildende Kraft. Studien zur Dichtung deutscher Pfarrersöhne*. Göttingen 1968) Wir Heutige vermögen das kaum noch nachzuvollziehen; denn Bibelzitate und Kirchenliedverse, sofern sie uns überhaupt noch als solche geläufig sind, stellen nur noch Lexikonwissen dar, vergleichbar Anspielungen aus der antiken Literatur. Für die Menschen zu Bürgers Zeit waren diese Verse jedoch lebendige Wahrheit – ein gewaltiger Unterschied! Und das machte die immense Wucht dieser Ballade aus.

Der Großen Hochmut

Bürger richtet den Blick auf die einfachen Menschen, das ist neu in der Literatur. Er tritt ein für die Schwachen und tritt auf gegen die Mächtigen. In der Ausgabe seiner Gedichte von 1789 veröffentlicht er ein Epigramm mit dem Titel *Mittel gegen den Hochmut der Großen*:

*Klagen hör ich oft erheben
Vom Hochmut, den der Große übt.
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn unsre Kriecherei sich gibt.*

Der junge Goethe hat Bürger bewundert, ihm sogar ein Exemplar seines *Götz* geschickt. Bürger besucht 1789 Goethe in Weimar, auch in der Hoffnung, dieser könne ihm, dem von Schulden Bedrängten, eine Stelle vermitteln. Goethe, der seine Sturm und Drang-Hülle abgestreift hat und sich in der Verpuppung zum Klassiker befindet, behandelt ihn kühl und kehrt den Geheimrat und Minister heraus: Er lässt Bürger erst einmal lange warten, und als er ihn vorlässt, erkundigt er sich lediglich nach dem Wetter in Göttingen. Erbittert darüber schreibt Bürger ein Spottgedicht, in dem er den Künstler Goethe gegen den Minister ausspielt:

*Mich drängt' es in ein Haus zu gehen,
Drin wohnt ein Künstler und Minister.
Den edlen Künstler wollt' ich sehn,
Und nicht das Alltagsstück Minister.
Doch steif und kalt blieb der Minister
Vor meinem trauten Künstler stehn,
Und vor dem hölzernen Minister
Kriegt' ich den Künstler nicht zu sehn.
Hol' ihn der Kuckuck und sein Küster!*

Bürger ist ein radikaler Demokrat, Anhänger der Französischen Revolution und befürwortet auch Gewalt beim Kampf um Menschenrechte. Persönlich riskiert er manches. In seinen Vorlesungen an der Göttinger Universität wählt er das Allerneueste zum Thema: Kants Philosophie. Der Dichter Boie schreibt 1787 seinem Freund Voß über Bürger: „Er mag nicht dichten und sitzt bis über den Hals in Kant vergraben, den er sehr liebgewonnen hat, und – eine Ketzerei in Göttingen – über ihn lesen will.“

Offizielle Lehrmeinung an der Göttinger Universität ist nämlich die frühaufklärerische Vernunftphilosophie Christian Wolffs, Bürger aber liest über Kants *Kritik der reinen Vernunft* (erschienen 1781) und die *Kritik der Urteilskraft* (1790). Vorlesungen über Kant, den „Alleszermalmer“, wie Moses Mendelssohn ihn nennt, sind freilich der Karriere alles andere als förderlich; denn Kant ist hier wie an anderen Universitäten wie Leipzig und Halle, ganz zu schweigen von den katholischen Universitäten in Süddeutschland (und wohl auch in Österreich), verpönt. Die Kollegen schneiden ihn, sehen in ihm nur den armen Poeten, mit seinen Vorschlägen zur Sprachreform verletzt er sie in ihrem Standesdünkel. Nur die Studenten wissen ihn zu schätzen, mit fünfzig Hörern ist sein Hörsaal voll besetzt.

*Was gleicht wohl auf Erden dem
Jägervergnügen?
Ist fürstliche Freude, ist männlich Verlangen ...
(Jägerchor aus dem Freischütz)*

Für die Aristokratie ist neben dem Krieg die Jagd ein Hauptvergnügen. Die Jagd, insonderheit die sog. Hohe Jagd auf Hirsch und Wildschwein, ist seit je Privileg der Könige und des Adels. Den Bauern ist sie verboten, obwohl das sich übermäßig vermehrende Wild ihnen die Feldfrüchte auffrisst. Schon in den Bauernkriegen war die Eindämmung der herrscherlichen Jagd eine zentrale Forderung der Bauern; selber dürfen sie nicht für Abhilfe sorgen, denn das gilt als Wilderei, die streng bestraft wird. Nicht weniger schlimm sind die Schäden durch die Treibjagden, bei denen die hochherrschaftlichen Jäger rücksichtslos durch die Felder reiten und die Saaten verwüsten. Wie zum Hohn müssen die Bauern dazu Frondienste als Treiber leisten.

Darüber erzürnt, schreibt Bürger 1773 ein Gedicht gegen die absolutistische Adelswillkür; es wird 1776 im *Vossischen Musenalmanach* veröffentlicht:

Der Bauer an seinen durchlauchtigen Tyrannen

*Wer bist du, Fürst, dass ohne Scheu
Zerrollen mich dein Wagenrad,
Zerschlagen darf dein Ross?*

*Wer bist du, Fürst, dass in mein Fleisch
Dein Freund, dein Jagdhund, ungebleut
Darf Klau' und Rachen hau'n?*

*Wer bist du, dass durch Saat und Forst,
Das Hurra deiner Jagd mich treibt,
Entatmet, wie das Wild? –*

*Die Saat, so deine Jagd zertritt,
Was Ross und Hund und du verschlingst,
Das Brot, du Fürst, ist mein.*

*Du Fürst hast nicht, bei Egg' und Pflug,
Hast nicht den Erntetag durchschwitzt.
Mein, mein ist Fleiß und Brot! –*

*Ha! du wärst Obrigkeit von Gott?
Gott spendet Segen aus; du raubst!
Du nicht von Gott, Tyrann!*

In der Lyrik des Sturm und Drang gibt es nur wenige sozialkritische Gedichte; in Prosa und Drama ist solche Kritik häufiger, doch bleibt oft offen, ob sich die Kritik am Adel nur gegen den Missbrauch einer an sich richtigen, gottgewollten Ordnung richtet oder diese selbst infrage stellt.

Die Gesellschaft ist seit dem Mittelalter in drei Stände gegliedert: Den Ersten Stand nimmt der Klerus ein, den Zweiten die Aristokratie, dem Dritten der Bürger gehören an: Kaufleute, Juristen, Ärzte, Gelehrte, Handwerker, ferner Bauern, Künstler, Dienstleute, Tagelöhner.

Diese Ordnung stellt Bürger infrage. Sein Angriff auf den Adel ist für diesen und die Kirche, die seit jeher mit den Mächtigen paktiert, ungeheuerlich. Diese Leugnung des Gottesgnadentums ist eine Voraussetzung der bürgerlichen Revolution, die in Frankreich sogar zur Hinrichtung des Königs führen wird.

Mit dem Erstarken des Bürgertums beginnt dieses sich als eigenen Stand zu begreifen und sich von

der Plebs der Bauern, Kleinhändler, Dienstleute, Arbeiter abzugrenzen, die dadurch einen neuen, den Vierten Stand bilden. Aufschlussreich ist, dass dieser Dritte Stand sich als „Mittelstand“ zu definieren beginnt; unter diesem ist in der Ständepyramide der Vierte Stand platziert, (der beim Kampf des Bürgertums um die „universalen“ Menschenrechte freilich das Nachsehen haben wird, so wie auch Frauen und Schwarze.) Friedrich Schiller gebraucht den Begriff Mittelstand 1789 in seiner Rede zum Antritt seiner Professur an der Universität Jena mit dem Titel *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?* Dieser Mittelstand ist für Schiller das neue produktive Zentrum der Gesellschaft; dieses realisiert sich, so verkündet er selbstbewusst, „in dem wohlthätigen Mittelstande, dem Schöpfer unsrer ganzen Kultur, (in dem) ein dauerhaftes Glück für die Menschheit heranreifen sollte“.

Von solchem Fortschrittsoptimismus ist Bürger noch weit entfernt. Seine Tätigkeit als Amtmann in Gelliehausen nahe Göttingen tritt er 1772 aber mit Selbstbewusstsein an. Euphorisch schreibt er an einen Freund (und zeichnet dabei ein bedrückendes Bild von den Repressionsverhältnissen dieser Zeit):

„Ich bin in meinem Gericht souveräner Herr über Leben und Tod, Galgen, Rad, Staupenschlag, Zuchthaus, Karrenschieben, Halseisen, Spanische Jungfer, Buckel voll Prügel, Hundeloch, kurz, was ich will, kann ich erkennen (i.e. verwirklichen) ... Ich habe auch ein starkes Militär unter meinem Kommando. Eine Armee von 24 Mann Landmiliz, die auf meinen Wink marschfertig sein müssen, und wodurch ich meinen Staat in Zaume halte. Und wenn ein Fürst in meinen Grenzen ein Verbrechen begeht, so lass ich ihn durch meine dienstfertigen Geister ergreifen und hege mein hochnotpeinliches Halsgericht über ihn.“ (Anm.: „hochnotpeinlich“: strafrechtlich, lat. poena = Strafe, „Halsgericht“: Vollmacht zur Verhängung der Todesstrafe.)

Doch die Euphorie verfliegt bald. Göttingen gehört zum Kurfürstentum Hannover. Bürger wehrt sich gegen seinen Hannover'schen Dienstherrn, will von ihm nicht, wie er schreibt, zum „Hausbedienten“ gemacht werden, sondern will als Beamter seinen Gerichtsuntergebenen ein „guter Hausvater“ sein und sie vor der Willkür der Adligen schützen. Er ist aufgrund seines Umgangs mit der Dorfbevölkerung gut vertraut mit dem selbstherr-

lichen Treiben des Landadels und der Drangsalierung der Bauern durch Fronleistungen und Ausbeutung. Mit Geschick schützt er die Bauern seines Bezirks vor der Pressung zum Militärdienst; einen Knecht, der für das Gesinde das versprochene bessere Essen einfordert und der wegen „Widersetzlichkeit“ verklagt wird, belegt er zum Ärger des Klägers mit einer nur sehr milden Haftstrafe; die Pfändung von Juden kann er zwar nicht verhindern, aber lange hinauszögern; eine 23-jährige Magd, die ihr neu geborenes uneheliches Kind getötet hat, bewahrt er vor der Todesstrafe, indem er mit großem Geschick die Unwissenheit der jungen Frau über ihre Schwangerschaft nachweist. Der Göttinger Juraprofessor Justus Claproth veröffentlicht 1782 die Untersuchungsakte als Fallbeispiel für Vorlesungen und hebt hervor, Bürger habe sich hier „als einen fleißigen, geschickten, menschenfreundlichen Untersucher bewiesen“. (1783 wird in Weimar die ledige Dienstmagd Johanna Catharina Höhn wegen eines gleichen Delikts angeklagt. Herzog Carl August plant eine Strafrechtsreform und ist gegen die Todesstrafe, in der Beratung im Geheimen Consilium setzt die Mehrheit, in ihr auch Goethe, die Todesstrafe durch. Vier Jahre zuvor hat er das Humanitätsdrama *Iphigenie* geschrieben.)

Als Amtmann steht Bürger im Sold der adligen Grundbesitzer und ist, wie Pfarrer und Lehrer auch, letztlich diesen unterworfen. Man erwartet von ihm, die Untertanen untertänig zu halten. 1784 legt er, zermürbt von verleumderischen Unterstellungen, sein Amt nieder.

*Ich vermochte nur wenig.
Aber die Herrschenden
Säßen ohne mich sicherer, das hoffte ich.
(Brecht, An die Nachgeborenen)*

Trotz des obrigkeitlichen Drucks ergreift er noch in seiner Amtmannszeit als Dichter Partei für die Unterdrückten. Die polemische Intention in seinem Gedicht geht zurück auf einen Spruch aus dem Bauernaufstand von 1381, der sich auf die klassenlose Gesellschaft aus den Anfängen der biblischen Überlieferung beruft und der in den Bauernkriegen zu Anfang des 16. Jahrhunderts zur revolutionären Parole wird:

*Da Adam grub und Eva spann –
Wer war alsdann der Edelmann?*

Eine vergleichbare Geste findet sich auch beim jungen Goethe in seinem zur selben Zeit gedichteten Dramenfragment *Prometheus*, wenn er den gegen die olympischen Götter rebellierenden Titanen trotzig ausrufen lässt:

*Und welch ein Recht
Ergeizen sich die stolzen Bewohner des Olympus
Auf meine Kräfte?
Sie sind mein, und mein ist ihr Gebrauch.*

Aus diesen Versen ist die gewaltige Hymne *Prometheus* hervorgegangen. Goethe hat sie jedoch wegen ihrer blasphemischen Anstößigkeit nicht zu veröffentlichen gewagt; Friedrich Jacobi hat sie 1785 ohne des Autors Wissen im Zusammenhang einer Schrift über Spinoza gedruckt, und erst 1789 hat Goethe das gefährliche Gedicht in seine edierten Werke aufgenommen.

Bürger kneift nicht. Sein Held ist auch nicht ein Titan aus mythischer Vorzeit, sondern ein zeitgenössischer Bauer. Bürger spricht auch nicht in paternalistischer Attitüde stellvertretend für diesen, sondern gibt ihm selbst eine Stimme: Der Bedrängte bekommt ein Ich und klagt an. Schon die Überschrift *Der Bauer an seinen durchlauchtigen Tyrannen* ist sarkastisch, schlägt eine Schneise für Spott, Zorn, Verachtung.

Das Gedicht lebt von drastischen Bildern: Der hilflose Bauer wird vom Wagen des Fürsten *zerrollt* (eine, wie *entatmet*, kühne Wortschöpfung!), vom Ross zerschlagen, vom Jagdhund zerfleischt, seine Saat verwüstet. In drei Strophen spricht er dem Fürsten, den er bar allen Respekts mit *du* anredet, das Recht auf dessen Willkür ab. Und klagt selbstbewusst seine eigenen Rechte ein: *Das Brot, du Fürst, ist mein*, und wiederholt das Possessivum: *Mein, mein, ist Fleiß und Brot*. Und als höchste Steigerung schließt er seine Anklage mit dem Kampfwort *Tyrann*:

*Ha! du wärest Obrigkeit von Gott?
Gott spendet Segen aus; du raubst!
Du nicht von Gott, Tyrann!*

Dem grimmigen Ton ist das Metrum angepasst. Metaphorik und Metrum sitzen dem Gedicht wie „angegossen“, wie Karl Kraus von der dichterischen Form verlangt. Der Jambus verleiht dem Gedicht eine drängende Dynamik. Diese wird noch gesteigert durch die Wiederholung des Fragepronomens *Wer?* in der Spitzenstellung der ers-

ten drei Strophenanfänge. Es steht zwar in der Senkung, muss aber, wenn das Gedicht, wie Bürger verlangt, laut vorgetragen wird, gedehnt-drohend artikuliert werden, sodass das folgende, üblicherweise eher schwachtonige *bist* umso herausfordernder klingen muss: Denn mit dem *Wer bist du?* zweifelt der zorngefüllte Bauer die göttliche Herrschaftslegitimation des Fürsten an.

Ein weiterer rhetorischer Kniff kommt hinzu. Während die ersten drei Verse jeder Strophe vierhebzig sind, fehlt in den jeweils letzten Versen die erwartete vierte Hebung, und diese unerfüllte Erwartung spitzt die Schlussverse rhetorisch effektiv zu. Dazu verzichtet Bürger auf den Wohlklang des Endreims, alle Verse enden auf betonten Silben – hallen wie Hammerschläge.

Das ist mit großer sozialkritischer Courage und poetischer Meisterschaft gemacht. Es hat seine historische Folgerichtigkeit, dass sechzig Jahre später Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig ihre gegen Fürstenherrschaft verfasste Streitschrift *Der Hessische Landbote* – mit dem Fanal *Friede den Hütten! Krieg den Palästen!* – mit der letzten Strophe des Bürger'schen Gedichts *Der Bauer an seinen durchlauchtigen Tyrannen* beschließen.

*Ein neues Lied, ein
bess'res Lied!
(Heinrich Heine)*

Als 1792 die europäischen Feudalmächte zum Krieg gegen die junge Französische Republik rüsten, um ein Übergreifen der revolutionären Ideen auf ihre Länder zu verhindern, schlägt Bürger sich, wie er trotzig bekundet, *selbst gegen Hermanns Vaterland* – gemeint ist das vom Cherusker Arminius (Hermann) „befreite“ Germanien (Deutschland) – auf die Seite der Franzosen. Diese müssen nun gegen eine Übermacht antreten, und ihre Siegesaussichten sind düster. Da schreibt Bürger gegen die womöglich zurückweichenden Franzosen ein *Straßlied beim schlechten Kriegsbeginne der Gallier* und ermahnt sie mit drastischen Versen:

*Wer nicht für Freiheit sterben kann,
Der ist der Kette wert.
Ihn peitschte Pfaff und Edelmann
Um seinen eignen Herd!*

Das ist national rückgratlos, unpatriotisch! Und, Ironie der Geschichte, ein Vorschein der Habermas'schen Vision vom Verfassungspatriotismus, einer Vision, die hierzulande nie eine Chance hatte und haben wird. In der deutschen Nationalhymne, in der die zentralen Werte aufgezählt werden, steht zuvörderst die Einigkeit; und wenn diese gewährleistet ist, dann soll es auch mit Recht zugehen, ach ja, und Freiheit soll es dann auch geben. Die Reihenfolge der Franzosen ist eine andere: *liberté, égalité, fraternité*. (Einigkeit, *concorde*, hat für Franzosen nur minderen Wert – sie fechten ihre Konflikte aus.) Bürger schlägt sich auf die Seite dieses „neuen Liedes“, auch wenn es französisch ist.

Das treffende Schlusswort soll darum Heinrich Heine haben. Im Pariser Exil stellt er 1836 in seinem Essay *Die romantische Schule in Deutschland* den Franzosen die deutsche Literatur vor. Über Bürger schreibt er im II. Buch, kritisch gegen die Ästhetik August Wilhelm Schlegels gerichtet:

„(...) Bürgers Gedichte geben den Geist der unsrigen (Zeit). Diesen Geist begriff Herr Schlegel nicht; sonst würde er in dem Ungestüm, womit dieser Geist zuweilen aus den Bürger'schen Gedichten hervorbricht, keineswegs den rohen Schrei eines ungebildeten Magisters gehört haben, sondern vielmehr die gewaltigen Schmerzlauten eines Titanen, welchen eine Aristokratie von hannövrischen Junkern und Schulpedanten zu Tode quälte. Dieses war nämlich die Lage des Verfassers der *Lenore* und die Lage so mancher anderen genialen Menschen, die als arme Dozenten in Göttingen darben, verkümmerten und in Elend starben. Wie konnte der vornehme, von vornehmen Gönnern beschützte, baronisierte, bebänderte Ritter August Wilhelm von Schlegel jene Verse begreifen, worin Bürger laut ausruft: dass ein Ehrenmann, ehe er die Gnade der Großen erbettelt, sich lieber aus der Welt heraushungern solle!

Der Name Bürger ist im Deutschen gleichbedeutend mit dem Worte *citoyen*.“

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis

Verein für gesellschaftliche Transformationskunde

Margaretenstraße 71-73/1/23, 1050 Wien

E-Mail: redaktion@streifzuege.org

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien

Auflage: 1.000

COPYLEFT

Alle Artikel der Streifzüge unterliegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei verwendet, kopiert und weiterverbreitet werden unter Angabe von AutorIn, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copylefts.

REDAKTION

Petra Ziegler, Maria Wölflingseder,

Martin Scheuringer, Franz Schandl, Stefan Nagy,

Severin Heilmann, Lorenz Glatz

Covergestaltung und Layout: zetje

TRANSFORMATIONS RAT

Christoph Adam (Santiago de Compostela),

Dieter Braeg (Salzburg), Dora de la Vega (Cordoba,

Argentinien), Lorenz Glatz jr. (Wien), Marianne

Gronemeyer (Friesenheim), Peter Klein (Nürnberg),

Paolo Lago (Verona), Neil Larsen (Davis, USA),

Massimo Maggini (Livorno), Stefan Meretz (Berlin),

Emmerich Nyikos (Mexiko-City), Erich Ribolits

(Wien), Gerburg Vermesy (Rimsting),

Ulrich Weiß (Berlin)

KONTO

Kritischer Kreis

IBAN: AT87 6000 0000 9303 8948

BIC: BAWAATWW

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent Eigentümer der Streifzüge und an keinen anderen Medienunternehmen beteiligt.

Grundlegende Richtung:

Kritik-Perspektive-Transformation

ABONNEMENTS

Aborichtpreise für 3 Hefte pro Jahr:

1 Jahr 25 Euro / 2 Jahre 45 Euro / 3 Jahre 63 Euro

Mitgliedschaft Trafocub: 144 Euro/Jahr

Streifzüge-TRANSPONSORING

Ohne euch geht es nicht! Regelmäßige

Daueraufträge ab 10 Euro im Monat, im Vierteljahr, im Halbjahr oder jährlich helfen uns weiter.

Infos, Bestellung, Anmeldung unter:

www.streifzuege.org/trans-trafo-abo

Probenummer gratis

Call for Papers: AUTO

Ein echter Bürger ist ohne Auto gar nicht zu denken. Wir haben mobil zu sein und wir haben zu fahren. Doch nicht nur um das Auto soll es gehen, wenngleich die Kritik des Personenkraftwagens und seiner mannigfaltigen Folgeerscheinungen wohl den Schwerpunkt des Schwerpunktes bilden wird.

Ganz so eng sehen wir das also nicht. Vom Automobil bis zum „automatischen Subjekt“, das ist so ungefähr die Themenpalette, die in der nächsten Ausgabe bespielt werden könnte. Auch Grundfragen harren einer Antwort: Was ist ein „Automat“, was meint „automatisieren“ und was bedeutet „automatisch“?

Auf jeden Fall werden wir immer mehr den Automaten unterstellt. Der digitale Schub (auch seuchenbedingt) wird die Automatisierung noch beschleunigen. Wir wollen diesbezüglich auch nicht alles verwerfen, aber geschäftsfähig ist man nur noch, wenn man gewisse Automaten besitzt und sie zu bedienen versteht. Die Abhängigkeit von und die Unterordnung unter Maschinen (und ihren Medien) wird immer größer. Es geht zügig voran. Nur wohin? Und wozu?

Technische Grenzen gibt es ja keine, aber können gesellschaftliche überhaupt noch gezogen werden? Wütet hier nicht eine sich stets dynamisierende Automatik, der keine Steuerung mehr gewachsen ist? Vom Auto bis zum PC beherrscht uns jedenfalls eine Technologie, die der Kriegsführung entsprungen ist und auch ihre Merkmale trägt.

Ansosten gilt: Alle Artikel, sofern sie uns gefallen, sind publizierbar.

Artikelvorschläge bitte ab sofort
an die Redaktion (redaktion@streifzuege.org)

Folgende Textsorten stehen zur Verfügung:

- + Glosse (bis 2.500 Zeichen)
- + Rezens eines Buches (bis 2000 Zeichen)
- + Aufriss (bis 4.000 Zeichen)
- + Essay (8.000 bis 14.000 Zeichen)
- + Abhandlung (bis 24.000 Zeichen Limit)

Genaue Modalitäten zu Textsorten und -länge siehe unter www.streifzuege.org/hinweise-fuer-autorinnen

Die fertigen Aufsätze sind bis zum vereinbarten Termin, aber spätestens bis **15. Februar 2021** an uns zu senden.



Raus aus dem Käfig der bürgerlichen Form!

Das moderne bürgerliche Exemplar hat die Zwänge von Wert und Geld völlig aufgesogen, kann sich selbst ohne diese gar nicht mehr vorstellen. Es beherrscht sich wahrlich selbst, Herr und Knecht treffen sich im selben Körper.

Geld ist unser aller Fetisch. Niemand, der es nicht haben will. Wir haben das zwar nie beschlossen, aber es ist so. Geld ist ein gesellschaftlicher Imperativ und kein modellierbares Werkzeug. Als eine Kraft, die uns ständig zum Berechnen, zum Ausgeben, zum Eintreiben, zum Sparen, zum Verschulden, zum Kreditieren zwingt, demütigt und beherrscht sie uns Stunde für Stunde. Geld ist ein Schadstoff sondergleichen. Der Zwang zum Kaufen und Verkaufen steht jeder Befreiung und Selbstbestimmung im Weg. Geld macht uns zu Konkurrenten, ja Feinden. Geld frisst Leben. Tauschen ist eine barbarische Form des Teilens.

Ein beträchtlicher Teil aller Produkte und Leistungen dient ausschließlich der Geldvermehrung, zwingt zu unnötiger Plage, vergeudet unsere Zeit und gefährdet die natürlichen Grundlagen des Lebens. Manche Technologien sind nur noch als apokalyptisch zu begreifen. Nicht nur, dass eine Unzahl von Berufen sich ausschließlich damit beschäftigt, ist absurd, auch alle anderen Kopf- und Handarbeiter sind permanent am Kalkulieren und Spekulieren. Wir sind abgerichtete Rechenautomaten. Geld schneidet uns von unseren Möglichkeiten ab, erlaubt nur, was sich marktwirtschaftlich rechnet. Wir wollen das Geld nicht flott-, sondern wegstehlen.

Ware und Geld sind nicht zu enteignen, sondern zu überwinden. Menschen, Wohnungen, Produktionsmittel, Natur und Umwelt, kurzum: nichts soll eine Ware sein! Wir müssen aufhören, Verhältnisse zu reproduzieren, die uns unglücklich machen. Tätig sein ist etwas anderes, wenn es nicht für Geld und Markt geschieht, sondern als Geschenk, Gabe, Beitrag, Schöpfung für uns, für das individuelle und kollektive Leben frei verbundener Menschen.

Befreiung heißt, dass die Menschen sich ihre Produkte und Dienste zukommen lassen. Dass sie sich direkt aufeinander beziehen und nicht wie jetzt sich in ihren gesellschaftlichen Rollen und Interessen (als Kapitalisten, Arbeiter, Käufer, Staatsbürger, Rechtssubjekte, Mieter, Eigentümer etc.) konfrontieren. Bereits heute erleben wir geldfreie Sequenzen in der Liebe, in der Freundschaft, in der Sympathie, in der Hilfe. Da schenken wir uns etwas, schöpfen gemeinsam aus unseren existenziellen und kulturellen Energien, ohne dass Rechnungen präsentiert werden. Da spüren wir in einigen Momenten, dass es ohne Matrix ginge.

Es geht um nichts weniger als um die Abschaffung der Herrschaft, egal ob diese sich in persönlicher Abhängigkeit oder in Sachzwängen äußert. Es geht nicht an, dass Menschen anderen Menschen unterworfen bzw. ihren Geschicken und Strukturen hilflos ausgeliefert sind. Selbstherrschaft wie Selbstbeherrschung sind unsere Sache nicht. Herrschaft ist mehr als Kapitalismus, aber der Kapitalismus ist das bisher entwickeltste, komplexeste und destruktivste System von Herrschaft. Unser Alltag ist so konditioniert, dass wir den Kapitalismus täglich reproduzieren, uns verhalten, als gäbe es keine Alternativen.

Wir sind blockiert, Geld und Wert verkleben unsere Gehirne und verstopfen unsere Gefühle. Die Marktwirtschaft funktioniert wie eine große Matrix. Sie zu negieren und zu überwinden ist unser Ziel. Ein gutes und erfülltes Leben setzt den Bruch mit Kapital und Herrschaft voraus. Es gibt keine Transformation der gesellschaftlichen Strukturen ohne Änderung unserer mentalen Basis und keine Änderung der mentalen Basis ohne die Überwindung der Strukturen.

Wir müssen raus aus dem Käfig der bürgerlichen Form. Politik und Staat, Demokratie und Recht, Nation und Volk sind immanente Gestalten der Herrschaft.